

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft

A 20940 F

spw - 36



**Linke
Deutschland-
Politik?**

**Günter Gaus:
Berlin in
Deutschland**



Herausgeber/Herausgeberinnen: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Jürgen Egert (Berlin-West), Katrin Fuchs (Vörl), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Ursula Pausch-Gruber (Kairindach), Olaf Scholz (Hamburg), Klaus Thüsing (Paderborn), Kurt Wand (Hamburg), Klaus-Peter Wolf (Frankfurt/M.), Burkhard Zimmermann (Berlin-West)

Ständige Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen: Burchard Bösche (Frankfurt/M.), Arno Brandt (Hannover), Hillevi Burmester (Berlin-West), Peter Ellinghausen (Berlin-West), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Bonn), Alfred G. Frei (Singen), Herbert Grimberg (Niedernhausen), Michael Häupl (Wien), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Peter Muth-Kerth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Hagen), Peter Pelinka (Wien), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg)

Redaktion: Jürgen Blume, Joachim Günther, Frank Heidenreich, Michael Karnatz, Dieter Scholz, Andreas Wehr, Hans Willi Weizen, Andreas Westphal

Sekretariat: Christina Hausberg

Redaktion und Auslieferung: Tegeler Straße 6, D-1000 Berlin 65, Telefon (030) 461 70 83

Anzeigen (o.Tausch): Andreas Runze, Jungfernstieg 20, D-1000 Berlin 45, Tel. (030) 7722443

Verlag: spw-Verlag/Redaktion GmbH, HRB 13699, Tegeler Straße 6, D-1000 Berlin 65
Geschäftsführer: Joachim Günther, Frank Heidenreich, Andreas Wehr

ISSN 0170-4613

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1987.

Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Druck: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.

Umschlaggestaltung: Jürgen Holtfreter. — Auflage 1.-3. Tausend Juni 1987.

Die *spw* erscheint 1987 in 5 Heften mit einem Jahresumfang von 480 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. Der Buchhandelspreis beträgt 9,50 DM, in der Republik Österreich 70,- ÖS, in der Schweiz 9,- sfr. Im Abonnement kostet das Heft 7,- DM zuzüglich Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 7,50 DM (55,- ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinschrift, einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 13 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 502 83 00 (BLZ 100 101 11)

Postgiroamt Berlin-West 109 974 — 105 (BLZ 100 100 10)

Beilagenhinweis: Diesem Heft liegt ein Prospekt des *spw-Verlages*, Berlin/West, bei.

Editorial/Verlagsmitteilungen 195

Bruno Neurath

Erinnerung an einen kreativen Dogmatiker
Max Adler starb vor 50 Jahren 198

Wahlen

Rainer Christ: **Neu gemischt. Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz** 201

Kai Fieguth: **Die »kleine Wende« und die Schwäche der Linken**
Anmerkungen zum Hamburger Wahlergebnis 203

Gewerkschaften

Klaus Peter Wolf

Der Kompromiß von Bad Homburg:
Kein Friedensvertrag mit Gesamtmetall 206

Berlin

Erik Nohara: **Symbolische Schritte ins Nichts:**
Warum Diepgen ausgeladen wurde 209

Joachim Günther: **Kreuzberger Nächte** 213

Diskussionsschwerpunkt: Linke Deutschlandpolitik

Günter Gaus
Berlin in Deutschland 216

Gerhard Heimann
Sozialdemokratische Ostpolitik nach Nürnberg 225

Andreas Wehr
Probleme einer zweiten Phase der Entspannungspolitik 232

Dirk Schneider
Chance oder Unglück?
Die »20 Thesen« der AL Berlin im Meinungsstreit 239

Michael Wendt
Konzepte für eine alternative Berlin Politik 242

Hans Willi Weizen
Eigenständiges Westberlin oder elftes Bundesland?
Zur Berlin-Diskussion der Alternativen Liste 245

Andreas Wehr
Zwischen allen Fronten. Zur Deutschlandpolitik der Grünen 252

Dokumentation	
Deutschlandplan der SPD (1959)	257
Frauen	
Sabine Brünig und Hillevi Burmester »Was finden die Kerle daran?« Zweiter Juso-Frauenkongreß	263
Kritik des SPD-Programmwerfs	
Frieder Otto Wolf Bruchvermeidung als Programm. Zur Irseer Ortsbestimmung der bundesdeutschen Sozialdemokratie	266
Edgar Göll Vom »Kommunistischen Manifest« zum Irseer Programmwurf 7. Neulandgespräch der SPD OWL in Bielefeld	271
Jungsozialisten	
Uwe Kremer Moderner Sozialismus — Eckpunkte der Strategiebildung	274
Intervention: Kontroverse um Glotz	
Wolfgang Michal Hegemoniegeplapper. Antwort auf Diether Dehm	281
Besprechungen	
<i>Jonas, Hans: Das Prinzip der Verantwortung (K.H.Wanninger)</i>	282
<i>Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945 (K.Schilde)</i>	284
<i>Ebbighausen, Rolf, u.a.: Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland? (K.Schilde)</i>	284
Über die Autoren und Autorinnen	288

Editorial

Deutschland und Deutschlandpolitik schienen lange eine Domäne konservativer Politik zu sein. Erst die Entspannungspolitik der Sozialdemokratie führte dazu, daß zeitweilig Deutschlandpolitik vor allem mit der Sozialdemokratie identifiziert wurde. Der sozialdemokratische Kompetenzvorsprung droht nun verloren zu gehen. Der Irseer Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm ist gerade deutschlandpolitisch sehr verbesserungsbedürftig (vgl. *spw* 35, S.167ff.). Zugleich finden in anderen Parteien intensive Diskussionen statt. In der Union ringen ewiggestrige Stahlhelmer mit wendigen Technokraten. Bei den Grünen wird gelegentlich auch einmal über Deutschlandpolitik diskutiert. Die sozialdemokratische Debatte, zukunftsweisender als konservative und grüne Einlassungen, hat Schwierigkeiten, sich bundesweit in Beschlüssen niederzuschlagen. Die Behandlung des Berliner Antrags (vgl. hierzu *spw* 32, S.275ff.) auf dem Nürnberger Parteitag ist ein Indiz dafür. Eine Debatte über Ziel und Weg linker Deutschlandpolitik ist in der Sozialdemokratie und über diese hinaus — insbesondere mit den Grünen — notwendig, wenn eine zweite Phase der Entspannungspolitik mitgestaltet werden soll. Deswegen haben wir uns entschlossen, »Linke Deutschlandpolitik« zum Schwerpunktthema dieses Heftes zu machen. Wir werden dieses Thema auch zukünftig fortführen.

Das Berlin-Jubiläum nimmt Günter Gaus zum Anlaß, über den glanzlosen europäischen Frieden nachzudenken. Er erinnert daran, daß der Dialog zwischen den Blöcken möglich wurde, weil die faktische Anerkennung der Einflußzonen Europa Stabilität gab. Zum bis heute geltenden System von Jalta sieht Gaus keine Alternative. Er fordert zusätzliche Stützen der Stabilität in Europa und regt an, über zwei Friedensverträge für die beiden deutschen Staaten zu diskutieren. Gerhard Heimann fordert die Sozialdemokratie auf, nach den Nürnberger Beschlüssen weiter an ihrem Konzept für die zweite Phase der Entspannung zu arbeiten. Wegen der veränderten internationalen Bedingungen gilt es, deutsche und europäische Interessen auch gegen Widerstände durchzusetzen. Langfristig will Heimann das Kondominium der beiden Supermächte in Europa mittels eines europäischen Friedensvertrages ablösen. Mit Problemen einer zweiten Phase der Entspannungspolitik beschäftigt sich auch Andreas Wehr. Die bisher vorliegenden Konzepte für diese Phase lassen die Statusfragen und Rechtspositionen beider Seiten unberührt. Wehr konstatiert, daß Fragen nach dem Status — beispielsweise nach der langfristigen Perspektive von Berlin (West) — nicht ewig vertagt werden können. Er fordert eine andere Sicht der DDR, die von deren dauerhafter und mehr und mehr auch eigenständiger Existenz ausgehen soll. Für Wehr kann nur so der Viermächte-Status abgelöst und eine europäische Friedensordnung etabliert werden. Mit diesen Beiträgen soll eine Diskussion fortgeführt werden, die zu einem sozialdemokratischen Konzept für die zweite Phase der Entspannung führt, welches das militärische, politische und ökonomische Element integriert.

Dirk Schneider, Alternative Liste, verteidigt die von der »Mittwochrunde« der Alternativen Liste publizierten »20 Thesen zu Westberlin«, in denen die Perspektive eines

eigenständigen Westberlin verfochten wird. Michael Wendt, gleichfalls Alternative Liste, kritisiert diese Thesen für die »Mittelgruppe« der Alternativen Liste, deren »Initiative für eine alternative Berlinpolitik« statt dessen auf ein elftes Bundesland Berlin (West) hinausgeht. Hans Willi Weinzen stellt beide grün-alternativen Positionen systematisch vor und vergleicht sie mit der sozialdemokratischen Position. Er hält eine Debatte zwischen Sozialdemokraten und Alternativen für sinnvoll, fordert aber zugleich eine Klärung der gegensätzlichen Positionen innerhalb der Alternativen Liste und nennt sozialdemokratische Essentials für eine sinnvolle Diskussion. Andreas Wehr diskutiert gleichfalls in der Perspektive auf einen Dialog die verschiedenen deutschlandpolitischen Ansätze der Grünen.

Als Dokument wird der »Deutschlandplan der SPD« von 1959 wieder leicht zugänglich gemacht. Dieser zielte auf die für Mai 1960 nach Paris einberufene Viermächtekonferenz über Deutschland und war der letzte in einer Reihe von Vorschlägen der SPD, die nach Wegen zur Wiedervereinigung suchten. Wenn auch diese Vorschläge, die Wiedervereinigung in die Wege zu leiten, heute überholt sind, so sind doch die Vorschläge zur militärischen Entspannung in Europa bis heute aktuell geblieben. Ein aktueller Kommentar von Erik Nohara gilt den verhinderten Besuchen Eberhard Diepgens und Erich Honeckers im jeweils anderen Teil Berlins. Weitere Kommentare: Joachim Günther über die Kreuzberger Ereignisse, Kai Fieguth und Rainer Christ über die Wahlergebnisse in Hamburg und Rheinland-Pfalz und Klaus Peter Wolf über den Tarifabschluß der IG Metall. Frieder Otto Wolf kritisiert den Irseer Entwurf aus grüner Sicht. Ebenfalls zur Programmdiskussion formuliert Uwe Kremer Elemente zukünftiger jungsozialistischer Strategie. Berichte von einer Tagung zur Programmdiskussion im Bezirk Ostwestfalen-Lippe und über den zweiten Juso-Frauenkongreß in Köln bereichern das Heft zusätzlich. Vorab wird von Bruno Neurath an Max Adler erinnert, der vor fünfzig Jahren starb. In *spw* 37 wird Detlev Albers aus gegebenem Anlaß über Antonio Gramsci schreiben.

Hans Willi Weinzen

Verlagsmitteilungen

Die Programmdiskussion führen!

Im letzten Heft brachten wir die Vorankündigung, jetzt ist der Band in der Auslieferung (siehe auch Anzeige auf dem Heftumschlag):

Über Irsee hinaus! Zur Kritik am Programmwurf der SPD.

Hrsg. von Detlev Albers und Kurt Neumann (92 Seiten; 8,80 DM)

Die beiden Herausgeber sind Vertreter ihrer Bezirke in der neu konstituierten Programmkommission beim Parteivorstand. — Die fünfzehn Beiträge der Broschüre unterziehen den Irseer Entwurf einer gründlichen Kritik in allen seinen Teilen und umschreiben Alternativen vom Standpunkt linker Sozialdemokraten. Sie zusammen bilden die erste umfassende Stellungnahme aus der Partei zur Diskussion des Entwurfs. — Der Band ist ein Instrument des Eingreifens in den Prozeß der Ausarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms. An uns liegt es nun, es auch zu nutzen. — Der Organisationspreis beträgt 6,50 DM (statt 5,50 DM in der Vorankündigung); der Band wurde umfangreicher und damit teurer als anfangs kalkuliert. — *Bestellungen bitte schriftlich an: spw-Vertrieb, Tegeler Straße 6, D-1000 Berlin (West) 65.*

Jürgen Egert Mitherausgeber der spw

Die Gesellschafterversammlung der *spw* Verlag/Redaktion GmbH wählte auf ihrer Sitzung am 15. Mai 1987 in Berlin einstimmig und ohne Enthaltungen *Jürgen Egert* in den jetzt dreizehn Mitglieder zählenden Gesellschafterausschuß, der mit dem Herausgeberkreis der Zeitschrift identisch ist. *Jürgen Egert*, bis 1986 Landesvorsitzender der Berliner SPD, ist Berliner Mitglied des Deutschen Bundestages und seit Beginn der 11. Wahlperiode Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales.

Ebenfalls einstimmig billigte die Gesellschafterversammlung den Geschäftsbericht für das Jahr 1986. Die Erlöse aus Lieferungen und Leistungen konnten gegenüber dem Vorjahr um 94,1 Prozent gesteigert werden und erreichten zu gut achtzig Prozent den Stand des Jahres 1984. Das Verhältnis der Kosten zu den Erlösen betrug 1 : 1,04 und war damit deutlich günstiger als in den beiden Vorjahren.

spw-Förderkreis

Im Frühjahr 1986 bereits beschloß die Gesellschafterversammlung der *spw* Verlag/Redaktion GmbH die Schaffung eines Förderkreises. Die Vorbereitungen sind abgeschlossen, ein Sonderkonto »Förderkreis« ist inzwischen eingerichtet:

Konto Nr. 1115 028 301 — Stichwort »Förderkreis«

Kontoinhaber: spw Verlag/Redaktion GmbH

Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin (BLZ 100 101 11)

Zweck des Förderkreises ist die Unterstützung der Edition der Zeitschrift sowie von Büchern und Broschüren des *spw*-Verlags. Der Mindestförderbeitrag ist monatlich 20,- DM/150,- ÖS. — Herausgeber und Redaktion bitten die Freunde der *spw*, die sich dazu finanziell in der Lage sehen, diese Möglichkeit der Unterstützung des Projekts *spw* wahrzunehmen. Auf Anfrage schickt das *spw*-Büro allen Interessenten die entsprechenden Informationen und Unterlagen.

Bruno Neurath

Erinnerung an einen kreativen Dogmatiker

Max Adler starb vor 50 Jahren

Ein Zeitgenosse nannte ihn den »Feldrabbiner des Sozialismus«, seine Anhänger und Schüler schwärmten für den Menschen und Pädagogen. In seiner Partei, der österreichischen Sozialdemokratie, stand er auf dem linken Flügel, seine kommunistischen Kritiker jedoch bezichtigten ihn der prinzipienlosen, verbalradikal maskierten Preisgabe des Marxismus: Die Rede ist von *Max Adler*, dem österreichischen Soziologen, Philosophen, sozialistischen Erzieher und Politiker, dessen Todestag sich am 28. Juni 1987 zum 50. Male jährt.

Max Adler, geboren am 15. Januar 1873, lebte eine widersprüchliche Existenz, fand mit seinen Auffassungen und Arbeitsergebnissen sowohl begeisterte Zustimmung als auch schroffe Ablehnung und blieb nach dem Ende des Nationalsozialismus auch in Österreich selbst lange vergessen, dabei verkörperte er eine einzigartige, heute selten gewordene Symbiose von wissenschaftlichem und politischem Wirken: vor dem Ersten Weltkrieg Obmann der sozialistischen Studenten Wiens, danach Lehrer in der Arbeiterbildung und an der »Kinderfreundeschule« in Schloß Schönbrunn, Rechtsanwalt, Landtags- und Nationalratsabgeordneter, Professor an der Universität Wien (von 1921 bis zu seinem Tode) und unermüdlicher Publizist und Debattenredner zu Fragen der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung und politischen Programmatik.

Die marxistische Theoriegeschichte bereicherte *Adler* um eine ganz originäre, nur von ihm vertretene »Variante« der Verbindung von Kantschem und Marx'schem Denken, die er schon in seiner ersten großen wissenschaftlichen Arbeit (*Kausalität und Teleologie im Streite um die Wissenschaft*, 1904) begründete, bis zu seinem Tode auf vielfältigste Weise ausdifferenzierte und sowohl in der akademischen Welt als auch in anspruchsvollen populärwissenschaftlichen Schriften für die lernende und studierende Jugend in der Arbeiterbewegung vertrat. Dies war auch das durchgehend Dogmatische, Systembildende in seinem Schaffen: daß er den einmal entwickelten Gedanken mit ungeheurer Konsequenz zu einer Denkschule ausbaute — sich allerdings dabei nicht esoterisch-akademisch abkapselte, sondern zugleich auf schöpferische Weise in der österreichischen Sozialdemokratie, die ja auf unwiederholbare Weise Erziehungs- und Bildungsbewegung war, wirkte.

Adler setzte sich scharf ab von den mit ihm fast zeitgleichen naukantianischen Sozialisten, welche die Moral-Philosophie Kants zur Rechtfertigung ihrer Ziele heranzogen. Zwar leugnete er durchaus nicht die große Rolle der sozialen Moral und die appellative Kraft und Wirkung des Kantschen »kategorischen Imperativs« in der geschichtlichen Dialektik, aber Kant interessierte ihn »durch Marx hindurch«: den in der Kantschen Erkenntniskritik angelegten sozialen Faktor (die Allgemeingültigkeit von — wahren — Erfahrungsurteilen) sah er durch den gesellschaftlichen Materialismus Marx' erst real-

soziologisch fundiert. Dabei bildete er einen für seine Denkweise eigentümlichen Begriff, das »Sozial-Apriori«, womit eine apriorische Wir-Bezogenheit des menschlichen Bewußtseins (im Sinne einer anthropologischen Bestimmung) gemeint war und durch welches er die Natur-Notwendigkeit des Sozialismus begründete. Eben diese Wir-Bezogenheit schloß es für ihn aus, daß unsolidarische Formen der Vergesellschaftung auf Dauer akzeptiert werden würden.

Sozialistische Erziehung und Bildung waren für ihn Verwissenschaftlichung von Alltagsleben — indem die handelnden Subjekte einerseits die historischen Gesetzmäßigkeiten erkennen und durch ihr eigenes Handeln auch zugleich realisieren. An diesem Punkte hob er die überragende Bedeutung des »tätigen Subjekts« hervor und verwarf damit alle Auffassungen (beispielsweise Spät-Kautskyianischer Art) der Unbeeinflussbarkeit der gesellschaftlichen Entwicklung. Unter dem Leitmotiv »mit Kant über Kant hinaus« hat er damit den Satz Engels', daß der Marxismus das Erbe der klassischen deutschen Philosophie angetreten habe, mit Leben gefüllt. Das war es wohl auch, was ihn als sozialistischen Erwachsenenbildner seinen Zeitgenoss/inn/en so beeindruckend gemacht hat: Hohe geistige Strenge in Verbindung mit einer nachvollziehbaren Übereinstimmung von Ideal und Handeln — wiewohl gesagt werden muß, daß er mit seiner Kant-Marx-Synthese in der wissenschaftlichen Welt ein Einzelgänger war und geblieben ist.

Jedenfalls ist es erstaunlich zu lesen, wie Adler genau diejenigen systematischen Leerstellen im Denkgebäude des klassischen Marxismus erkannt und geschlossen hat, die Jürgen Habermas erst 50 Jahre später (in »Erkenntnis und Interesse« — 1977) meinte, als er dem Marxismus die Reduktion der Selbsterzeugung der Menschengattung auf Arbeit und ein fehlendes (transzendentes) Verständnis für die Genese von Sozialprozessen vorwarf. Adlers Vorarbeit aber schien vergessen.

»Vergessen« wird er über die Grenzen ideologischer Blöcke hinweg — was in der Regel kein Zufall ist —, und so war es nicht verwunderlich, daß anlässlich des Kant-Jubiläums in der DDR (1977) die Leistung Adlers in keiner Weise gewürdigt wurde, obwohl er mit seiner Unterscheidung von ökonomischem und philosophischem Liberalismus das Erbe Kants auf genau die gleiche Weise interpretierte, wie es dann in der DDR praktiziert wurde. Aber wie hätte man dort auch eines Mannes gedenken können oder wollen, der Zeit seines Lebens ein entschiedener Bekämpfer des philosophischen Materialismus war. Adler hat den Marxismus wie später Karl Korsch methodologisch streng von jeder philosophischen Untermauerung abgetrennt und seinen Gegenstandsbereich auf die soziale Welt begrenzt. Obwohl er Verteidiger der russischen Revolution war — den kommunistischen Parteien im Westen sprach er jedoch jede Existenzberechtigung ab, womit Adler — obwohl Partei-Linker — doch wieder typischer Austromarxist war. Auch Adler formulierte das — aus marxistisch-leninistischer Sicht — verräterische Konzept vom »Dritten Weg« und prägte den von kommunistischen Pädagogen als »idealistisch« verfemten Begriff vom »neuen Menschen«.

Es war schon mehr als überfällig, als in der Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre in SPÖ- und SPD-Kreisen und -Zeitschriften geführten Diskussion über eine »Renaissance des Austromarxismus« der Name *Max Adler* wieder ins Gespräch kam.

So stellt sich Gerechtigkeit in der Würdigung der Leistung einer Person manchmal auf Umwegen dann doch noch ein, und es kann allen an der Theoriegeschichte des Marxismus interessierten nur allerwärmstens empfohlen werden, sich mit den Schriften dieses Mannes vertraut zu machen, der mit seinem Gesamtwerk einen ausgesprochen originellen und bemerkenswert eigenständigen Beitrag zum *Werden* des Marxismus geliefert hat.

Neu aufgelegte, wieder im Handel erhältliche Schriften Max Adlers:

Politische oder soziale Demokratie, Wien 1982 (»tribüne-buch«)

Marxistische Probleme, Bonn-Bad Godesberg 1974

Wegweiser — Studien zur Geistesgeschichte des Sozialismus, Bonn Bad-Godesberg 1974

Kant und der Marxismus, Aalen 1975

Das Rätsel der Gesellschaft, Aalen 1975

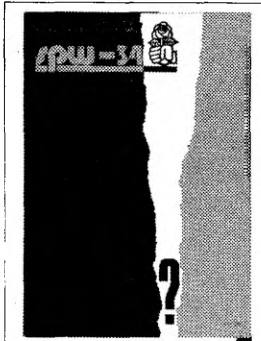
Die Staatsauffassung des Marxismus, Darmstadt 1973

Leser, N. + Pfabigan, A. (Hrsg.): Max Adler — Ausgewählte Schriften, Wien 1981

Literatur über Max Adler

Pfabigan, Alfred: Max Adler Eine politische Biographie, Frankfurt/Main 1983

spw-Verlag · Tegeler Str. 6 · D-1000 Berlin 65



Nach der Wahl: »Rot-grüne Zukunft«?

Karnatz/Lienker/Wehr über die Situation der SPD und zu den Aufgaben der Linken

Eckhard Stratmann plädiert für eine organisierte rot-grüne Auseinandersetzung

Rainer Christ zum Bruch der rot-grünen Koalition in Hessen

* * *

Sabine Kryszon über »Jugend« und Gewerkschaftsjugendarbeit

Josef Hindels: Rechtsruck in Österreich

Mit weiteren Beiträgen von Günther Baechler/Christiane Rix, Diether Dehm, Jürgen Egert, Joachim Günther, Michael Guggemos/Uwe Kremer, Karsten Rudolph, Helmut Schauer und Uli Schöler

Heft 34 / Febr. 1987 / 10.Jg. — ISSN 0170-4613 / 96 Seiten / Einzelpreis: 9,50 DM/70 ÖS

Die Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft — *spw* erscheint 1987 in fünf Heften. Linke Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind ihre Herausgeber. Das Jahres-Abo kostet 39,- DM (Ausland 42,- DM)

Wahlen

Rainer Christ

Neu gemischt

Zum Ausgang der Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz

Der neue Landtag in Rheinland-Pfalz wird sich deutlich vom letzten unterscheiden: Statt zwei gibt es künftig vier Parteien im Plenum wie in fast allen anderen Länder-Parlamenten der Bundesrepublik. Da CDU und FDP bereits die Bildung einer Regierungskoalition angekündigt haben, sind die Auswirkungen auf die Bundes- und die künftige Regierungspolitik in Mainz eher minimal. Spannend bleibt es nur insofern, als unklar scheint, wo sich die wirtschaftsliberal geprägte rheinland-pfälzische FDP überhaupt von der CDU zum Zwecke der Profilierung abgrenzen wird. Im Wahlkampf zeigte sich eigentlich nur ein relevanter Unterschied: die Haltung zu den neuesten Abrüstungsvorschlägen aus der Sowjetunion, der sogenannten »Doppelten Null-Lösung«.

Dieses Thema ist für Rheinland-Pfalz allerdings von erheblicher Bedeutung, da die Friedensbewegung die lange andauernde Sprachlosigkeit gegenüber den Folgen des Mißbrauchs großer Landesteile für »den größten Flugzeugträger der Nato« (Bernhard Vogel) umgewandelt hat in vielfältige politische Bewegungsformen gerade auch im ländlichen Raum. Insbesondere hier betrifft die Menschen die Militärmaschinerie allerdings auch in extremer Weise: vom Tieffluglärm über Manöverschäden bis hin zum Verlust ganzer Wälder für militärische Anlagen und den neuesten Gipfelpunkt, der Stationierung der Cruise Missiles in Hasselbach. Dadurch hat die Friedensbewegung hier in sozialen Bereichen Wurzeln geschlagen, die über die üblichen gesellschaftlichen Sektoren, die auf solche Fragen aufgeschlossen reagieren, zum Teil weit hinausgehen. Die ablehnende Haltung der CDU zu den erwähnten Abrüstungsvorschlägen, mit der sie im Wahlkampf völlig isoliert dastand, wird ein Grund für die gravierenden Verluste dieser Partei gewesen sein. Daß dies überwiegend der FDP zugute kam, vermindert natürlich die politischen Umsetzungsaussichten dieser Entwicklung erheblich.

Ein zweiter Grund für die gravierenden Verluste der CDU muß in erheblichen Problemen im landwirtschaftlichen Bereich gesehen werden, namentlich im Weinbau, aber nicht nur dort. Vorwiegend Klein- und Mittelbetriebe prägen das Bild der Land- und Weinwirtschaft im Südwesten. Seit Jahren schon liegen diese Betriebe auf der Schattenseite der an der großen Agro-Industrie ausgerichteten Politik der EG und der Bundesregierung. Viele rheinland-pfälzischen Betriebe arbeiten dadurch schon lange unterhalb der Rentabilitätsgrenze. Diese allmählich immer schärfer werdenden Probleme brachen im Zuge der verschiedenen Weinskandale der letzten Jahre offen aus. Die CDU verkannte anfangs die Brisanz dieser Entwicklung und geriet dadurch in den

ländlichen Gebieten stark unter Druck. Die Wahlverluste lagen jetzt in weiten ländlichen Bereichen jenseits der Zehn-Prozent-Marke.

Profitiert haben hiervon zum einen die Freien Wählergruppen. In den Weinbaugebieten der Mosel z. B. kamen sie teilweise bis auf 4 Prozent der Wählerstimmen. Letztlich blieb diese Formation, die zum ersten Mal bei Landtagswahlen kandidierte, aber weit hinter ihren eigenen Erwartungen und auch denen vieler Beobachter zurück. Mit 1,5 Prozent gelang es ihr lediglich, ein Zehntel ihrer Stimmen aus der letzten Kommunalwahl zu mobilisieren. Das Experiment einer freien Wählerliste auf Landesebene dürfte damit sein frühzeitiges Ende gefunden haben. Von den Problemen in den ländlichen Räumen konnte zum zweiten die SPD deutlich profitieren. Sie gewann hier fast überall zwei bis drei Prozent dazu, obwohl sicherlich noch einige Verluste in Richtung auf die bei der letzten Landtagswahl noch sehr schwachen Grünen einzukalkulieren sind. Diese Gewinne sind auf die große Aufmerksamkeit zurückzuführen, die die SPD und namentlich ihr Vorsitzender Rudolf Scharping, den Problemen dieses Raumes gewidmet haben. Zwar fehlt auch der SPD ein wirklich schlüssiges Agrarprogramm für Rheinland-Pfalz. Doch mit Einzelprogrammen gerade für den Bereich des Weinbaus und durch viele Diskussionsveranstaltungen vor Ort konnte die SPD zumindest den Eindruck vermitteln, daß es ihr ernst ist mit einer veränderten Landwirtschaftspolitik, die sich nicht länger an den Verwertungsinteressen einiger weniger Großunternehmen wie Pieroth oder anderer orientiert, sondern an den vielen kleinen Betrieben, die ums Überleben kämpfen. Das zahlte sich aus.

Daß die SPD trotzdem nur knapp das Ergebnis der letzten Landtagswahlen halten konnte, liegt am nach wie vor negativen Trend in vielen Städten, namentlich solchen, die von Dienstleistungsbereichen und Verwaltungen geprägt werden. Als Beispiel kann die Landeshauptstadt Mainz gelten, in der die Verluste fast fünf Prozent betragen. Hier sind auch die Verluste der Union eher unterdurchschnittlich, während Grüne und FDP stark gewinnen. Das Bild ähnelt stark dem der Bundestagswahlen vom Januar dieses Jahres. Die stark abgefallene Wahlbeteiligung signalisiert darüber hinaus, daß es sich zum Teil um Wahlenthaltungen ehemaliger sozialdemokratischer Wähler handeln muß. Kurzfristige Konzepte scheinen hier nicht zu greifen, dazu ist dieser Trend zu stark und auch nicht erst seit gestern feststellbar. Gerade hier kann die Partei nur durch eine konsequente Umsetzung der neuen Beschlüsse zur Atomenergie, zur Abrüstung etc. wieder an Profil gewinnen. Und nur in einer klaren Profilierung, die die Unterschiede insbesondere zur CDU deutlich heraustreten läßt, liegt eine Chance für die Zukunft. Diese Profilierung darf sich dann auch nicht in Wahlkämpfen erschöpfen, sondern muß in beständigen Formen im politischen Alltag ihre Grundlage haben. Das Landeswahlprogramm der SPD, wenn auch zum Teil sehr allgemein, ohne konkrete Festlegung in vielen Bereichen, hat dazu einige Möglichkeiten — beispielsweise durch die klare Ablehnung der Atomenergie, durch die Unterstützung von Abrüstungsvorschlägen und Aktionen der Friedensbewegung und ähnliches — geboten. Diese inhaltlichen Perspektiven prägten jedoch vielerorts den Wahlkampf gerade nicht, ganz im Gegenteil: Im wohl rechtesten Parteibeziirk der SPD, Rheinhessen, wurden Veranstaltungen einiger Gliederungen zum Ostermarsch, zum § 218 oder zur Verteidigung der Grund-

rechte massiv behindert. Diese Ereignisse verdeutlichen, wie schwierig die Umsetzung von inhaltlichen Umorientierungen auf Bundesparteitagebene auf die Ebene der konkreten Politik in Ländern und Kommunen ist. Gerade hier gibt es erhebliche Widerstände, die sich in den letzten Monaten neu formiert haben, und die Prozesse der letzten Jahre wieder umkehren wollen. Diese Kräfte dürfen nicht unterschätzt werden. In Rheinland-Pfalz erhielten sie nochmals Auftrieb durch die Ereignisse im angrenzenden Hessen. Die dortige Niederlage der Rot-Grünen-Konstellation wurde prompt zum Nachweis für die Notwendigkeit einer stärkeren Abgrenzung von den Grünen gewendet. Gerade auch der Landesvorsitzende Rudolf Scharping ging in den letzten Wochen mit immer schärferen Äußerungen auf diese Entwicklung ein, nachdem er sich vorher vorsichtig in der Koalitionsfrage verhalten hatte. Erst Äußerungen nach der Wahl lassen darauf schließen, daß der vergleichsweise glimpfliche Ausgang der Wahl für die SPD nun auch noch auf die deutlichere Abgrenzung zu den Grünen zurückgeführt wird. Das wäre gerade auch unter landespolitischen Gesichtspunkten verhängnisvoll. Ergibt sich doch endlich seit vielen Jahren wieder zumindest die Aussicht auf eine Veränderung in diesem CDU-Stammland. Inzwischen ist die Basis der Konservativen auf ungefähr 52 Prozent der Wählerstimmen abgesunken. Zu knacken ist diese knappe Mehrheit allerdings nur mit einer ehrlichen reformpolitischen Alternative zu CDU und FDP unter Einschluß der ernsthaften Auseinandersetzung mit den Grünen.

Kai Fieguth

Die »kleine Wende« und die Schwäche der Linken

Anmerkungen zum Hamburger Wahlergebnis

Auch im Stadtstaat Hamburg nimmt der Problemdruck in vielen gesellschaftlichen Bereichen seit Jahren zu. Exemplarisch seien hier nur die Massenarbeitslosigkeit von über 100.000 Menschen, die Werftenkrise, die immer stärkere Abhängigkeit von Atomkraftwerken (Stade, Brokdorf, Krümmel, Brunsbüttel), die vielfältigen ökologischen Probleme (Abfallbeseitigung, Wasserverschmutzung), der zunehmende Abbau demokratischer Rechte (Demonstrationsfreiheit, Hafen-Straße), die steigende soziale Verelendung und die unsoziale staatliche Sparpolitik im Bildungs- und Sozialbereich (Schulschließungen, Stellenabbau im Kindertagesstättenbereich) genannt.

Die Ursachen für diese Misere sind nicht nur in den kapitalistischen Krisenprozessen und der Bonner Wende zu finden, sondern auch in der Politik des sozialdemokratischen Hamburger Senats. Nachdem bereits 1981 die Möglichkeit der »Hamburger Verhältnisse« für eine rot-grüne Reformperspektive verspielt wurde, kam es im weiteren zu einer kaum noch als sozialdemokratisch zu bezeichnenden Krisenlösungspolitik der Hamburger Mehrheits-SPD: Der Standortpolitik. Die Lösung der angeführten gesellschaftlichen Probleme sollte durch eine Verbesserung der Ausgangsbedingungen des »Wirtschaftsstandortes Hamburg« erfolgen. Die Verwertungsbedingungen der privaten Wirtschaftsunternehmen sollten entscheidend verbessert werden. Fast ausschließlich wurden alle Politikbereiche auf diese Maxime getrimmt.

Im Ergebnis war diese Politik nicht nur nicht erfolgreich, sondern führte zur Verschärfung der gesellschaftlichen Krisenprozesse. Ganz zu schweigen davon, daß eine Reformperspektive — gerade auch als Gegengewicht zu neokonservativen Krisenlösungsmustern — so systematisch verbaut wurde — und auch nicht ernsthaft als Ausgangspunkt für diese Variante »sozialdemokratischer Erneuerung« diente.

Ein weiteres Ergebnis dieser Politik: Bei den Bürgerschaftswahlen im November 1986 erlebte die SPD erdrutschartige Verluste, während sowohl die CDU als auch die GAL kräftig dazugewannen. Erneut kam es zu »Hamburger Verhältnissen«.

Im folgenden gelang es weder den Reformkräften, eine rot-grüne Bündnisperspektive zu eröffnen, noch den Parteilinken und der CDU, eine große Koalition zu installieren. Neuwahlen wurden »nötig«. Am 17. Mai dieses Jahres konnte die SPD nun wieder Stimmen dazugewinnen und sich auf 45 Prozent verbessern. Die CDU verlor leicht und hat nun 40,5 Prozent Wähler/innen-Stimmen. Der in wirtschaftspolitischen Fragen rechts von der CDU stehenden FDP (Privatisierung staatlicher Unternehmen, Ladenschlußzeiten, Gewerbesteuersenkung, radikaler Stellenabbau im öffentlichen Dienst) gelang mit 6,5 Prozent nach Jahren erneut der Einzug in die Bürgerschaft. Die Grün-Alternative-Liste (GAL) erlitt mit einem Verlust von über drei Prozent eine schwere Wahlniederlage und kommt nun auf sieben Prozent.

Der Wahlkampf von CDU und FDP war durch eine Siegesgewißheit gekennzeichnet, die nun nur teilweise bestätigt wurde. Der SPD-Wahlkampf ist nicht anders als widersprüchlich zu kennzeichnen: Auf der einen Seite stellte sie sich als Alternative zur Bonner Wende dar (»Sozial bleiben, dagegen halten«), auf der anderen Seite wollte sie erklärtermaßen ihre Mehrheitspolitik weiterführen. Dabei kam es zu scharfen Abgrenzungen zur GAL (die weithin auch von der Parteilinken mitgetragen wurden). So wurde einer Reformperspektive schon im Vorfeld von sozialdemokratischer Seite jede Ausgangsbasis genommen, wenn auch die GAL-Mehrheitsposition durch ihre hohen — nicht ernsthaft umsetzungsfähigen — Anforderungen des Zehn-Punkte-Tolerierungsangebotes, ihren Teil hierzu beigetragen hat.

So besteht zwar in Hamburg weiterhin die Möglichkeit einer rot-grünen Politik, die Gegengewichte gegen eine Rechtswende auch in Hamburg schaffen könnte, aber eben nur rein rechnerisch und nicht politisch!

Somit wird infolge des Wahlergebnisses nicht nur eine kleine Koalition zwischen SPD und FDP installiert werden, mit all den Auswirkungen, die dies auf die weitere

Politik in Hamburg haben wird (nämlich einer »kleinen Wende«). Sondern es wird hierin auch die Schwäche der Linkskräfte in der Stadt deutlich. Die vielen alternativen Vorstellungen und Lösungsvorschläge für die gesellschaftlichen Probleme, seien sie nun von Teilen der Hamburger SPD-Linken, der GAL oder den verschiedenen außerparlamentarischen Bewegungen entwickelt, sind bisher nicht zu einem mehrheitsfähigen »Reformprojekt« verbunden worden. Im Gegenteil: Die Hamburger Linke hat bisher gegeneinander diskutiert und gehandelt und ist nicht in der Lage gewesen (von einzelnen Ausnahmen, wie dem Diskussionsangebot der »Hamburger Perspektiven«, einmal abgesehen), zumindest gemeinsame Diskussionsprozesse oder -strukturen zu entwickeln.

Die verschiedenen politischen Strategien der SPD-Linken auf der einen Seite, die über kaum noch funktionierende Strukturen und für sie handlungsbestimmende Alternativkonzepte für die realistische Eröffnung einer Reformpolitik verfügen, und den GAL-Positionen auf der anderen Seite, die ihre grundsätzlichen Alternativkonzeptionen bisher nicht auf die Ebene des »konkreten Einstiegs« in eine solche Reformpolitik auch mit systemüberwindender Perspektive übertragen konnten, haben einen weiteren Schritt in die insofern selbstverschuldete jetzige Defensivposition zum Ergebnis gehabt!

Es wird damit in der nächsten Zeit nicht nur darauf ankommen, Gegengewichte zu einer »kleinen Wende« in Hamburg zu schaffen, sondern gerade dies wird nur möglich sein, wenn die verschiedenen — und in Hamburg durchaus relativ breit entwickelten und auch verankerten — strategischen Alternativvorstellungen auf ihre jeweiligen Schwächen hin hinterfragt und weiterentwickelt werden.

Für die SPD (d.h. auch für die Parteilinke) wird es darum gehen, die eigene Politik auf ihre Perspektivvorstellungen hin zu hinterfragen. Wie können tendenziell gemeinsame Überlegungen der Linkskräfte in praktische Politik umgesetzt werden? Wie kann eine Reformpolitik aussehen und mehrheitsfähig gemacht werden? Welche Widerstände wird es hiergegen von seiten der Rechtskräfte geben, und wie kann darauf reagiert werden? Wie wollen Hamburger Sozialdemokrat/inn/en es angesichts der schon länger anhaltenden Krisensituation und Rechtswende überhaupt erreichen, daß nicht nur Reform-, sondern auch sozialistische Perspektiven eröffnet werden?

Gewerkschaften

Klaus Peter Wolf

Der Kompromiß von Bad Homburg: Kein Friedensvertrag mit Gesamtmetall

Die nun abgeschlossene Tarifrunde der IG Metall fand unter schwierigen gesellschafts-politischen Rahmenbedingungen statt. Der aus Rache für den 84er Streik von der Koalition aus Kabinett und Kapital geschaffene Knebelungsparagraph 116 Arbeitsförderungs-gesetz (AFG) macht jeden Arbeitskampf nahezu unmöglich. Die vor allem »haus-gemachte« Krise der Gemeinwirtschaft versuchten die Konservativen gegen die Ge-werkschaften zu wenden. Die bürgerlichen Kräfte wurden bei der Bundestagswahl und bei der Landtagswahl in Hessen gestärkt. Und außerdem engt die anhaltende Massen-arbeitslosigkeit die reformerischen Handlungsspielräume ein und drängt die fort-schrittlichen Kräfte in die Defensive.

In dieser restaurativen Phase der Bundesrepublik stellt der Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich gegenwärtig die einzige mobilisierungsfähige Reformperspektive dar, die im ökonomischen Bereich greift. Sie sichert und schafft tausende von Arbeitsplätzen und grenzt den Anstieg der Massenarbeitslosigkeit ein. Sie bietet damit die Chance, nicht jedwede Reformpolitik gänzlich zu verbauen.

Die IG Metall konnte in dieser Tarifrunde in einem Stufenplan die 37-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich sowie Erhöhungen der Löhne, Gehälter und Ausbil-dungsvergütungen durchsetzen. Bis zu 100000 Arbeitsplätze können damit gesichert und geschaffen werden. Die IG Metall unterstreicht erneut, daß sie Beschäftigungsim-pulse auslösen und den Solidarpakt mit den Arbeitslosen will.

Die totale Anpassung des Menschen an die Maschinenlaufzeiten wurde verhindert. So forderte der Arbeitgeberverband Gesamtmetall eine tägliche Höchstarbeitszeit von bis zu 10 Stunden, eine wöchentliche Höchstarbeitszeit von bis zu 60 Stunden sowie den Samstag als Regelarbeitstag. Die bisherige tarifliche Arbeitszeitgestaltung wäre damit zertrümmert worden. Diese extremistischen Forderungen konnten abgewehrt werden. In den regionalen Verhandlungen wurden für die — in Ausnahmefällen mög-liche — Samstagsarbeit bessere Regelungen abgeschlossen.

Zu den bedeutenden Erfolgen der IG Metall gehört, eine Trendwende bei der Diffe-renzierung der Arbeitszeit erreicht zu haben. Die individuelle regelmäßige Arbeitszeit wird in der ersten Stufe (1. April 1988) zwischen 37 und 39,5 Stunden und in der zweiten Stufe (1989) zwischen 36,5 und 39 Stunden betragen. Damit ist die Spanne von drei Stunden (Leber-Kompromiß von 1984) auf 2,5 Stunden verkürzt worden. Damit gehört die 40-Stunden-Woche endgültig der Vergangenheit an. Sie gilt auch künftig nicht mehr für höher eingruppierte Angestellte und Facharbeiter, ebenfalls nicht mehr

für die Auszubildenden. Keine Beschäftigtengruppe ist mehr von der Arbeitszeitverkürzung ausgeschlossen.

Wie stark die Arbeitszeit differenziert und ob die Auszubildenden in die Arbeitszeitverkürzung mit einbezogen werden sollen, darüber wurde beim »Spitzengespräch« zwischen der IG Metall und Gesamtmetall in Bad Homburg bis zum Schluß und am härtesten gerungen. Gesamtmetall wollte, um Maschinen optimal zu nutzen, eine längere Arbeitszeit für höher eingruppierte Angestellte und Facharbeiter. Außerdem wollte der Arbeitgeberverband für diese Beschäftigten und für die Auszubildenden längere Arbeitszeiten, um die Belegschaften weiter zu spalten. Fortgesetzt werden sollte damit die Spaltungspolitik, die das »Beschäftigungsförderungsgesetz« mit den befristeten Arbeitsverhältnissen eröffnet hat. Derartig gespaltene Belegschaften behindern nachhaltig kollektive Interessenvertretung, können sie auch unmöglich machen.

Mit der Ausgrenzung dieser Beschäftigtengruppe sollte die IG Metall in Legitimationszwänge gedrängt werden. Ihr sollte der Zugang zu strategisch wichtigen neuen Mitgliedern verbaut werden: zur immer größer werdenden Gruppe der Angestellten und zum Zukunftspotential Auszubildende. Dieser Angriff auf die einheitliche gewerkschaftliche Interessenvertretung wurde mit Erfolg zurückgewiesen.

Nicht erreichen konnte die IG Metall hingegen einen Stufenplan, der bereits jetzt ein festes Datum für die Einführung der 35-Stunden-Woche vorsieht. Dies wäre eine empfindliche politische Niederlage für Gesamtmetall gewesen und hätte noch mehr Arbeitsplätze schaffen können. Allerdings erscheint es realistisch, dieses Ziel in der nächsten Arbeitszeitrunde — also 1990 — zu erreichen.

Nicht ohne Risiko ist auch die dreijährige Laufzeit. Dies gilt jedoch weniger für die Lohnseite. Sollten die Preissteigerungen stärker sein als im Augenblick vorhersehbar und sollten die Verteilungsspielräume größer werden als gegenwärtig zu vermuten ist, dann wird die IG Metall tarifpolitisch handeln können. Ins Leere laufende Nachschlagdiskussionen sind nicht zu erwarten.

Mit Risiken behaftet ist die dreijährige Festlegung, weil Tarifrunden in der Regel auch immer Mobilisierungskräfte freisetzen: von Warnstreiks bis — im äußersten Fall — zum Streik. Derartige Arbeitskämpfe haben nicht nur bewußtseinsbildende Einflüsse, sondern auch gesellschaftspolitische Auswirkungen.

Aber eine Tatsache bleibt, daß auch der Bad Homburger Kompromiß nicht allein am »grünen Tisch« zustande gekommen ist, sondern erkämpft wurde. Zunächst einmal: Dieses Ergebnis wäre ohne den siebenwöchigen Arbeitskampf von 1984 nicht denkbar gewesen. Gesamtmetall gibt mittlerweile zu, keine Chance zu haben, weitere Arbeitszeitverkürzungen in einem Arbeitskampf zu verhindern und bezeichnet seine Tabu-Politik von 1984 als »Fehler«. Hinzu kam diesmal das erfolgreiche Konzept der IG Metall, angesichts des § 116 AFG die Warnstreiks zu intensivieren. Rund eine Million Beschäftigte haben sich daran beteiligt. Außerdem wurde in dieser Phase eine bisher noch nicht dagewesene Solidarität unter den Einzelgewerkschaften im DGB hergestellt.

Eine weitere neue Qualität ist in der Bereitschaft der Gewerkschaften zu sehen, sich auf ein soziales Bündnis mit den verschiedensten großen gesellschaftlichen Gruppen einzulassen. Da waren Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Sportvereine und Reformpar-

teien ebenso angesprochen wie Prominente aus Wissenschaft, Kultur und Sport. — Das Kapital konnte nur schwer einschätzen, zu welchen Solidarisierungs- und Radikalisierungsprozessen ein Arbeitskampf mit der Folge der »kalten Aussperrung« führen würde. Deshalb wollte Gesamtmetall offensichtlich der mit dem § 116 möglich gewordenen »Geiselnahme« ausweichen.

Allerdings hat auch diese Medaille eine zweite Seite: Dieser Arbeitskampf wäre auch für die IG Metall der wohl schwierigste und unkalkulierbarste geworden. Nachdem in Baden-Württemberg von den Arbeitgebern signalisiert wurde, eine Stunde Arbeitszeitverkürzung und eine 3,7-prozentige Lohnerhöhung seien möglich, wäre es kompliziert geworden, einen Arbeitskampf überhaupt zustande zu bringen. Und niemand konnte mit Sicherheit vorhersagen, wie lange ein Arbeitskampf angesichts sozialer Not der »kalt Ausgesperrten« hätte durchgehalten werden können.

Wie dieser Tarifkompromiß erzielt worden ist, das spiegelt nun auch die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik wider. Nach den Niederlagen der Linken in den letzten Jahren hat die IG Metall — unterstützt von den DGB-Gewerkschaften und von sozialen Gruppen — gezeigt, daß sie sich nicht erniedrigen läßt und nicht kapituliert. Sie hat einen gesellschaftspolitischen Erfolg erzielt. Der Kompromiß von Bad Homburg darf nicht mißverstanden werden als sozialpartnerschaftlicher Friedensvertrag — auch nicht für drei Jahre.

Denn die Auseinandersetzungen mit dem Kapital bleiben, nicht nur in den Krisenbranchen Stahl und Werften sowie beim arbeitsfreien Wochenende. Es bleibt die Konfrontationspolitik der Konservativen, die die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die Renten- und Krankenversicherung sowie das Betriebsverfassungsgesetz zu Lasten der Beschäftigten und der Gewerkschaften verändern wollen. Dies erfordert von der IG Metall, ihre Betriebsräte und Vertrauensleute nicht nur im betrieblichen, sondern auch im gesellschaftlichen Abwehrkampf der nächsten Jahre zu stärken. Die organisationspolitisch große Aufgabe lautet, mehr Angestellte als Mitglieder zu gewinnen.

Schließlich gilt für die IG Metall wie für alle bundesrepublikanischen Linkskräfte, mobilisierungsfähige Reformperspektiven und Konzepte für eine erfolgreiche Auseinandersetzung mit dem Konservatismus zu entwickeln. Zu eröffnen wäre eine programmatische Diskussion über die gewerkschaftlichen Anforderungen am Beginn des nächsten Jahrhunderts.

Berlin

Erik Nohara

Symbolische Schritte ins Nichts

Warum Diepgen ausgeladen wurde

Die Heißluft-Rakete, genannt »Berlin im Kräftefeld der Ost-West-Beziehungen«, ist entgegen den Erwartungen der Zuschauer und — mehr noch — ihres Konstrukteurs Eberhard Diepgen nicht in die vorgesehene Umlaufbahn gelangt, sondern kurz nach dem Abschluß geplatzt. Wäre nicht Kreuzberg, die negative Seite eines westlichen Metropolen-Daseins, dann könnte sich unsere bis zum 31. Dezember voll und ganz dem zuwenden, was dort spätestens seit dem Mauerbau gilt — also dem Provinzdasein.

Blieb rückblickend nur zu fragen, was eigentlich mit der Rakete bezweckt wurde, welche Ergebnisse sie bei einem erfolgreichen Start hätte einbringen können und was beim Design falsch gemacht wurde. Man muß dem Regierenden Bürgermeister zu Gute halten, daß er die Ziele der außenpolitischen Jubiläums-Initiative beizeiten, nämlich anfang Januar dieses Jahres in seiner Rede vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in der tatsächlichen Hauptstadt Westdeutschlands, nämlich in Bonn, ausführlich benannt hat. Die zentrale These lautete: »Auch getrennte Jubiläen können und sollen den Blick für die Einheit der Stadt und der Nation stärken. Das ist unser Ziel für das Jahr 1987.« Die Feierlichkeiten und in diesem Zusammenhang natürlich auch die geplante Anwesenheit Honeckers hier und Diepgens dort hätten den Zweck gehabt, Berlin »als Hauptstadt der deutschen Nation für das nächste Jahrhundert vorzubereiten«. Hinsichtlich der Vergangenheitsbewältigung kam Diepgen dabei zu erstaunlichen Einsichten. Die von Adenauer seinerzeit mit dem Deutschland-Vertrag vollzogene endgültige Westbindung sei sozusagen ein Geschäft gewesen, denn dadurch hätten sich die Westalliierten verpflichtet, ebenfalls für die Aufhebung der Spaltung Deutschlands zu sorgen. Doch diese Erwartung habe sich als Illusion erwiesen: »Mit dem Schock des Mauerbaus (wurde) ... ein Umdenken notwendig, ein gerade für meine Partei schwieriger Lernprozeß begann«.

Die Umorientierung führte zum Grundlagenvertrag. Diepgen grenzt sich ab von dem Denken der Ewig-Gestrigen besonders in seiner Partei: Es sei in letzter Zeit davon die Rede gewesen, der Senat wolle den Status verändern: »Zum einen: Das können wir nicht. Zum anderen: Das Gegenteil ist der Fall. Wir wollen ihn aber in praktischer Politik ernst nehmen.« Eine Politik der selbstauferlegten Isolierung gegenüber der DDR und der anderen Stadthälfte dagegen laufe mit der Aufwertung der DDR und besonders Ostberlins beispielsweise durch die immer häufigeren Besuche westlicher Regierungschefs Gefahr, für Westberlin in einem »Status-quo-Minus« zu enden. Andererseits sei

da eine »viel bemerkenswertere Gegenentwicklung«: »Die Deutschen (empfinden sich) in beiden Staaten wieder mehr als Deutsche«. »Unsere«, also die von der CDU geäußerte Befürchtung, der Grundlagenvertrag könne zu einem »Auseinanderleben der Nation« führen, habe sich nicht bewahrheitet. Diepgen macht in diesem Zusammenhang auf unmißverständliche Weise deutlich, wie er den Begriff »Nation« politisch im Kräftefeld der Ost-West-Beziehungen definiert: »Im Gegenteil, es gibt eine klare Westorientierung in der DDR.« Diepgen baut nun darauf, daß sich der angebliche Westdrall in der DDR zukünftig noch verstärken lasse, wenn man sich nur genügend auf die Einheit der Nation berufe: »... ich bin davon überzeugt, daß wir in Deutschland (West) und Deutschland (Ost) in den vor uns liegenden Jahren eine große nationale Debatte bekommen werden, auf die die Wenigsten geistig vorbereitet sind.« Aus dieser Zustandsbeschreibung leitet Diepgen drei Konsequenzen für den Senat ab: 1. Die Stadt müsse sich weiter und zunehmend aus eigenen Mitteln heraus entwickeln. 2. Die Bindung zum Westen, zur Bundesrepublik, der EG und den USA, müsse forciert werden. 3. Die Fähigkeit und Bereitschaft zum Dialog mit der anderen Seite sei erforderlich. Dafür würden schon die »Sachgründe« sprechen, z.B. der Umweltschutz, die Verkehrsverbindungen und die neuen Kommunikationstechniken. Diepgen spricht dann den Technologietransfer an und kritisiert, ohne Roß und Reiter zu nennen, indirekt die USA: »Auf die Dauer stärkt der West-Ost-Technologietransfer die Westorientierung der RGW-Staaten eher als er dem militärisch-industriellen Komplex dort zu nutzen imstande ist.« Diepgen brauchte allerdings nicht zu befürchten, daß er mit dieser Bemerkung in den USA noch sonderlich anecken würde, denn dort hat sich besonders in Industriekreisen seit einiger Zeit schon die Meinung durchgesetzt, daß sich das High-Tech-Embargo angesichts der westeuropäischen und asiatischen Handelsrivalen sowieso nicht durchsetzen lasse.

Überhaupt scheint Diepgen seit langem schon davon überzeugt zu sein, daß der Ost-West-Handel gerade für Westberlin nur Vorzüge und kaum Risiken mit sich bringe: Man denke in diesem Zusammenhang nur an die Anknüpfung an das sowjetische Erdgasnetz, also an die zunehmende Abhängigkeit der westlichen Stadthälfte von den östlichen Energielieferungen, die von dem sozialliberalen Senat nur zögernd, nach dem Regierungswechsel in Westberlin dann jedoch mit großen Schritten vorangetrieben wurde.

Doch das entscheidende Motiv für den Dialog mit der anderen Seite ist für Diepgen die anzustrebende Einheit Deutschlands unter westlichem Vorzeichen. Im O-Ton: »Wenn es uns nun gelingt, trotz der Mauer in Berlin und gegenüber unseren Gästen auch bei der 750-Jahr-Feier zu zeigen, daß Berlin eine Stadt geblieben ist, dann fällt es auch leichter, eine ähnliche Vorstellung für die Nation im ganzen zu entwickeln. Das geht aber nicht mit Abgrenzung und Stillstand, sondern nur mit Beweglichkeit, mit Offenheit und Dialogbereitschaft, verbunden vielleicht auch mit symbolischen Schritten.« Es ist offensichtlich, daß Diepgen mit den »symbolischen Schritten« im Januar auch und gerade sein Reisevorhaben nach Ostberlin meinte.

Auf den ersten Blick hatte Diepgens Konzept einiges für sich. Es ist zumindest weniger entspannungsfeindlich, als die Haltung der Stahlhelm-Fraktion in der CDU.

Diese verfügt für die Auseinandersetzung mit dem feindlichen Drüben über keine politische Strategie, sondern baut allein auf die angebliche, in Wirklichkeit aber durch das NS-System verspielte Rechtsposition und hofft letztendlich auf die Rüstung und die spätestens mit dem Mauerbau gescheiterte Vorstellung von »Verhandlungen aus einer Position der Stärke heraus«.

Bei flüchtigem Hinsehen könnte man sogar eine Übereinstimmung mit der von Brandt und Bahr in den 60er Jahren entwickelten Konzeption des »Wandels durch Annäherung« vermuten. Doch realiter kann von einer solchen Ähnlichkeit der Vorstellungen nicht gesprochen werden, denn dem von Brandt/Bahr erhofften Wandel in der DDR-Einstellung ging ja die Bereitschaft voran, sich zuerst selbst zu wandeln, also die DDR und die durch den 2. Weltkrieg geschaffenen Realitäten anzuerkennen.

Zudem wird bei einer näheren Betrachtung sichtbar, daß die in Bonn vorgetragene Strategie nicht nur in »symbolische Schritte« mündet, sondern, was das Verhältnis zum Osten betrifft, sich ausschließlich in symbolischen Schritten erschöpft. Denn was ist »Dialogbereitschaft, Beweglichkeit und Offenheit« denn sonst, wenn nicht das, was im englischen Sprachgebrauch als eine Politik des »going through the motions of doing something« bezeichnet wird, und was man in deutscher Verkürzung als eine »Politik des als ob« nennen könnte. Und so überrascht es auch nicht, daß in den 13-seitigen einzeilig beschriebenen und vom Landespressedienst verbreiteten Referattext an keiner Stelle gefragt wird, was denn die Interessen der DDR und/oder der Sowjetunion seien, die eine solche »Politik des als ob« zumindest wahrzunehmen, wenn nicht auch zu berücksichtigen hat.

Wäre also abschließend nach den Ursachen des Scheiterns zu fragen. Hier sei vorweg erwähnt, daß die Sprachlosigkeit der SPD/AL-Opposition einigermaßen verwundert und daß man das Debakel wohl weder auf das von der AL Diepgen angelastete lange Zaudern noch auf die von Stobbe (SPD) vorgeworfene »fehlende Absprache mit der UdSSR« zurückführen kann. Denn bereits die Gespräche mit den Verantwortlichen der westlichen Besatzungsmächte hätten Diepgen eigentlich zeigen müssen, daß dort nur Ablehnung, und bestimmt keine Unterstützung für sein Vorhaben zu erwarten war. So wußte die gut informierte und einflußreiche »Washington Post« über ihren Korrespondenten Robert J. McCartney bereits Anfang März zu berichten, daß es schwere Bedenken gegen den Diepgen-Besuch gebe. Ein ungenannt bleiben wollender Beauftragter einer Besatzungsmacht erklärte: »Wenn wir anerkennen, daß Ostberlin einfach zu einem Teil Ostdeutschlands geworden ist, was passiert dann mit unserem Argument, Berlin habe noch immer den gleichen Status wie zu Ende des Krieges?« Und ein leitender Mitarbeiter bei einer anderen westlichen Besatzungsmacht äußerte sich so: »Ich könnte ihnen gegenüber zwar nicht behaupten, Berlin würde, wenn Diepgen fährt, in dreißig Jahren fallen.« »Aber«, so fügte er hinzu: »Es wäre eine Art von Dambruch.« Doch, so die »Washington Post« weiter, sei bereits zu diesem Zeitpunkt zwischen dem Senat und den Westalliierten eine informale Übereinkunft dahingehend getroffen worden, daß der Besuch in der östlichen Stadthälfte in dem Augenblick abgesagt werde, da an der Grenze von ostdeutschen Wachsoldaten wieder auf Flüchtlinge geschossen werde. (Vgl. ausführlichen Nachdruck in der »International Herald Tribune«

vom 12. März 1987, 1 und 4) — Doch, was die Heißluftrakete zum Platzen brachte, was also die Ausladung Diepgens (und nicht seine »Absage«, wie es im »Tagesspiegel« am 7. Mai euphemistisch hieß) verursachte, war die bereits erwähnte Mißachtung der Interessenlage auf der anderen Seite. Da die Zuständigen in der DDR wie in der Sowjetunion dem Redetext von Anfang Januar entnehmen konnten, daß in Diepgens »Politik des als ob« auch dem Besuch hüben wie drüben nur symbolische Bedeutung zukommen würde, daß aber die Dialogbereitschaft letztendlich nur die Wiedervereinigung unter westlichem Vorzeichen bezwecke, hätten sie dieses Vorhaben nur dann akzeptieren können, wenn dabei der festgelegte Status von Berlin (West) nicht angetastet worden wäre und wenn man die Auftritte Honeckers sowie Diepgens auch als Begleitmusik für Abrüstungsverhandlungen hätte interpretieren können. Tatsächlich jedoch liefen die von Diepgen und Kohl gehaltenen Reden der Eröffnung der 750-Jahr-Feier am 30. April 1987 im Internationalen Congress-Centrum darauf hinaus, daß man den in den Viermächte-Verhandlungen Anfang der siebziger Jahre vereinbarten Status der westlichen Stadthälfte nicht einzuhalten gedenke. Denn wenn Westberlin nicht vom Bund regiert wird, dann hätte Kohl von Diepgen, auch nicht als »unser« Bundeskanzler tituliert werden dürfen, und dann ist auch die Argumentation unzulässig, wonach »unsere Freiheit ... auf der Zugehörigkeit des Landes Berlin zum Bund« beruht. Und wenn der Bundeskanzler in seiner Ansprache erklärte: »Solange Deutschen die Freiheit vorenthalten wird, solange grundlegende Menschen- und Bürgerrechte mitten in Deutschland verletzt werden, solange bleibt die deutsche Frage offen. Berlin ist das Symbol für diese offene deutsche Frage.« — dann bedeuteten diese beiden Sätze eine Kampfansage nicht nur gegen die Politik der DDR, sondern gegen deren Existenz schlechthin. Und nicht nur dem Pressesprecher des sowjetischen Außenministeriums, Gennadi Gerasimow, sondern auch einem unvoreingenommenen Beobachter mußte etwas auffallen: »Gleichzeitig fehlten in den Reden Kohls und Diepgens faktisch die Themen Frieden und gutnachbarliche Beziehungen Westberlins zu den sozialistischen Ländern. Nichts wurde über die große Verantwortung dieser Stadt im heutigen Kampf für Frieden und Abrüstung gesagt, wenn man berücksichtigt, daß in diesem Jahrhundert gerade von Berlin Weltkriege ausgingen, die Millionen Menschenleben kosteten.« (Vgl. Pressemeldung im »Neuen Deutschland« vom 6. Mai 1987, 1) Und dieses Manko ist um so bemerkenswerter, wenn man berücksichtigt, daß nicht nur Brandt, sondern auch ausgerechnet der amerikanische Gast, Bürgermeister Bradley aus Los Angeles, von dem Zusammenhang zwischen Abrüstung und Sicherheit Westberlins sprach und davon, daß »unser beiderseitiges Engagement für den Weltfrieden« wichtiger ist als alle Freundschaftsbekundungen zwischen den USA und dieser Stadt.

Wer, wie Diepgen den Eindruck erweckt, daß Hinweise auf Frieden und Abrüstung bei einer 750-Jahr-Feier nichts zu suchen haben, darf sich nicht wundern, wenn er in der östlichen Stadthälfte als Gast nicht gern gesehen wird.

Joachim Günther

Kreuzberger Nächte

»... dennoch ham wir uns bei BOLLE janz köstlich amüsiert.«

In einem Quartier, in dem bisher jede Straßenecke ein Politikum werden konnte, ist die Ratlosigkeit eingekehrt. War es bisher üblich, daß Protest und »Randale« ordentlich angekündigt wurde (zumindest durch eine bemalte Hauswand), macht für viele das alles keinen Sinn mehr, was sich in der Nacht vom 1. auf den 2. Mai in Kreuzberg abgespielt hat.

Die »Geschichte«: Morgens um 4 Uhr eine Räumung durch die Polizei im »VoBo-Büro« des Mehringhofes (natürlich ohne Durchsuchungsbefehl), nachmittags dann Auseinandersetzung im Umfeld eines Stadtteilfestes. Was dann kam, sei eine spontane Eskalation gewesen. So sehr glaubwürdig ist das nicht. Den Supermarkt »BOLLE« etwa, der in dieser Nacht bis auf die Grundmauern niedergebrannt ist, hat auf keinen Fall jemand auf dem Gewissen, der nur zufällig ein paar Streichhölzer in der Tasche hatte. Und man hat sie ja auch gesehen: Gut formierte Trupps, die nicht unter Alkoholeinfluß standen, eher »einsatzmäßig« gekleidet, die das Gebiet zwischen Oranienplatz und der Firma DeTeWe »vorbereiteten«, mit Barrikaden, kleinen Bränden, demolierten und umgekippten Autos — was eben so »dazugehört«.

Zu der »Geschichte« einer gut trainierten Truppe, die überdies über vorzügliche Ortskenntnisse verfügen mußte, gehört natürlich eine entsprechende Polizei-Aktivität. Diese Polizei war an diesem Abend dermaßen unvorbereitet, daß man sich die Frage stellen darf: Ist der Innensenator Kewenig (CDU) nicht im Bilde gewesen, weil er wirklich keinen Durchblick hatte (ein entsprechender Sozialdemokrat hätte wohl seinen Hut nehmen müssen), oder war es »angebracht«, nicht so im Bilde zu sein, obgleich schon in den Wochen vorher im »Kiez« die Unruhe wuchs? Ein bißchen Unruhe in Kreuzberg kann ja manchmal nicht schaden, allerdings war dies denn doch wohl ein bißchen zuviel. Wie dem auch sei, über Stunden »umzingelte« eine Schar von »Wannen« den Ort des Geschehens mit lautem LaLüLaLa, eingegriffen wurde jedoch nicht, sehr zum Wohl all derer, die sich inzwischen in den »Selbstbedienungsläden« versorgten.

Bleiben noch die Hauptakteure: Die sogenannte »Bevölkerung«. Sie war in dieser Nacht breit vertreten: Alkoholisierte »Punks«; Mitläufer, die immer kommen, wenn etwas los ist; viele, viele »Touris«, die neben dem Tingel-Tangel um die 750 Jahre nun auch mal das »richtige Leben« sehen durften; viele türkische Jugendliche und — das »normale« Volk, das zumindest bei den Plünderungen nicht zurückstand und die zumeist alkoholische Beute dankbar zurück in die vier Wände schleppte, weil »das ja sonst doch nur verbrannt wäre« (Original-Zitat).

Für die *taz* waren die angeblich sich nun durchsetzende Anarchie am nächsten Tag Anlaß zum Jubel, doch wenn die Autoren und Autorinnen dieser grauslichen Bericht-

erstattung der Annahme sind, jene Nacht sei auch nur von einem Hauch eines politisch zu definierenden Protestes durchdrungen gewesen, liegt schief. Zwar meinten die Festgenommenen ausnahmslos — wie der Polizeibericht meldet —, es sei ihnen um den Volkszählungsboykott und um die Mietpreisbindung gegangen, doch gleichzeitig mußte dieser Bericht auch zugeben, daß *alle* Festgenommenen unter starkem Alkoholeinfluß standen und sich mehrheitlich gar nicht mehr erinnern konnten. Und das scheint kaum gelogen.

Also wenn die Legenden und Geschichten, die seit dem 1. Mai die rauchgeschwängerten Kneipen von Kreuzbergs Südosten erfüllen, zur Nebensache geworden sind; wenn es im Grunde »wurscht« ist, ob die Polizei schuld hat oder wildgewordene »Anarchos«; wenn alle Hobby-Fotografen ihre Trümpfe dieser Nacht in schöne Glasrahmen über die Kommode gehängt haben und wenn die »Cappuchino-Versammlungen« im Café am Ufer wieder sich ihren Beziehungskisten zuwenden, weil sie nun genug darüber erzählt haben, wie »echt« betroffen sie an jenem Abend waren, bleiben die wirklichen Fragen nach den Ursachen und nach der Zukunft von SO 36.

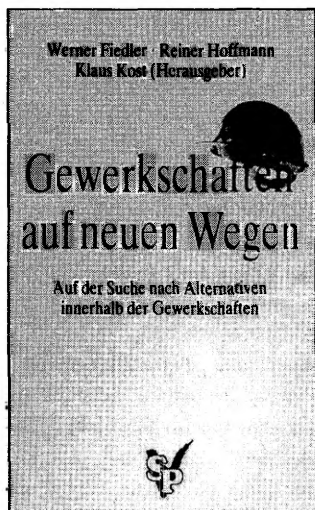
Der Befund ist kurz und eindeutig: In diesem Gebiet, dessen Verfall mit dem Mauerbau begann, mit der »Kahlschlag-Sanierung« einerseits und der Verwahrlosung ganzer Straßenzüge andererseits fortgesetzt wurde, das sich noch einmal mit der Hausbesetzer-Bewegung und der darauf folgenden »behuhsamen Stadterneuerung« zu regenerieren schien, haben die Instrumente der Sozialpolitik für sich genommen keine Chance mehr, die weitere Marginalisierung weiter Teile der Bevölkerung zu stoppen. Die Arbeitslosigkeit ist nicht nur quantitativ unvergleichlich höher als überall sonst in der Stadt, die Folgeerscheinungen haben die Menschen schon so gezeichnet, daß selbst gutgemeinte Initiativen, die es ja gerade hier in großem Maße gibt, die eigentlich Betroffenen kaum mehr erreichen. Der nicht mehr aufzuhaltende Siegeszug des Alkoholismus — inzwischen die »Normalität« für viele Menschen — ist vielleicht die deutlichste Ausdrucksform für den Verfall des Quartiers.

Das politische Potential des Bezirks hat die letzten Jahre alle Ansätze versäumt, auch gegen die unsoziale Politik des Senats gemeinsame Politik für die Leute in SO 36 zu machen. Denn in Kreuzberg ist in den letzten Jahren nicht nur der soziale Verfall fortgeschritten: Die früher so gerühmte politische Kultur, die den Bezirk Kreuzberg oft als »kleines gallisches Dorf« in der West-Berliner Kommunallandschaft erscheinen ließ, gibt es nicht mehr. Hatte früher die bezirkliche Kommunalpolitik den Anspruch, eine offene Kommunikation von den bezirklichen Gremien bis zur »Szene« herzustellen und zu einem gemeinsamen Handeln gegenüber der Politik des Senats zu kommen (dem sich selbst die CDU kaum verschließen konnte), so haben Abgrenzungsneurosen in der SPD einerseits und politische Desorganisation in der Alternativen Liste andererseits nicht unwesentlich dazu beigetragen, daß es in Kreuzberg heute kaum eine handelnde Linke, wohl aber eine »Notgemeinschaft der Gewerbetreibenden« auf der rechten Seite gibt.

Die Voraussetzung dafür, die endgültige Ghettoisierung des Kreuzberger Südostens abzuwenden, ist, daß die politischen Kräfte im Bezirk zu einer gemeinsamen Handlungsperspektive kommen, die auch Außenwirkung zeigt. Dies ist auch deshalb nötig,

weil mancher, der sich im »alternativen« Kreuzberg noch so wohl fühlte, angesichts brennender Autos, zurückschlagender Polizeigewalt und um sich greifenden Vandalentums anfängt, seine Koffer zu packen. Vom Senat müßte eine Haltung ausgehen, die dem libertären Verständnis der Mehrheit der Bewohner entgegenkommt. Und natürlich Geld. Doch das gerade wird der schwarz-gelbe Senat nicht geben. Die Konservativen brauchen Kreuzberg wie es lebt — und vor allem wie es stirbt.

Der Trend zum Asozialen nimmt in Berlin zu. Tausend Meter weiter westlich vom Geschehen, in der Verlängerung der berühmt-berüchtigten Oranienstraße hatte sich wenige Tage vorher eine unter diesem Aspekt kaum beachtete Zusammenrottung von zwielichtigen Elementen ereignet. Auch hier hatte die Polizei weiträumig abgesperrt, auch hier war der Schaden in die Millionen gegangen. Nur: Nicht die Glasereien und anderes einheimisches Handwerk profitierte davon, sondern z.B. Charles Aznavour und andere »Prommis«, die für die Berliner »Korruptionsszene« im Springer-Hochhaus an der Kochstraße eine Gala-Soiree zur 750-Jahr-Feier abzogen.



Werner Fiedler, Reiner Hoffmann,
Klaus Kost (Hrsg.)

**GEWERKSCHAFTEN
AUF NEUEN WEGEN**

Die Gewerkschaften tun sich noch schwer mit einer Veränderung ihrer Politik. Doch einmal eingeschlagene Richtungen müssen auch revidierbar sein. Problemlösungen müssen auch dort gesucht werden, wo sie in experimentellen kleinen Schritten erfolgen können und die Lern- und Kontrollfähigkeit der Betroffenen beinhalten. Und alte geschlossene Weltbilder dürfen nicht länger gepflegt werden, wo sie einem neuen Management der Vielfalt im Wege stehen. Dieser Band will Diskussionen über neue Wege in und mit den Gewerkschaften anstoßen.

ISBN 3-924800-35-9 224 Seiten, DM 19,80

SP-Verlag, Deutschausstr. 31

3550 Marburg



Linke Deutschlandpolitik

Günter Gaus

Berlin in Deutschland*

Berlin schickt sich an, in den kommenden Wochen und Monaten seinen 750. Geburtstag zu feiern. Für deutsche, für europäische Verhältnisse ist es also keine besonders alte Stadt, die sich in diesem Jahr ihrer Gründung erinnert — aber sie hat guten Grund zum Feiern. Diese Feststellung mag befremden, weil Berlin von einer Mauer durchzogen ist, die Nachbarschaften, Familien grausam getrennt hat: wahrhaftig kein Anlaß zu Jubelfesten. Und mit Recht wird in den offiziellen Reden auf westlicher Seite dieser Mauer gefordert werden, das steinerne Monstrum müsse fallen oder wenigstens doch müsse das Leben in seinem Schatten erträglicher noch werden als es immerhin durch das Viermächte-Abkommen und die deutsch-deutsche Entspannungspolitik in den vergangenen fünfzehn Jahren schon geworden ist. (...)

So werden also die Geburtstagsfeiern in West-Berlin von dem Kummer überschattet sein, immer nur einer *relativen* Normalisierung der Verhältnisse näherkommen zu können. Und selbst in Ost-Berlin, wo amtlich über die Mauer in anderen Tönen gesprochen wird, ist, so vermute ich begründet, im verschwiegene Bewußtsein aller Gäste der offiziellen Staatsfeiern die Einsicht wach, daß auf viele offene Berliner Fragen noch weit bessere Antworten gefunden werden müssen als bisher. Ein Gründungsjubiläum mit Trauerflor sozusagen. (...)

Dies ist Anlaß, den jetzigen Friedenszustand in Europa abschätzig, verächtlich zu betrachten. Und wenn zu dieser Sicht der Dinge noch das gewöhnlich kurze Gedächtnis der Menschen hinzukommt, in dem nach vierzig Jahren die Schrecken des Krieges weithin verblaßt sind, dann erklärt sich leicht, warum im westlichen Lager, neben der demonstrierenden Minderheit einer aktiven Friedensbewegung, eine Mehrheit existiert, die den europäischen Frieden als selbstverständlich nimmt. Wegen seiner unleugbaren Mängel wird gelegentlich auch schon einmal diskutiert, ob eine Priorität, die dem Frieden den obersten Platz einräumt, moralisch zu rechtfertigen ist. Oder ob nicht doch die Freiheit, wie wir sie meinen, die Menschenrechte, wie wir sie definieren, eine westliche Politik verlangen, die über einen mühseligen, immer wieder zu erneuernden Interessenausgleich mit dem Osten hinauszielt. (...)

* Es handelt sich um den geringfügig gekürzten Wortlaut des Vortrages, den Günter Gaus am 6. April 1987 auf Einladung des Royal Institute for International Affairs im Chatham House, London, U.K. gehalten hat. Auslassungen sind kenntlich gemacht; die Zwischenüberschriften wurden von der Redaktion eingefügt. Wir danken Günter Gaus für die Überlassung. Red.

Worauf der europäische Friede beruht

Man soll sich nicht täuschen: Bis die Atombombe in die Welt kam, war es das historisch Normale unter den Mächten, Zustände wie die derzeitigen in Europa zunächst einmal durch Krieg zu verändern und daraus die politischen Verhältnisse, die Machtbalance, die Bündnisse neu zu ordnen. Ein Machtvakuum etwa, wie es mit dem Erstarken der Gewerkschaft »Solidarnosc« für einige Monate in Polen zu bestehen schien, hätte nach den Regeln der europäischen Kabinettskriege vor der pax atomica als ein günstiger, fast zwingender Zeitpunkt gegolten, sich einzumischen. Die Demokratisierung auch der Außenpolitik in diesem Jahrhundert hat den Machtinteressen, die gegebenenfalls ihr Heil im Kriege suchten, zusätzliche emotionale und ideologische Triebkräfte beigegeben. Daß solche gebündelte Kraft — im Gegensatz zu allen historischen Erfahrungen — heute in Europa auf der Stelle treten muß, den unbefriedigenden Status quo nicht durch einen Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln verändern kann: das muß vielen Menschen wie das Ende von Geschichte erscheinen; eine Vorstellung, die für viele mit kurzem Gedächtnis immer unerträglicher wird, je länger der vorige Krieg zurückliegt.

Daraus erklären sich manche Debatten unter den Intellektuellen Westeuropas in den letzten Jahren, die in der französischen Neuen Rechten zum Beispiel. Nicht wenige westdeutsche Intellektuelle, die einst zu den Befürwortern der Entspannungspolitik Willy Brandts gehörten, haben sich enttäuscht von ihr abgewandt, weil ihnen die mühseligen kleinen Schritte zwischen den Regierungen in West und Ost verächtlich erschienen angesichts der hochfliegenden, idealistischen Emotionen für »Solidarnosc«. Dabei übersahen sie gelegentlich, daß sie sich nun an der Seite von politischen Kräften befanden, die mit der Gewerkschaftsbewegung im eigenen, westlichen Land wenig Gutes im Sinn haben. — Tatsächlich sind wir auch in Europa nicht mit dem Ende der Geschichte konfrontiert; zudem käme es, mindestens in Mitteleuropa, erst mit einem neuen Krieg. Die Schwierigkeit, in der sich Europa wirklich befindet, ist nicht ein ahistorischer Stillstand, ist nicht die von manchen ungeduldig empfundene Ohnmacht gegenüber dem Bedürfnis, Veränderungen im geteilten Europa herbeizuführen. Die wirkliche Schwierigkeit läßt sich in die Frage fassen: Behalten wir die im Schock über Hiroshima erworbene Fähigkeit, mit anderen Mitteln als den historisch herkömmlichen den Status quo zwischen West und Ost zu ändern zu versuchen — oder streben wir, bei wachsender Unzufriedenheit mit den Fesseln der altgewordenen pax atomica, fast instinktiv wie Pawlowsche Hunde, in unserem politischen Bewußtsein und auch in unseren waffentechnischen Möglichkeiten zum Altgewohnten zurück? (...)

Berlin in Deutschland, im geteilten Deutschland, ist eher als jeder andere Platz in Europa der Ort, an dem sichtbar wird, worauf der europäische Frieden beruht, worin seine Mängel bestehen und wie er mit der Geduld, die friedlichen Mitteln innewohnt, Schritt für Schritt verbessert werden kann. Ebenso ist Berlin auch der Ort, der vor allen anderen verloren ist, der sein letztes Jubiläum in diesem Jahr gefeiert haben wird, wenn im europäischen Bewußtsein die Prioritäten sich verändern, wenn in den politischen Absichten Sieg an die Stelle von Interessenausgleich tritt. (...)

Nur die volle Anerkennung des Status quo ermöglicht seine allmähliche Veränderung

Der europäische Friede, für den die Lebensumstände Berlins im guten wie im schlechten ein Gradmesser sind, beruht auf dem sogenannten System von Jalta. Darf man das noch aussprechen, ohne sogleich als Macchiavellist verdächtigt zu werden? Jalta gehört ja auch zu den politischen Begriffen und Fakten, die in den jüngst vergangenen Jahren in üble Nachrede geraten sind. Der amerikanische Außenminister Shultz hat einen Besuch in Europa benutzt, um die Beseitigung des Systems von Jalta zu propagieren. Osteuropäische Dissidenten erheben dieselbe Forderung — und es braucht viel intellektueller Redlichkeit und Mut, sich Emotionen zu entziehen, wenn man trotz eines sympathisierenden Verständnisses für die Dissidenten ihrem Verlangen widersprechen will. Für westliche Politiker, die ihre Stimmen mehr in den Gefühlen ihrer Wähler als in deren nüchterner Lageeinschätzung suchen müssen, ist das eine sehr un-bequeme Position. Sie ist dennoch für die Erhaltung des Friedens unverzichtbar.

Gewiß hat die Nato in den vergangenen vierzig Jahren die Sicherheit Westeuropas gewährleistet; die Garantien der drei Alliierten haben dasselbe für West-Berlin getan. Aber im Mittleren wie im Fernen Osten, in bestimmten Regionen Afrikas konnte seit dem Zweiten Weltkrieg auf schreckliche Weise studiert werden, daß die Anwesenheit von Schutzmächten keineswegs genügt, um kriegerische Verwicklungen auszuschließen. Es ist in Europa das da und dort schlecht beleumundete System von Jalta, das den glanzlosen, aber bisher haltbaren Frieden zwischen den Militärblöcken des Nordatlantiktakts und des Warschauer Vertrages abgestützt hat — freilich unter den Bedingungen der pax atomica. Dabei ist es überwiegend nur von historischem Interesse, wie weit auf der Konferenz in Jalta europäische Einflußzonen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion formal verabredet worden sind; wieviel nachträglich in die damaligen Gespräche hinein- und aus ihnen herausinterpretiert worden ist; welcher Politiker später seine Biographie im Blick auf Jalta umgeschrieben hat. Tatsache ist, daß mit dem Begriff von Jalta feste Einflußgebiete in Europa verbunden sind — in der politischen Realität zwischen West und Ost.

Als der Kalte Krieg um die europäische Demarkationslinie, die durch Deutschland und durch Berlin verläuft, zu Ende ging — eine Zeit der politischen Sprachlosigkeit zwischen West und Ost, in der das politische Konzept des Westens sich in der Eindämmung der Kriegsfolgen erschöpfte —, als in den sechziger Jahren das Denken in Maginotlinien überwunden wurde, da zeigte sich, daß die wechselseitige faktische Anerkennung der Einflußzonen Europa eine Stabilität verschaffte, auf die gestützt der Dialog zwischen den Blöcken, über die respektierten Maginotlinien hinaus, beginnen konnte. Die gegebene Lage machte eine Einsicht zwingend, die nach meinem Verständnis der Schlüssel für eine friedliche Entwicklung in Europa ist — die Einsicht, daß nur die volle Anerkennung des Status quo seine allmähliche Veränderung ermöglicht.

Viele unserer Politiker haben, wenn sich Einflußkonflikte zwischen den beiden Weltmächten USA und Sowjetunion anderwärts zuspitzten, gesagt, daß es Entspannung auf der Welt nur ungeteilt geben könne. Die Europäer wissen, daß diese Behauptung

tung bisher im Kern falsch gewesen ist. Richtig ist daran nur, daß beispielsweise der sowjetische Einmarsch in Afghanistan die Beziehungen zwischen West und Ost allgemein belastet. Aber zum Glück für Europa hat sich mehrmals schon erwiesen, daß unser Kontinent selbst unter solchen gefährlichen Umständen in relativer Entspannung sich befand. Das Funktionieren des Viermächte-Abkommens über Berlin ist ein deutlicher Beweis dafür. Das muß nicht immer so bleiben; das ist keine automatische, immerwährende Vergünstigung, sondern eine andauernde politische Aufgabe. Sie für Europa glücklich zu lösen, muß den Westeuropäern keineswegs ein schlechtes Gewissen gegenüber ihrem amerikanischen Verbündeten bereiten. Europa ist keine Insel der Seligen, auf der man sich den Vorgängen in der übrigen Welt gänzlich entziehen könnte. Aber wenn die bestimmenden Fakten in Europa den Nachweis erbringen, daß Entspannung teilbar ist, so haben davon auch die USA ihren ganz konkreten Nutzen.

Europa kann kein West-Ost-Modell sein, das überall auf der Welt politisch nachgeahmt werden könnte. Unter den vielen Gründen, die das unmöglich machen, ragt vor allem immer wieder einer hervor: Hier gibt es, wie ausgeführt, seit vier Jahrzehnten Einflßzonen, für deren Respektierung der Westen gelegentlich schon, etwa beim Bau der Berliner Mauer 1961, einen bitteren Preis zahlen mußte, der aber doch für die Bewahrung des Friedens nicht zu hoch war. Wenn übrigens gegen eine solche Feststellung in jüngerer Zeit da und dort Widerspruch laut wird oder sich doch wenigstens als verschwiegenes Gefühl im Busen regt, dann kennzeichnet eben dies den schleichenden Wandel im Prioritätsbewußtsein, den ich gelegentlich unter Intellektuellen, die den Ostblock-Sozialismus nun endlich schnell reformieren wollen, ebenso zu spüren meine wie auf Massenkundgebungen von rechten Politikern, auf denen ein handfester, emotionaler, totalitärer Antikommunismus gefeiert wird: jenen Stimmungswandel mit wachsendem Abstand zum vorerst letzten Krieg in Europa, den Europa, wie ich denke, zu fürchten hat. Immerhin, bisher hat Jalta seine — ungeliebte, aber wirksame — Bedeutung für Europa behalten.

Aber weithin sonst auf der Welt bestimmt der Nachkolonialismus, ein Umbruch, der noch lange wirken wird, die politischen Zustände: Instabilitäten, die in vielen Regionen ihren Kern in wirtschaftlicher Not, in Armut haben und die ihren Ausdruck finden im Widerstreit zwischen den neuen, unsicheren, oft nur partiell unabhängigen Staaten und der Einflßnahme sowohl vom Westen als auch vom Osten. Ich befürchte, daß diese Verhältnisse auf unabsehbare Zeit andauern werden. Die von ihnen verursachten Kriege tragen immer die Gefahr in sich, eines Tages zur direkten Konfrontation der beiden Weltmächte zu führen — mit allen Folgen, die das dann für die ganze Welt, einschließlich Europas, haben würde. Im Grunde besitzt die internationale Politik außerhalb Europas überwiegend die Züge des historisch Herkömmlichen; sie ist im wesentlichen aus der Zeit vor der pax atomica. Verschärft bis ins Irrationale wird sie von Fall zu Fall von den Emotionen der Emanzipationsbewegung in der Dritten Welt und der ideologischen Beigabe des Ost-West-Konflikts. Für Europa aber gilt heute: keine Religionskriege mehr; jede Veränderung des Status quo nur, wenn sie nicht auf die Niederlage der anderen Seite zielt.

Wir müssen uns um eine Entideologisierung der internationalen Politik bemühen

An dieser Stelle muß ich die Frage beantworten, ob ich nicht etwa meine Rechnung fahrlässig ohne den sowjetischen Wirt mache. Wo denn in meiner Beschreibung und Analyse die von Moskau ausgehende kommunistische Weltrevolution ihren Platz habe? Ich antworte mit einer Gegenfrage: Ist nicht ideologisch fixiert, wer so fragt? Der Westen, Westeuropa bedarf unbedingt der Verteidigungsfähigkeit gegenüber der imperialen Weltmacht Sowjetunion. Aber ist der Sowjetkommunismus als Exportgut wirklich so attraktiv, daß wir ihn unverändert als Antriebskraft einer Weltrevolution betrachten müssen? Verbirgt sich hinter dieser Betrachtungsweise nicht in Wahrheit ein Antikommunismus, der selber zur Ideologie geworden ist — und damit zur Selbstgefährdung des nüchternen, angemessenen politischen Handelns des Westens werden kann? Wenn man vom großen, maßgebenden Vorzug des pluralistischen westlichen Systems Gebrauch macht: nämlich die Welt ohne Angst vor dogmatischen Sündenfällen ansehen zu können — läßt sich dann nicht erkennen, daß die Kreuzzugsmentalität der gegenwärtigen amerikanischen Administration einen starken Einfluß auf die Weltpolitik der letzten Jahre gehabt hat, indes Moskau wie die Hüterin einer weitgehend zur Liturgie verkümmerten Lehre erschien, die oft nur ächzend die Last mancher materiellen Verpflichtungen in der Dritten Welt übernahm, die ihr aus ihrer Rolle als Weltmacht und nicht als das kirchliche Rom des Kommunismus erwachsen? Auch Gorbatschow wird darin in vorhersehbarer Zeit nichts ändern können.

Wir neigen dazu, politische Veränderungen in der Dritten Welt, die nichts anderes sind als der überfällige Versuch, allererste Menschenrechte zu etablieren, Moskau ideologisch anzukreiden. Aber es gibt soziale Verhältnisse, die den Sozialismus als Idee, als Hoffnung ganz aus sich selber hervorbringen. Das notwendige Entstehen der europäischen Arbeiterbewegung liegt bekanntlich vor der Gründung der Sowjetunion und kann also auch nicht ihr in die Schuhe geschoben werden. Die Unfähigkeit des Westens, vor allem die der in dieser Hinsicht noch weithin unemanzipierten USA, solche Gesetzmäßigkeiten auch nach dem Schock des Stalinismus und des sowjetischen Vordringens bis an die Elbe zu erkennen —, diese Unfähigkeit hat dazu geführt, daß sich die herrschenden Kräfte des Westens nach der Entkolonialisierung der Welt gegenüber so gut wie allen daraus folgenden konkreten Veränderungen zunehmend reaktionär verhalten haben. Dem entsprachen bald die meisten westlichen Verbündeten in Asien, Afrika und Südamerika. Ich vermute, wir haben uns damit langfristig mehr geschadet als der Sowjetunion.

Nach meiner Meinung gewinnen wir eine angemessenere Einstellung auf die Möglichkeiten, auf die Chancen wie die Gefahren der Ost-West-Beziehungen, wenn wir uns um eine Entideologisierung der internationalen Politik bemühen. Alle politischen und sozialen Faktoren in Europa belegen — realistisch betrachtet —, daß West-Europa niemals kommunistisch werden wird. Die Situation von 1917 wie von 1945 ist unwiederholbar. Selbst wachsende soziale Probleme in West-Europa werden zu anderen Antworten führen als zu einer kommunistischen. Das bedeutet: die Beziehungen West-Europas zur Sowjetunion sind unter anderem ein Verteidigungsproblem gegenüber einer

Weltmacht, nicht jedoch gegenüber einer gefährlichen Ideologie. In anderen Regionen der Welt wird es freilich soziale Nöte geben, gesellschaftliche Zuspitzungen, die zu politischen Lösungen drängen, die dem Sozialismus näher stehen als dem Kapitalismus — und weder Washington noch Moskau werden daran etwas ändern können auf Dauer.

Europa, ich wiederhole es, kann kein Modell für die übrige Welt mit ihren ungeklärten Interessenbestimmungen sein. Aber seine faktische Situation könnte Hinweise geben auf ein Konzept, das einen Rahmen setzt für die Bewältigung der gefährlichen Instabilitäten rings um Europa. Ein solches Konzept des Westens müßte sich vorbehaltlos auf die unpopuläre Einsicht stützen, daß die Sowjetunion eine gleichberechtigte Weltmacht neben den Vereinigten Staaten von Amerika ist. Dem entspricht die — lästige und auch bedrückende — Tatsache, daß die Sowjets heute fast überall in den ungeklärten Einflußzonen sich politisch-militärisch so zu verhalten imstande sind wie die andere, wie unsere Weltmacht. Wie sollte dem Westen diese Einsicht leicht fallen? Sie ist weniger waffentechnischer als psychologischer Natur und ist dabei doch in den Folgen ihrer Aneignung oder ihrer Ablehnung ganz und gar politisch.

Nur im Gleichgewicht von Gleichberechtigten, niemals in Überlegenheit liegt der Ansatz zu einer Verminderung regionaler, gefährlicher Instabilitäten. Und wir dürfen uns politisch wie psychologisch nicht darauf beschränken, das Gleichgewicht oder sein etwaiges Fehlen allein von Militärexperten berechnen zu lassen. Es setzt sich aus mehr Faktoren zusammen, als sie im Waffenarsenal zu finden sind. Berücksichtigen wir alles, wenn wir unsere Rechnung aufmachen? Die Sowjetunion ist auf vielen Gebieten noch ein Entwicklungsland. Der Westen, vor allem seine Vormacht USA, hält einen wirtschaftlichen und technischen Vorsprung, besitzt eine demokratische Attraktion, was alles mit veranschlagt werden muß. Kann daraus nicht unter bestimmten Umständen sogar ein wirkliches Interesse zu politischen Vorleistungen resultieren?

Ich bekenne, ich bin skeptisch, ob es gelingen wird, die Hemmnisse zu überwinden, die im politischen Bewußtsein beider Seiten — und auch in den instinktiven Reaktionen der Pawlowschen Hunde — gegenüber der Aufgabe bestehen, nichts als ein Gleichgewicht von gleichberechtigten Weltmächten anzustreben. Alle Welt tendiert gewöhnlich dahin, im politisch-militärischen Gleichgewicht den ersten Schritt zur eigenen Unterlegenheit zu sehen. Vermutlich ist gegen solchen Machtinstinkt am Ende doch kein Kraut gewachsen. Warum sollte diesmal der Krieg zwischen Rom und Karthago nicht stattfinden? Aber wo es so wenig glaubhafte, hoffnungsvolle Antworten auf diese Frage gibt, die aus unseren bösen historischen Erfahrungen stammt — da ist dann vielleicht sogar mein Hinweis auf die Voraussetzungen des glanzlosen, aber schrittweise verbesserten Interessenausgleichs in Europa besser als nichts. Es ist nicht nur europäischer Egoismus, wenn ich der markigen Behauptung mancher Politiker, Entspannung sei nur ungeteilt auf der Welt zu haben, den Satz entgegenstelle: Es lohnt den Versuch, sie gegebenenfalls, notfalls auch geteilt, zu sichern, damit sie Schule machen kann.

Es gibt eine qualitative Sicherheitsdifferenz in der Nato

Ganz gewiß hatte ich auch die Zukunft Berlins, Deutschlands, Europas im Auge, als ich jetzt weit ausgeholt habe in die übrige Welt; denn, wie schon gesagt: auf alle Zeiten

und unter allen Umständen werden sich Europas derzeitige Privilegien nicht behaupten können gegen kontinuierliche Zuspitzungen des Verhältnisses zwischen Rom und Karthago. Schlimmstenfalls kann sich erweisen, daß die Alternative zur geteilten, regionalen Entspannung die vollständige, weltweite Spannung ist, die Europa in Mitleidenschaft ziehen würde. Genau bedacht, folgt daraus für Westeuropa die politische Maxime, seinen Anteil an der Weltpolitik immer im vollen Bewußtsein und unter größtmöglicher Wahrung der besonderen europäischen Gegebenheiten des Ost-West-Verhältnisses zu leisten: auch im wohlverstandenen Interesse der USA. (...)

Westeuropa hat derzeit den Zustand seines Bündnisses zu überprüfen, die Rüstungskontrollgespräche zu beeinflussen, auf Bewegungen im Ostblock zu reagieren und auch Veränderungen im eigenen Haus zu berücksichtigen. Manches, was jetzt zutage tritt, hat schon eine länger zurückliegende Vorgeschichte. Das gilt vor allem für die innere Verfassung des Nordatlantiktakts, womit ich die Darlegung der jetzt gleichzeitig anstehenden Probleme beginne.

Als was ist die Nato gegründet worden, und wohin hat sie sich entwickelt? Sie entstand im Jahre 1949 aus dem Schock des Westens über das Vordringen des sowjetischen Systems, der Macht der Sowjetunion über Berlin bis an die Elbe. Das war mehr »Jalta« gewesen, als man sich gedacht hatte. Was sich als Nordatlantiktakt bildete, war ein westeuropäisches Verteidigungsbündnis, dem Amerika seinen großen Knüppel — sozusagen die Atombombe an sich — zur massiven Abschreckung lieh. Die Sowjetunion zog binnen kurzem in der Atombewaffung gleich: großer Knüppel gegen großen Knüppel. Die USA, bis auf den heutigen Tag und alle vorhersehbare Zeit wirtschaftlich und technologisch bei weitem mächtiger als die UdSSR, entwickelten, gestützt auf ihre Möglichkeiten, waffentechnische Konsequenzen aus dem Gleichgewicht der massiven, totalen Vergeltungsdrohung: Sie schnitzten kleinere Knüppel, strategisch und taktisch besser hantierbare atomare Waffen. Die flexible response wurde ins Arsenal aufgenommen. (Die Sowjets zogen wiederum nach.)

Es ist ganz und gar sinnlos, im Zusammenhang mit der flexible response nach amerikanischen Rechtfertigungsgründen zu fragen, womöglich gar noch vorwurfsvoll. Für eine Weltmacht, die sich waffentechnisch eine Alternative schaffen kann, ist eine Bündnisdoktrin unerträglich, nach der im Falle eines Falles in Europa sofort der große Knüppel gebraucht werden müßte: also bereits im ersten Schlagabtausch unter Einbeziehung des amerikanischen Territoriums gekämpft würde — ohne mittels kleinerer Knüppel wenigstens die Chance, keine Gewißheit, aber doch immerhin die Chance zu haben auf eine Besinnungspause. Im Kern folgt das Konzept von SDI demselben sacro egoismo: das eigene Sanktuarium, das eigene Land nach Möglichkeit aus dem Krieg herauszuhalten. Hätten die westeuropäischen Partner den kleineren Knüppeln, mit denen abgestufte Antworten möglich wurden, nicht zugestimmt, so wäre daran die Nato zerbrochen.

Kein Weg führt zurück vor den unvermeidlichen Sündenfall der flexible response; ein Sündenfall insofern, als seither die Nato mit einer Lebenslüge existieren muß: darüber, wie groß das Sicherheitsgefälle zwischen den Partnern diesseits und jenseits des Atlantiks ist. In jedem Bündnis zu jeder Zeit hat es unterschiedliche Sicherheiten im

Ernstfall gegeben. Die Bewohner der Zitadelle waren stets *relativ* sicherer als die Bewohner des Vorfelds. Die atomaren Gefechtsfeldwaffen, die Mittelstreckenraketen jedoch machen aus einem relativen Sicherheitsunterschied einen *absoluten*. Die Frage, ob es einen begrenzten Atomkrieg zwischen den beiden Weltmächten in Europa geben kann, ist für die USA, wenn der Verteidigungsfall eintritt, von lebenswichtiger Bedeutung. Für die Menschen in Mitteleuropa und weiten Gebieten westlich und östlich davon ist sie belanglos wegen des Todesfalls, der der Antwort vorausgeht: Dies kennzeichnet die nicht länger quantitative, sondern endgültig qualitativ gewordene Sicherheitsdifferenz im selben Bündnis.

Probleme könne lange Zeit ruhen. Es ist sogar möglich, daß ihre potentielle Bedrohlichkeit niemals zu einer akuten wird. Der interne Sprengsatz der Nato jedenfalls blieb lange Zeit ziemlich bedeutungslos, blieb unbeachtet von den Bündnisvölkern, die auf dem Glacis der Zitadelle leben, und von den Amerikanern, weit dahinten über dem Atlantik, ohnehin. Erst das Zusammenwirken mehrerer Faktoren, darunter auch sehr wesentlicher psychologischer, die dessen ungeachtet hochpolitisch sind, brachte das Bündnis ins Gerede. Was sich unter vielen Westeuropäern — vor allem unter vielen Westdeutschen, den Bewohnern des äußersten Vorfelds — zu einem veränderten Bewußtsein verband, waren die aggressive Rhetorik des damals neuen Präsidenten Reagan und die weitere Ausstattung des Kontinents mit Nuklearwaffen durch die Nato-Nachrüstung. (...)

Im Blick auf das westliche Bündnis bedeutet dies, daß ihm, wenn sozusagen alles beim alten bleibt, eine allmähliche »Vietnamisierung« auf die Weise droht, daß wachsende Teile der westeuropäischen Bündnisvölker den Militärpakt nicht länger als Instrument ihrer Interessenwahrung ansehen —, so, wie einst in Vietnam das südvietnamesische Volk den Krieg zwar vor allen anderen zu erleiden und zu erdulden hatte, ihn aber nicht mehr als seine Sache empfand, sondern als die der Amerikaner und der Regierenden in Saigon. Wer im Grundsatz — bei Offenheit für die Fragen der Ausgestaltung — die amerikanische Beteiligung an der Machtbalance in Europa für notwendig ansieht, der sollte sich im Blick auf den Zustand der Nato nicht damit beruhigen, daß die Manöver in der Regel funktionieren, die Stäbe ihre Bunker, Karten und Sandkästen hegen, die Staatssekretäre und Generäle ihre Arbeitssessen einnehmen und die Minister die Kommunikués der Ratstagungen unterfertigen. Die Gefahr der »Vietnamisierung« der Nato wird z.B. wachsen, wenn ein Abbau der Mittelstreckenraketen eine verstärkte Rüstung mit Kurzstrecken-Raketen zur Folge hätte.

Die USA sind der natürliche Verbündete Westeuropas, sind seine Schutzmacht in allen gemeinsamen westlichen Interessen außerhalb Europas. Die Nato jedoch muß strukturell — politisch wie militärisch — aus dem regionalen Instrument amerikanischer Weltmachtverpflichtungen zurückverwandelt werden in ihren Anfang als westeuropäisches Defensivbündnis mit amerikanischer Beteiligung. Ich zitiere aus einem Buch, in dem ich 1983 geschrieben habe: »Ist es gänzlich ausgeschlossen, im westeuropäischen Teil der Nato, mit Frankreich, eine nukleare Abschreckungsmacht zu etablieren, über die entsprechend jenen europäischen Interessen verfügt würde, die von den amerikanischen abweichen? Wenn das nicht geht: stünden wir dann nicht unter

dem nationalen französischen Schirm immer noch besser als unter dem amerikanischen?« Mit Genugtuung stelle ich fest, daß manche elder statesmen, aber auch aktive Politiker in jüngerer Zeit von der Notwendigkeit sprechen, die Nato zu europäisieren.

An dieser Stelle — die schwere Last der Gleichzeitigkeit — berührt die Bündnisfrage unmittelbar die gegenwärtigen Rüstungskontrollverhandlungen. Ich denke, es muß das westeuropäische Ziel sein, neben der Beachtung des Gleichgewichts der konventionellen Bewaffnung auch die pax atomica angemessen funktionsfähig zu erhalten: Westeuropa braucht eine nukleare Abschreckung, die sich an der europäischen Geographie orientiert, in der es einen Atlantik nicht gibt. West-Europa, vor allem Westdeutschland, braucht eine nukleare Abschreckung, die ihrer Struktur nach begrenzte Atomkriege undenkbar macht.

Warum nicht die Diskussion eröffnen über zwei Friedensverträge für die beiden deutschen Staaten?

Aber werden wir imstande sein, die genannten Probleme vor dem Hintergrund der Veränderungen in der Sowjetunion und im Ostblock mit politischem Augenmaß, mit kühler Vernunft zu lösen zu versuchen? Es ist wohl gewiß, daß Gorbatschow nicht alle seine Reformen vollenden kann. Wer kann das schon — in welchem System auch immer? Aber schon jetzt und schon vor ihm, bereits seit Jahren, hat es im östlichen Lager Veränderungen gegeben, bei denen sich sehr wohl fragen läßt, ob sie nicht doch entscheidend durch die europäische Entspannungspolitik der vergangenen fünfzehn Jahre mitbewirkt worden sind. Zu den Veränderungen gehört die Wirtschaftspolitik Ungarns ebenso wie die Tatsache, daß immer mehr Menschen in der DDR anfangen, den Kopf aus ihrer privaten Nische zu stecken. Es lösen sich Verkrampfungen, es wächst ein Selbstbewußtsein, es entwickeln sich Einsichten, aus denen gewiß keine pluralistischen Gesellschaften nach westlichem System hervorgehen werden — aber es sind konkrete Verbesserungen, die nicht mehr ohne schwere Erschütterungen zurückgenommen werden können. Was sich entwickelt hat, rechtfertigt die Geduld, mit der Europas Status quo schrittweise verändert werden soll, ohne Sieger und Besiegte.

Aber werden wir geduldig bleiben, wenn gewissen Instabilitäten in Osteuropa, die mit der jetzigen Entwicklung unvermeidlich einhergehen werden, uns einen schnellen Vorteil zu versprechen scheinen? Wenn der Westen darauf setzen sollte, daß die Evolution in einen gefährlichen Galopp verfällt, wenn er gar fördernd daran mitwirkte — dann würde ein massiver Rückschlag für Gesamteuropa unvermeidlich sein. Vor wenigen Wochen erhielt ich einen Brief aus der DDR, in dem der Schreiber besorgt fragt: »Wird der Westen vernünftig reagieren, wenn er die ihn einigende Grundlage schwinden sieht: Antikommunismus und Russenfurcht? Wird er mehr fordern als wir leisten können?«

Ich meine, Europa braucht zusätzliche Stützen seiner Stabilität durch eine engere Verbindung über die Demarkationslinie in Berlin, in Deutschland hinweg. Warum nicht die Diskussion eröffnen über zwei Friedensverträge für die beiden deutschen Staaten? Es könnten darin die bestehenden Grenzregelungen verbrieft werden: eine

bittere Quittung für die Deutschen, aber auch die Chance, das, was man die deutsche Frage nennt, für neue Antworten zu öffnen: für Antworten, die für den Zusammenhalt der Nation fruchtbarer wären als die Illusionen über die Wiederherstellung des Bismarck-Reichs.

Ost-Berlin würde juristisch anerkannt als das, was es faktisch längst ist: die Hauptstadt der DDR. West-Berlin müßte den Status eines Bundeslandes erhalten. Die vier Kriegsbündnispartner wären die Garantiemächte der beiden Friedensverträge; die westlichen, die mit der Bundesrepublik verbündet sind, unterhalten ein Truppenkontingent im Bundesland Berlin.

Die Verhandlungen zu diesem Ziele hin könnten koordiniert werden mit weiteren Abmachungen im Rahmen der KSZE-Schlußakte von Helsinki. Warum kann es nicht einen — gewiß anders zu benennenden — Marshall-Plan Westeuropa für Osteuropa geben? Daß Verbesserungen aus dem Korb drei der Verabredungen von Helsinki den Gang zu den Friedensverträgen begleiten müßten, wäre Teil des gesamteuropäischen Gebens und Nehmens. Warum soll es nicht gesamteuropäische Konföderationen auf Sachgebieten, im Umweltschutz, in Fragen der technologischen Entwicklung geben? Was gebraucht wird, ist ein umfassendes politisches Angebot. Meine Hoffnung, wir seien dazu fähig, ist nicht groß — aber was ist die Alternative?

Gerhard Heimann

Sozialdemokratische Ostpolitik nach Nürnberg

1.

Nürnberg wird zum Erkennungszeichen einer erneuerten SPD, deren Mitte sich nach links verschoben hat. Der lange, mühsame Weg der SPD vom »Doppelbeschluß« des Berliner Parteitages 1979 bis zum Parteitag in Nürnberg vom 25. bis 29. August 1986, hat sieben Jahre gebraucht und viele Wegstationen gehabt, die den kollektiven und jeweils persönlichen Lernprozeß in einer so großen und sich nur langsam bewegenden Partei markieren: München 1982 und die folgenreiche Einsetzung der Kommission »Neue Strategien« unter dem Vorsitz von Egon Bahr; Halbzeit und Wendepunkt in Köln 1983; die konzeptionelle Einbindung der »Nachrüstungsdiskussion« in eine Europapolitik, vorbereitet durch den Beschluß der Bundestagsfraktion zur »Selbstbehauptung Europas«, 1984 in Essen; und dann inhaltlich eigentlich nichts Neues, eher abschwächend, den inzwischen erreichten innerparteilichen Konsens markierend Nürnberg 1986.

Die Kritiker, die die erstaunliche Wandlung der SPD auf den Verlust der Macht, zuerst in Berlin, dann in Bonn, jetzt in Hessen, zurückführen, haben nicht Unrecht. Die Bereitschaft und Fähigkeit zum gründlichen Nachdenken als der notwendigen Vorstufe des Umdenkens wird durch die Freiheit, nicht täglich die (Regierungs-)Macht behaupten zu müssen, gewaltig gefördert. Und dennoch ist das nur die halbe Wahrheit.

Die andere Hälfte darf nicht in subjektiven Faktoren gesucht werden; sie liegt in einer grundlegenden Veränderung der objektiven Rahmenbedingungen für die Ost- und Entspannungspolitik, die schon Mitte der siebziger Jahre begann.

2.

Die Ostpolitik, die eigentlich große historische Leistung der Sozialdemokratie im Nachkriegsdeutschland und seither eines ihrer Markenzeichen, hatte von Anfang an einen schweren Geburtsfehler. Sie war keine Erfindung der Europäer und schon gar nicht der Deutschen. In den sechziger und frühen siebziger Jahren waren es die Supermächte, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, die auf der Basis des territorialen status quo eine stillschweigende (und wohl auch ausdrückliche) Verständigung über die jeweilige Einflußsphäre in Europa erreichten und einen abrüstungs- und rüstungskontrollpolitischen Ausgleich miteinander suchten. Das geteilte Kondominium der beiden Supermächte über Europa ist, so lange die Verabredung eingehalten wird, eine gegenseitige Bestandsgarantie für den Teil der Herrschaft — milder ausgedrückt: der Hegemonie —, die jede Supermacht in ihrem Einflußbereich ausübt. So sehr dieses Kondominium alle europäischen Staaten vom Atlantik bis an die Westgrenze der Sowjetunion als zweitrangig deklassiert, so hatte und hat es doch den unbestreitbaren Vorteil, den Frieden in Europa zu gewährleisten. Der status quo ist die Geschäftsgrundlage der Ostverträge wie des Viermächte-Abkommens über Berlin, aber eben auch für den Bau der Mauer in Berlin, den Einmarsch der sowjetischen Truppen in Prag und die Ausrufung des Kriegsrechts in Polen. Wie weit die Hegemonie der Vereinigten Staaten in Westeuropa tatsächlich reicht, ist bisher nie ernsthaft ausprobiert worden, weil sich die gewünschten Mehrheiten bisher immer noch innenpolitisch (auch innerparteilich!) erreichen ließen. Die konzeptionelle Dummlichkeit der CDU/CSU beruht darauf, diese Zusammenhänge bis heute nie oder nur ansatzweise durchschaut und verarbeitet zu haben.

So gesehen, bedurfte die Durchsetzung der Ostpolitik durch Brandt, Bahr und Scheel zwar einer gewaltigen innenpolitischen Anstrengung, nicht aber einer außenpolitischen. Außenpolitisch war es sogar höchste Zeit für die deutsche Politik, sich einer Bewegung einzupassen, die die Supermächte bereits vollzogen hatten. Diese Einbettung der deutschen Ostpolitik in die *détente*-Politik der beiden Supermächte — von ihren Zielen her war die deutsche Ostpolitik von Anfang an etwas anderes, wie sich später zeigen sollte — verschaffte ihr zwar in der Anfangsphase eine gewaltige Schubkraft, brachte sie aber zugleich in eine Abhängigkeit, die sich spätestens ab 1980 als verhängnisvoll erwies. Dies meine ich, wenn ich von dem schweren Geburtsfehler der Ersten Stufe der Ostpolitik spreche — ein objektiver Fehler, nicht ein subjektiver und schon gar kein Vorwurf gegen die handelnden deutschen Politiker an der Wende der sechziger zu den siebziger Jahren.

Es war kein Zufall, daß der Nachfolger Willy Brandts, obwohl doch auch ein sozialdemokratischer Kanzler, anfangs die Ostpolitik nur halbherzig weiterführte, allerdings in seiner letzten Regierungsphase einen neuen Anlauf versuchte. Die Ostpolitik kam ins Stocken, als sich ihre wichtigsten Rahmenbedingungen in Washington und Moskau

änderten. Seit Mitte der siebziger Jahre bereits mißtrauisch und distanziert betrachtet, war die *détente*-Politik für Amerikaner spätestens ab 1980 unter Reagan »elendiglich gescheitert«, weil sie das Ziel aus amerikanischer Sicht, ein Wohlverhalten der Sowjetunion, wie es die Amerikaner gern in Mittel- und Südamerika, in Asien und in Afrika gehabt hätten, nicht erreicht hatte. Deshalb sprachen die Amerikaner plötzlich von der »Unteilbarkeit der Entspannungspolitik«, um sie auch dort zu diskreditieren, wo sie durchaus funktionierte, nämlich in Europa.

Die Ursachen des Scheiterns der Ersten Stufe der Ostpolitik liegen jedoch nicht nur in Washington. Das Regime der alten und kranken Männer in Moskau, das schon in der letzten Regierungsphase Breschnews begonnen und das Andropow nur kurz unterbrochen hatte, führte zu einer inneren Erstarrung und Bewegungsunfähigkeit der Sowjetunion, die ihre Sicherheit im ängstlichen Absichern des Bestehenden suchte. Es ist nicht zu leugnen: Sowohl in Washington wie in Moskau, hier allerdings offensiv und aggressiv, dort defensiv und verhalten, setzte sich eine Prädominanz militärischen Denkens durch. Von diesem Augenblick an hatte die deutsche Ostpolitik weder in Washington noch in Moskau einen wirklichen Partner. Am Ende blieb die Erste Stufe der Ostpolitik nicht nur fragmentarisch und fragil, sondern sie drohte in einer nach militärischer Überlegenheit zielenden Politik der Vereinigten Staaten, die eine Neuauflage des Kalten Kriegs wahrscheinlich machte, unterzugehen.

Für die weitere Entwicklung Europas waren diese Jahre der akuten Gefährdung der Ostpolitik die folgenreichsten. Zum ersten Mal wurde unzähligen Menschen — vor allem durch die Aktionen der Friedensbewegung — klar, daß die Interessen Westeuropas und der Vereinigten Staaten nicht zwangsläufig identisch sein müssen, sondern sogar gegenläufig sein können. Was niemand erwartet hätte: Beide deutschen Staaten begannen, gar nicht oder nur unzureichend abgesichert durch ihre jeweilige Vormacht, eine Politik der Schadensbegrenzung und einer Verantwortungsgemeinschaft für den Frieden. Die Erkenntnis weitgehend deckungsgleicher Sicherheitsinteressen bewirkte ein neues, fortschrittliches Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit der Deutschen, das den anderen deutschen Staat nicht mehr ausschloß, sondern trotz unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen ausdrücklich einbezog. Diese Erfahrung hat die Zukunft der Deutschen um eine Möglichkeit bereichert, die für das ganze Europa von entscheidender Bedeutung werden könnte: die Überwindung des Gegensatzes von deutschem Patriotismus und fortdauernder Zweistaatlichkeit.

Auf dem Höhepunkt der Polenkrise, als überall in den westlichen Hauptstädten, wo es nichts kostete, lautstark — d.h. nur mit Worten — die Unterstützung von *Solidarność* gefordert wurde, wiegelte die Bundesregierung ab und nahm es auf sich, dadurch das Mißtrauen ihrer Verbündeten zu erregen. Herbert Wehner mit seinem Sinn für das unpopulär Notwendige besuchte sogar den ungeliebten General in Warschau. Unmittelbar vor der Ausrufung des Kriegsrechts in Polen trafen sich Helmut Schmidt und Erich Honecker am Werbellin-See. Der Katalog von Maßnahmen, den sie zur Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten verabredeten, hätte in dieser Situation eine Bedeutung, die weit über den praktischen Wert des Vereinbarten hinausging. Es war ein Signal, eine symbolträchtige Geste, die besagte: Für deutsche

und europäische Interessen ist die Entspannungspolitik ohne jede vernünftige Alternative — und zwar unabhängig davon, welche anderen politischen Optionen die beiden Supermächte in ihrem Verhältnis zu einander haben mögen. Von diesem historischen Augenblick an stand zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte die Frage: Wird es möglich sein, deutsche und europäische Interessen auch dann zu behaupten, wenn sie anders definiert werden als in Washington und wenn die sowjetische Politik durch innere Schwäche partiell handlungsunfähig geworden ist. (Anders als der Bundeskanzler stand Erich Honecker kaum in Gefahr, sich in Gegensatz zu der Politik seiner Vormacht setzen zu müssen. Aber wegen der latenten Unsicherheit in Moskau mußte er zweifellos manche Strecken des Weges ohne oder mit ungewisser Rückendeckung gehen.) Die spezifisch deutsche und europäische Interessenlage ist der Kern der Zweiten Stufe der Ostpolitik.

3.

Die historische Aufarbeitung ist notwendig, um zu zeigen, daß die Bruchstelle zwischen alter und neuer Sicherheits- und Ostpolitik der SPD nicht in der Beliebigkeit subjektiver Neuorientierung im innerparteilichen Spektrum liegt, sondern etwas mit den tiefgreifenden Veränderungen der Rahmenbedingungen zu tun hat. Auf diese Veränderungen antwortete die SPD als erste der westeuropäischen Parteien mit einem neuen Konzept gemeinsamer Sicherheit in Europa, das die vitalen Interessen der Bundesrepublik und Westeuropas mit den Interessen der Sowjetunion und der anderen Staaten des Warschauer Vertrages, insbesondere der DDR, zu verbinden sucht.

Die Behauptung, die SPD sei die erste gewesen, mag kühn klingen. Sie ist aber auch im Verhältnis zu den Grünen/Alternativen richtig; denn von dort kamen und kommen zwar sehr viel kreativere Denkanstöße, als die große, bejahrte deutsche Partei sie hervorzubringen vermöchte, aber diese sind so inkonsistent bis widersprüchlich, daß sie sich bis heute bei einer operativen Ostpolitik gegenseitig ausschließen würden. Wenn angesichts dessen ausgerechnet einige grüne Fundamentalisten die SPD als überlebt bezeichnen und in einem finalen Abnutzungsprozeß befindlich sehen, dann bestätigen sie dadurch nur ihre Rolle als Hofnarren einer z.Zt. mehrheitlich konservativ orientierten Gesellschaft. Hofnarren waren noch nie eine Gefährdung der bestehenden Macht, eher eine Befestigung, selbst dann, wenn sie die Wahrheit sagten. Sobald sich aber in dieser Gesellschaft die Mehrheiten tatsächlich zu ändern beginnen, wird der Blick wieder hauptsächlich auf die SPD fallen, und es wird wieder interessant sein, welche Wege, Konzepte, Lösungen sie anzubieten hat. Spätestens dann wird der Erwartungsdruck auf die Grünen/Alternativen (und selbstverständlich auch auf die SPD), ihre Bündnisfähigkeit zu klären, so groß werden, daß einige interessante Denkanstöße, zumal widersprüchliche, nicht mehr ausreichen werden und auch nicht mehr in Wahlen honoriert werden. Für die SPD ist es daher wichtig, durch eine Phase, in der es Mode geworden ist, ihr baldiges Ende zu prophezeien, hindurchzugehen und durch Erneuerungsfähigkeit den Propheten die allzu frühe Freude zu verderben. Das bedeutet für die SPD, den Weg bis Nürnberg nicht mit Nürnberg enden zu lassen.

Auf kaum einem Felde sind die Chancen der konzeptionellen Entfaltung unserer

neuen Politik so groß wie gerade in der Ostpolitik. Denn was uns in den letzten Jahren behindert hat, weder in Washington noch in Moskau einen wirklichen Partner für diese Politik zu haben, hat sich grundlegend verändert. Bewegung kommt z.Zt. aus dem Osten. Michail Gorbatschow hat die nahezu totale Bewegungsunfähigkeit der sowjetischen Politik so radikal ins Gegenteil verkehrt, daß daneben jetzt die amerikanische Politik nur reaktiv, flügelahm und altersschwach erscheint. Die sowjetische Führung hat aus bitterer Notwendigkeit erkannt, daß eine innere Erneuerung der Sowjetunion nicht mehr aufschiebbar ist, wenn sie sich als Weltmacht behaupten will. Sie hat gleichzeitig erkannt, daß nach der Logik der pax atomica — wer als erster angreift, stirbt als zweiter — auf Dauer nicht die Hochrüstung über die Weltmachtgeltung entscheiden wird, sondern sich im Gegenteil immer mehr zu einer schweren Belastung entwickelt und die Supermächte zu unbeweglichen Dinosauriern macht. Die einzig mögliche, das Überleben der Menschheit sichernde Konsequenz aus der pax atomica ist die friedliche Konkurrenz der unterschiedlichen Gesellschaftssysteme in West und Ost. Wirtschafts- und Sozialpolitik, Ökologie, Wissenschaften, kulturelle Vielfalt — das werden die Felder sein, die über Weltmachtgeltung und gesellschaftspolitische Attraktivität entscheiden werden. Genau das ist die zentrale und höchst moderne Aussage, wie sie uns im »Neuen Denken« der Sowjetunion und der DDR entgegentritt. Nicht erst seit heute, sondern von Anfang an ist das aber zugleich ein genuin sozialdemokratisches Thema. »Gemeinsame Sicherheit« und »friedliche Koexistenz« — wer die Konzepte vergleicht, stellt ziemliche Deckungsgleichheit bis in die Wahl der Worte fest, ohne daß die eine Seite von der anderen abgeschrieben hätte. Parallel verlaufende Denkprozesse und gegenseitige Lernfähigkeit zeichnen heute den Dialog aus, den die SPD mit den kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder führt, ohne die Unterschiede zu verwischen. Die geforderte »kulturelle Hegemonie« als Voraussetzung für die Rückeroberung von Mehrheiten in der Bundesrepublik wird hier vorbereitet in einer Weise, die für ganz Europa eine entscheidende Bedeutung gewinnen wird. Deshalb denkt zu kurz und zu oberflächlich, wer glaubt, die gegenwärtig erreichten und noch möglichen Fortschritte in der Ostpolitik werden als unverdiente Ernte nur von der CDU/CSU in die Scheunen gefahren. Eine Partei, die wie die Union die konzeptionellen Grundlagen dieser Politik bis heute nicht begriffen hat, sie sogar im Gegensatz zu ihrem praktischen Handeln bekämpft, wird nicht die sein, die am Ende von ihr profitiert. Wahrscheinlich ist, daß die unbewältigten Widersprüche die CDU/CSU lähmen werden, je mehr Flexibilität und Konsequenz von ihr verlangt werden. Das bedeutet für die SPD: Es kann nicht in ihrem Interesse sein, wie immer noch zu viele in der Partei meinen, auf die inneren Schwierigkeiten der CDU/CSU verständnisvoll Rücksicht zu nehmen; vielmehr muß die CDU/CSU durch forciertes Tempo immer mehr in Atemnot gebracht werden. Dazu reicht die Beschlußlage von Nürnberg jedoch nicht aus.

4.

Der Mangel der Nürnberger Beschlüsse zur Europa-, zur Deutschland- und zur Sicherheitspolitik ist die Dominanz der Sicherheitspolitik, so daß alle anderen Elemente zu

einer gefälligen Garnierung werden. Das ist schon deshalb gefährlich, weil heutzutage niemand sicher sein kann, daß die eigenen Maximalforderungen von gestern nicht schon morgen durch konkrete Abrüstungsvorschläge überholt sein werden.

Das heißt selbstverständlich nicht, daß die CDU/CSU recht hat, wenn sie der SPD vorwirft, 1983 in Köln weniger verlangt zu haben, als die Sowjetunion heute zu geben bereit ist. Es wäre schmeichelhaft für die Union, ist aber natürlich Quatsch, in der Festigkeit des Westens die Ursache und den Motor der jetzigen sowjetischen Abrüstungspolitik zu sehen. Wahrscheinlich wäre man heute weiter und bei anderen Kapiteln der miteinander so verzahnten Abrüstungsproblematik angelangt, wenn statt Nachrüstung schon 1983 erste Abkommen über die Mittelstreckenraketen zustande gekommen wären. Wenn trotzdem Sicherheitspolitik sich so verselbständigt — übrigens von Anfang an die Schwäche der Friedensbewegung —, daß die Bürger kaum noch begreifen, daß sie nur ein, wenn auch besonders wichtiger Bestandteil einer viel umfassenderen Europa-, Deutschland- und Berlinpolitik ist, dann kann passieren, daß sie als abgehakt, erledigt betrachtet wird, sobald auch nur einige ihrer zentralen Forderungen — z.B. der Abzug der Pershing 2 und Cruise Missiles — erfüllt sind.

In Wahrheit ist es aber ganz anders: Für die deutsche und wohl auch, wie sich zeigen wird, für die sowjetische Politik ist Abrüstung instrumental, um Ziele zu erreichen, die im Begriff einer Europäischen Friedensordnung oder noch präziser: eines Europäischen Friedensvertrages zusammengefaßt werden können. Das eigentliche Thema ist die Ablösung einer Nachkriegsordnung Europas, in der die Bipolarität der beiden Supermächte sich in der Teilung Europas, Deutschlands und Berlins widerspiegelt. Wenn um des Friedens, also des höchsten Zieles in unserer Zeit willen, Staaten und Grenzen in Europa unverletzlich sein sollen, und zwar ohne die noch völkerrechtlich abgesicherte *reservatio mentalis* der deutschen Konservativen, dann ist das für das geteilte Deutschland nur akzeptabel, wenn diese Grenzen gleichzeitig ihren trennenden Charakter verlieren und die deutsch-deutschen Beziehungen, eingebettet in die größeren Beziehungen der Sowjetunion zu den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, immer enger und partnerschaftlicher werden. Dieses deutsche Interesse, richtig formuliert, trifft sich mit den Interessen der Polen, Tschechen und Slowaken, der Ungarn, der Bulgaren und Rumänen, deren europäische Identität sich nicht in der Zugehörigkeit zum sozialistischen Staatensystem erschöpft. Die einzige Chance, diese Ziele zu erreichen, liegt in einer Öffnung der Sowjetunion zu Westeuropa und besonders zur Bundesrepublik, wobei die Motive der Sowjetunion zweierlei sein können: die Modernisierung ihres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems durch industriell-technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit und die Verhinderung eines militärisch-industriellen Komplexes, der die Potentiale der Vereinigten Staaten und Westeuropas zu einem einzigen vereint. Erst hier hätte eine europäische Sicherheitspolitik, die diesen Namen verdient, anzusetzen: Sie müßte ein neues europäisches Gleichgewicht auf so niedrigem Niveau der gegenseitigen Kräfteverhältnisse garantieren, daß eine nachträgliche Militarisierung der Europäischen Gemeinschaft vermieden und dennoch die bestehende Abhängigkeit der Sicherheit Westeuropas von den Vereinigten Staaten gemindert werden kann. So wenig das jetzt ein konkretes Ziel ist, kann aber die dauernde An-

wesenheit sowjetischer und amerikanischer Truppen auf deutschem Boden gleichwohl nicht das letzte Wort der deutschen Geschichte sein.

Der Prüfstein für die Machbarkeit einer solchen Politik wird, wie es seit 1945 immer war, Berlin sein. In Berlin ist die Nachkriegsordnung Europas, um deren schrittweise Umwandlung in eine Friedensordnung es geht, noch so intakt, daß die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges bis heute die Grenzen festlegen, in denen deutsch-deutsche Zusammenarbeit, bezogen auf Berlin, stattfinden darf. Dabei haben sie der Stadt zum Jubiläumsjahr ein besonderes Geschenk gemacht, indem sie die Annahme von Einladungen hier und dort unmöglich machten. Dazu sind sie nur deshalb fähig, weil im Ernstfall die Sicherheit Berlins von ihnen abhängt: die West-Berlins von den drei Mächten, insbesondere den Vereinigten Staaten, und die Ost-Berlins von der Sowjetunion. Am Beispiel Berlins zeigt sich auch, daß die Veränderung dieser Lage nur in einem Stufenprozeß möglich ist. Europäische Friedensordnung heißt also, einen solchen Stufenprozeß zu organisieren, in dem die einzelnen zeitlichen und inhaltlichen Schritte einen systematischen Bezug zueinander haben und in dem die Sicherheitspolitik ein nicht verselbständigter, sondern integraler Faktor ist, der, wie andere Faktoren auch, durch die übergreifende Zielsetzung definiert wird. Das alles darf aber nicht abstrakt und technisch bleiben, sondern muß sich zu dem Bild eines zukünftigen Europas zusammenfügen, das Phantasie bindet und Kräfte freisetzt.

Ich möchte schließen mit einer Bitte: Unter diesen Gesichtspunkten zu prüfen, was im Programmentwurf von Isee unter dem Kapitel III »Politik des Friedens« zum Thema »Deutschland« gesagt worden ist. Die Prüfung wird ergeben, was noch an konzeptioneller Arbeit zu leisten ist. Das bisher Geleistete besteht allenfalls aus Versatzstücken, die — jeweils für sich genommen — nicht falsch sind, aber kein wirkliches Konzept darstellen. Die Aussagen über Berlin sind eine einzige Peinlichkeit. Mauer, Viermächteabkommen und die Einbeziehung Berlins in die Fortschritte, die zwischen den beiden deutschen Staaten erreicht werden — mehr ist den Verfassern nicht eingefallen. Offenbar können sie mit Berlin nichts anfangen. Und das soll ein europäisches Programm werden, das bis in das dritte Jahrtausend neuer europäischer Zeitrechnung reichen soll?

Andreas Wehr

Probleme einer zweiten Phase der Entspannungspolitik

Die Forderung nach einer »zweiten Phase der Entspannungspolitik« bzw. nach einer zweiten Stufe« ist mittlerweile zu einem festen Begriff in allen Erklärungen der Sozialdemokratie geworden, die beanspruchen können, über den Tag hinaus zu gelten. Im zurückliegenden Bundestagswahlkampf gehörte diese Forderung zu jenen wenigen konkreten Äußerungen, die von unserem Spitzenkandidaten zu hören waren. Doch trotz des fast inflationären Gebrauchs dieses Begriffs ist sein Inhalt merkwürdig unbestimmt und vieldeutig geblieben. Diese Unklarheit wurde noch verstärkt durch die Propagierung einer »neuen Phase der Entspannungspolitik« durch Genscher. Sozialdemokratische Forderungen als integraler Bestandteil der Politik der Wenderegierung? Womöglich hat diese geschickte Begriffsbesetzung durch die Rechte auch seinen Grund in einer fehlenden Ausstattung mit unverwechselbaren Inhalten, die dann auch die Begriffe diebstahlsicher macht.

Kehren wir daher zur Klärung an die Quellen zurück. Das Nachschlagen bei den ansonsten für die Erneuerung der Partei so wichtigen Nürnberger Beschlüssen bleibt enttäuschend. Der »Beschuß zur Friedens- und Sicherheitspolitik« sagt nichts über eine zweite Phase der Entspannungspolitik aus. Es heißt dort nur am Anfang lapidar:

»Die europäischen Völker müssen den in den siebziger Jahren eingeschlagenen Weg der Entspannung entschlossen fortsetzen, um damit den Ost-West-Konflikt zu entschärfen und als gewaltfreien Wettbewerb unterschiedlicher politischer Ordnungsvorstellungen auszutragen.« (1)

Ergiebiger ist hier schon der Berliner Antrag »Für eine neue Stufe der Entspannungspolitik und eine europäische Friedensordnung«. (2) Seine Behandlung wurde auf dem Nürnberger Parteitag zurückgestellt. Drei Elemente werden in dem Berliner Antrag als Eckpfeiler einer neuen Stufe der Entspannungspolitik bezeichnet:

- »Die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen.
- Ein immer dichter werdendes Netz von Beziehungen und gegenseitig ausgewogenen Abhängigkeiten zwischen West- und Osteuropa durch partnerschaftliche Zusammenarbeit.
- Eine Politik der Sicherheitspartnerschaft, die neben den eigenen Sicherheitsinteressen auch die der jeweils anderen Seite berücksichtigt und auf längere Sicht die beiden großen Militärbündnisse die NATO und die Warschauer Vertragsorganisation, überflüssig macht.« (3)

Mit diesen Prinzipien einer neuen Phase wird erkennbar, worin sie sich von der Ostpolitik der sozialliberalen Koalition unterscheidet und wo sie in Kontinuität zu ihr steht. Das zentrale neue Element ist die Erkenntnis, daß eine zukünftige Entspannungspolitik ohne gleichzeitige militärische Abrüstung nicht mehr möglich ist. Denn Sozialdemokraten mußten erleben, wie eigene Fehler — hier vor allem ihre Zustim-

mung zur Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen — und die zunehmende Konfrontation der beiden Großmächte infolge einer neuen Aufrüstungspolitik der USA der so erfolgreichen Entspannungspolitik bereits Ende der siebziger Jahre Grenzen setzte. Die Politik der Sicherheitspartnerschaft zielt darauf, dieses Defizit auszugleichen: Politische Entspannung soll zukünftig untrennbar von realen Abrüstungsschritten sein.

Die Entspannungspolitik bleibt ohne Alternative

Natürlich erwartete die SPD nach dem Scheitern der sozialliberalen Koalition und der vorbehaltlosen Zustimmung der bürgerlichen Regierung zur »Nachrüstung« einen deutlichen Rückschlag in den innerdeutschen Beziehungen, bis hin zu einer neuen Vereisung der Verhältnisse. Daß es schließlich nicht dazu kam, war nicht das Verdienst von CDU/FDP, sondern das Ergebnis einer Politik der sogenannten »Schadensbegrenzung« durch die DDR, die seit Gorbatschows Machtantritt auch von der Sowjetunion übernommen wurde. Diese zuerst von der DDR allein durchgeführte Politik der »Schadensbegrenzung« besitzt eine derartig breite Verankerung, daß sie nicht ohne weiteres auf Grund von partiellen Rückschlägen aufgegeben werden kann. Sollte dennoch eine Revision dieser Politik und eine Rückkehr zum Kalten Krieg dort als einziger Ausweg gesehen werden, so wäre dies sicherlich nicht ohne tiefgreifende Erschütterungen und Umbrüche in der DDR und inzwischen auch in der Sowjetunion denkbar.

Zur Politik der Sicherheitspartnerschaft, deren Grundannahmen sich fast identisch in den Positionen der DDR zur Politik der friedlichen Koexistenz wiederfinden, gibt es daher keine Alternative. Die SPD hat zu berücksichtigen, daß die tragenden Elemente der Entspannungspolitik inzwischen eine solche Stärke erreicht haben, daß selbst die Belastungen, ausgelöst durch die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen, ausgehalten wurden. Die Alternativlosigkeit einer Politik der Entspannung und guten Nachbarschaft zur DDR bleibt auch nach dem Ende der sozialliberalen Koalition bestehen, sie ist in ihrem Kern Bestandteil eines neuen Konsenses in der Bundesrepublik geworden. Von mindestens gleicher Bedeutung ist allerdings, daß die DDR und jetzt auch die Sowjetunion die Entspannungspolitik als eine Chance zur positiven Gestaltung der friedlichen Koexistenz begreifen. Aus einer mißtrauischen, zögernden und von »Sozialdemokratisierungsängsten« geplagten SED ist ein politischer Machtfaktor geworden, der selbstbewußt und mit eigenen Initiativen versehen das Verhältnis zur Bundesrepublik offensiv gestaltet. Dieses Verhalten zeugt von einer in den siebziger Jahren allmählich gewachsenen inneren Stabilität der DDR, zugleich fand wohl noch nie eine Politik der SED soviel Rückhalt in der Bevölkerung wie die der »Schadensbegrenzung«.

Es ist eine Ironie der Geschichte: Der Erfolg der über eineinhalb Jahrzehnte gegen alle Anfechtungen durchgestandenen Entspannungspolitik hat es ermöglicht, daß sie auch ohne sozialdemokratische Regierungsbeteiligung weiter existieren kann. Die als Antwort auf die Wende formulierte zweite Phase der Entspannungspolitik konnte daher nicht zu einem ähnlich polarisierenden Thema werden wie in den sechzigern und An-

fang der siebziger Jahre die Propagierung der neuen Ostpolitik. Selbst die den Bundestagswahlkampf 1980 noch prägende Auseinandersetzung über Fortsetzung der Entspannung oder neuen Kalten Krieg, die seinerzeit noch alle ökonomischen Kontroversen überlagerte, ist so heute nicht mehr wiederholbar. In dieser Abschwächung der Polarisierung liegt möglicherweise eine der wesentlichen Ursachen für die gegenwärtigen Probleme der Sozialdemokratie, denn gesellschaftlich hegemoniefähig ist sie am Ende der sechziger Jahre nur mit Hilfe der Ostpolitik geworden. Ähnlich verhält es sich mit dem zweiten im Berliner Antrag genannten Element, dem geforderten »dichter werdenden Netz von Beziehungen und gegenseitig ausgewogenen Abhängigkeiten.« Die Wirtschaftsbeziehungen haben sich trotz Aufrüstung als stabil erwiesen. Bedingung dafür war allerdings, daß bereits unter der Kanzlerschaft Helmut Schmidts die Bundesrepublik sich von der amerikanischen Embargo- und Boykottpolitik absetzen konnte. Die erfolgreich durchgestandene Auseinandersetzung um das Gasröhrengeschäft mit der Sowjetunion war ein überaus wichtiger Beitrag zur Durchkreuzung der amerikanischen Isolierungspolitik. Umgekehrt erleben wir gegenwärtig von Seiten der DDR, aber auch von so gut wie allen anderen sozialistischen Ländern vielfältige Initiativen zur Verbesserung des Netzes von Beziehungen und gegenseitig ausgewogenen Abhängigkeiten. Die von der Sowjetunion jetzt vorsichtig begonnenen Versuche, mit kapitalistischen Betrieben in gemeinsamen joint-venture-Unternehmen zu produzieren, sind vielleicht nur die spektakulärsten Schritte auf dem Weg zur immer stärkeren wirtschaftlichen Verflechtung.

Der deutsche Status für alle Ewigkeit?

Was das dritte Element, »die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen«, angeht, so ist zu fragen, inwieweit es über die Ergebnisse der Ostpolitik hinausreicht und damit überhaupt ein neues Element darstellt. In verschiedenen Stellungnahmen zum Inhalt einer neuen Phase der Entspannungspolitik und auch im Berliner Antrag wird zur näheren Konkretisierung auf die Bindungswirkung der geschlossenen Verträge, insbesondere des deutsch-polnischen Vertrages, für einen womöglich noch zu schließenden Friedensvertrag hingewiesen. Eine Forderung, die auch schon vom stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Rühle, erhoben wurde und dort für viel Wirbel sorgte. Immerhin wird Berlin (Ost) als Hauptstadt der DDR bezeichnet, aber eben nur »funktional und städtebaulich«, dementsprechend soll auch die Hauptstadtfunktion nur »unbeschadet des Status von Berlin« anerkannt werden.

Die zweite Phase der Entspannungspolitik verbleibt hier ganz im Rahmen der Ostpolitik. Erinnern wir uns: Deren Grundlagen waren damals zum einen die ideologische Entkrampfung, zum anderen die vorbehaltlose Respektierung der noch verbliebenen Reste des Viermächtedeutschlands und die Ausklammerung der unterschiedlich gebliebenen Rechtspositionen. Ausdruck dieser Essentials waren und sind die jeweiligen Erklärungen der vier Mächte, in denen sie bei jedem vertraglichen Schritt von Bundesrepublik und DDR — und seien es nur die Anträge auf Mitgliedschaft in der UNO — den

Fortbestand ihrer Verantwortlichkeiten betonen. Was die unverrückten Rechtspositionen angeht, so sind sie in entsprechenden Erklärungen der Bundesregierungen manifestiert.

Diese erstarrten Verhältnisse sollen auch nicht durch eine zweite Phase der Entspannungspolitik in Bewegung gebracht werden. Die von der DDR-Führung 1980 als Voraussetzung für jede weitere Entspannung genannten Geraer Forderungen sind inzwischen deutlich entschärft. Über die Festlegung der Elbgrenze wird verhandelt. Die brisante Forderung nach Anerkennung einer DDR-Staatsbürgerschaft ist durch Honecker selbst zurückgenommen worden:

»Man kann respektieren, man kann anerkennen. (...) Die Frage ist einfach, daß man respektiert, daß es die Deutsche Demokratische Republik gibt und daß diese Republik Staatsbürger hat.« (4)

Auf dieser Grundlage wird es wenig Streit geben. Verbleiben die geforderte Umbenennung der Ständigen Vertretungen in Botschaften und die Auflösung der Zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter. Themen, die für sich genommen wenig Gewicht besitzen. Auf der anderen Seite sind die mutigen Vorstöße vor allem von Jürgen Schmude zur Änderung der Präambel des Grundgesetzes isoliert geblieben und schnell wieder verstummt. Bleiben also die Rechtspositionen und die Statusfragen auch in einem neuen Anlauf zur Entspannungspolitik ausgeklammert? Und doch gibt es Diskussionen, die über diesen eingegrenzten Rahmen hinausreichen. In Berlin diskutieren Alternative Liste und Sozialdemokraten, was aus dieser Stadt längerfristig einmal werden soll. Günter Gaus wirft in diesem Heft die Frage nach der Möglichkeit von zwei Friedensverträgen für die deutschen Staaten auf (5). Es beginnt sich offensichtlich etwas zu regen.

In Berlin sind die Probleme nicht zu übersehen: Die unklare Zukunft belastet auf Dauer die längerfristige Entwicklung der Stadt, die Rechte der vier Sieger schränken weiterhin die innere Souveränität, mehr und mehr aber auch die Handlungsfähigkeit nach außen ein. So ist es kein Geheimnis, daß keiner der vier an Besuchen von Honecker in Berlin (West) und umgekehrt von Diepgen in Berlin (Ost) ein ernsthaftes Interesse hatte. Doch auch für die Bundesrepublik und die DDR bilden die Vorbehaltsrechte der vier Sieger einen gewöhnlich unsichtbaren, aber dennoch höchst wirksamen Rahmen zur Eingrenzung der jeweiligen nationalen Politik. Wer kennt schon den Truppenstationierungsvertrag von 1955 und seine Bedeutung für die Lagerung atomarer und chemischer Waffen in der Bundesrepublik? Auch die DDR bekommt bei Unbotmäßigkeit die ungebrochene Fortexistenz des Viermächtedeußlands zu spüren. Nicht von ungefähr dürfte das Neue Deutschland die von ihm verwandte Bezeichnung »Gruppe der Sowjetischen Truppen in der DDR« umgehend in die amtliche Bezeichnung »Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland« korrigiert haben. Die gemeinsame Aufsicht über Berlin dient schließlich allen vier Mächten gleichermaßen zur Herbeiführung einer gewissen Willfähigkeit des jeweiligen deutschen Staates.

Andererseits wächst die Zahl der Probleme und Fragen, die besser von den beiden deutschen Staaten in eigener Verantwortung zu regeln wären. Chemie- und atomwaffenfreie Zonen in Europa vertragen sich zum Beispiel nur sehr schwer mit den unein-

geschränkten Stationierungsrechten der vier Siegermächte. 42 Jahre nach Kriegsende muß es erlaubt sein, über die Ablösung der Viermächteverantwortung für Deutschland nachzudenken. Es kann wiederum nur die Sozialdemokratie den Anstoß geben. Eine solche Initiative würde eine wirkliche zweite Phase der Entspannungspolitik möglich machen.

Die Sozialdemokratie darf sich aber nicht über die Brisanz eines solchen Vorstoßes täuschen. Es geht nicht etwa nur um die Aufhebung einer Fremdbestimmung oder gar um die Beendigung eines Kondominiums über Deutschland. Es geht vor allem um die Anerkennung, daß der Spaltung Deutschlands schon lange nicht mehr allein ein territorialer Konflikt zwischen den beiden Großmächten zugrundeliegt. Ein solcher territorialer Konflikt stand wohl zu Beginn im Mittelpunkt und ist auch heute noch spürbar. Die unterschiedlichen Systeme haben aber mittlerweile in beiden deutschen Staaten feste Wurzeln geschlagen, in der Bundesrepublik von Beginn an, inzwischen aber auch in der DDR. Der »Schlüssel für die deutsche Frage« liegt daher schon lange nicht mehr in Moskau.

Dies ist übrigens auch der zentrale Irrtum der linken Nationalpolitiker bei den Grünen und der SPD. Für sie liegt die Ursache der Spaltung allein im ungelösten Konflikt zweier Weltmächte, folgerichtig würde ihr Auseinanderrücken automatisch den Weg frei machen für eine Wiedervereinigung. (6)

Die stetig wachsende deutsche Verantwortung für die Spaltung und die Notwendigkeit ihrer Anerkennung als Voraussetzung für jede weitere Entwicklung im Verhältnis der beiden deutschen Staaten ist denn auch der eigentliche Streitpunkt in der Bundesrepublik. Bei der Rechten ist längst begriffen worden, daß die deutsche Frage eine Frage der Siegermächte bleiben muß, wenn sie offen bleiben soll. Die Konservativen entwickeln sich gegenwärtig zu wahren Gralshütern des deutschen Status, denn nur bei seiner unangetasteten Bewahrung kann an der Perspektive einer Wiedervereinigung festgehalten werden. So heißt es in der FAZ anläßlich der Besuchsschwierigkeiten zur 750-Jahrfeier in Berlin:

Beide Seiten behalten sich den Rückgriff auf die Verantwortung für Deutschland als Ganzes vor, und das ist im Interesse der Deutschen, denen noch an der Erfüllung des dem Grundgesetzgeber von 1949 ungeteilt gegenwärtigen Wiedervereinigungsgebots der Verfassung liegt.« (7)

Zur Zukunft von Berlin (West) wird ausgeführt:

»Für die in der Bundesrepublik, die weiterhin dem Ziel der deutschen Einheit verpflichtet sind, ist es ein durchaus nicht über jeden Zweifel erhabenes politisches Ziel, aus West-Berlin (so, wie es die Berliner SPD und auch Teile der dortigen FDP wollen) ein Bundesland zu machen wie die anderen auch.« (8)

Dieselben, die noch vor wenigen Jahren am liebsten die halbe Bundestagsverwaltung in Berlin ansiedeln wollten und die SPD immer wieder der Schwäche bei der Durchsetzung des Bonner Rechtsstandpunktes hinsichtlich der Zugehörigkeit West-Berlins zum Bund ziehen, warnen jetzt vor der Infragestellung des deutschen Status. Wie sich doch die Zeiten ändern!

Notwendig wird eine andere Sicht der DDR

Je deutlicher die eigenständig verantworteten Systemunterschiede in den beiden deutschen Staaten als Grundlage für die Entfremdung hervortreten, desto wichtiger wird zugleich die Klärung des eigenen Standpunktes zu dem, was sich in der DDR gesellschaftspolitisch herausgebildet hat.

Die Konservativen können dabei an eine lange Tradition anknüpfen, die bis in die Anfangsjahre der Bundesrepublik zurückreicht. Freiheit geht auch dort weiterhin vor Einheit. Beständig wird vor einem nationalen Sonderweg gewarnt. Zur unveränderten Position der Bundesregierung der Bundesminister Schäuble:

»Unsere Stärke liegt in dieser Zugehörigkeit zum freien Teil Europas, zum freien Westen. Jeder Gedanke an einen nationalen Sonderweg der Deutschen führt auf einen gefährlichen Irrweg. Er kann kein Weg zur Lösung der deutschen Frage sein, und er müßte Zweifel an unseren politischen Grundwerten aufkommen lassen.« (9)

Die SPD hat über lange Zeit einen dazu gegensätzlichen Standpunkt eingenommen. Ihre Deutschlandpolitik war bis Ende der fünfziger Jahre davon geprägt, nach Wegen zu suchen, wie grundlegende Veränderungen in der DDR in einer gesamtdeutschen Lösung aufgehoben werden können. Diese Deutschlandpolitik war zugleich integraler Bestandteil einer als Konkurrenz zum kommunistischen Weg verstandenen sozialistischen Orientierung. Zu Beginn der Ostpolitik war dies allerdings kein Thema mehr. Die ideologische Abrüstung der beiden so ungleichen Kinder der deutschen Arbeiterbewegung war gerade Voraussetzung für die pragmatische Politik der kleinen Schritte. Es sind sicherlich keine Zufälle, daß die Ostpolitik erst nach der Godesberger Wende und nach dem Einschwenken auf die Politik der Westbindung 1960 von den Kräften durchgesetzt wurde, die im damaligen Spektrum der Partei eher zur Rechten gehörten. Die grundsätzliche Bewertung der Veränderungen in der DDR unterschied sich fortan kaum mehr von den Stellungnahmen bürgerlicher Parteien. Im Mittelpunkt stand hier wie dort die Unvereinbarkeit der Anschauungen zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und der Funktion freier Wahlen, die sozialen Verhältnisse diesseits und jenseits der Grenze traten demgegenüber in den Hintergrund.

Bedeutete das Abschwören von sozialistischen Zielen für die sozialdemokratische Ostpolitik noch keine Behinderung, im Gegenteil, die Entideologisierung des Verhältnisses zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten war sogar günstig für diese Politik, so wird eine wirkliche zweite Phase der Entspannungspolitik auf dieser Grundlage nicht mehr möglich sein. Es können wohl noch viele kleine Schritte im innerdeutschen Verhältnis gegangen werden, die mehr und mehr notwendig werdende Lösung der Statusfrage und damit eine europäische Friedensordnung werden so nicht zu haben sein. Die Rechte macht täglich unmißverständlich deutlich, daß die Frage nach dem Status Deutschlands und die Offenhaltung der deutschen Frage untrennbar miteinander verknüpft sind. Mit ganz anderen politischen Zielsetzungen verweist auch die Sowjetunion auf diese Einheit: Ohne dauerhafte Regelung der im Ergebnis des zweiten Weltkrieges entstandenen Lage keine Veränderung des Status. Will die Sozialdemokratie diesen Kreis durchbrechen, so muß sie den anderen deutschen Staat als dauerhafte und

mehr und mehr eigenständige Erscheinung betrachten. Sie muß Abschied nehmen von einer Position, die die DDR nur deshalb und insoweit respektiert, als sich gegenwärtig keine Chance zur »Regelung der deutschen Frage« zeigt. Das Hoffen auf eine »Wende in Moskau« oder auf eine »Einigung der Weltmächte« ist nicht nur kein Ersatz für eine deutsch-deutsche Politik, sondern ist selbstillusorisch.

Es geht dabei nicht um das Akzeptieren des kommunistischen Wegs. Der demokratische Zentralismus der SED wird weder ein Vorbild für die Bundesrepublik sein, noch hat er in der DDR eine Zukunft. Es geht um die tiefgreifenden sozialpolitischen Veränderungen, die in vier Jahrzehnten in der DDR vollzogen wurden. Sie werden mit Sicherheit auch unabhängig von den einzelnen Wendungen der SED Bestand haben. Es geht um die Anerkennung der Entwicklungsmöglichkeiten eines eigenständigen Gesellschaftssystems, das auf diesen Grundlagen aufbaut.

In der Bundesrepublik kann nur die Sozialdemokratie diese Öffnung gegenüber der DDR erreichen. Dies wird aber nur einer Sozialdemokratie gelingen, die sowohl die politischen Freiheitsrechte und die Demokratie als Voraussetzungen des Sozialismus als auch die Notwendigkeit der Eingriffe in die Produktion zur Erreichung einer neuen Gesellschaftsordnung begreift. Nur von dieser Position aus können die Veränderungen in der DDR erklärbar und begreifbar gemacht werden.

Eine derartige zweite Stufe der Entspannungspolitik würde die deutsche Frage als das anerkennen, was sie von Anfang an auch immer war: Eine soziale Auseinandersetzung auf deutschem Boden. Sie würde zugleich ernsthafte Perspektiven für eine Annäherung der beiden deutschen Staaten eröffnen.

Anmerkungen

- 1 Unser Weg zu Abrüstung und Frieden, Beschluß zur Friedens- und Sicherheitspolitik der SPD, Parteitag in Nürnberg 25. bis 29.8.1986, Politik Nr. 8, September 1986, S.2
- 2 Vgl. SPD-Berlin (Hrsg.), Dokumentation: Für eine neue Stufe der Entspannungspolitik und eine europäische Friedensordnung. Beschluß des Landesparteitages der SPD-Berlin vom 20./21. Juni 1986, Berlin (West) 1987, S.2
- 3 SPD-Berlin, a.a.O., S.2
- 4 Erich Honecker, Interview in »Die Zeit« vom 30.1.1986
- 5 Günter Gaus, Berlin in Deutschland, in diesem Heft
- 6 Andreas Wehr, Zwischen allen Fronten. Zur Deutschlandpolitik der Grünen, in diesem Heft
- 7 Friedrich Karl Fromme, »Was Dynamik des deutschen Status heißt«, in: FAZ vom 24.4.1987
- 8 Ebd.
- 9 Wolfgang Schäuble, Deutschlandpolitik im Gesamtzusammenhang der West-Ost-Beziehungen (Vortrag von der Internationalen Club »La Redoute« in Bonn-Bad Godesberg am 17.4.1986), veröffentlicht in: Texte zur Deutschlandpolitik Reihe III/Band 4, 181ff., hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn, März 1987, S.181ff.

Dirk Schneider

Chance oder Unglück?

Die »20 Thesen« der AL Berlin im Meinungsstreit

Eine »taz«-Korrespondentin, früher Pressesprecherin der Alternativen Liste (AL), wählte einfache Worte: »Das war nämlich so«, erläuterte sie einer Freundin, »da haben sich 13 Personen, die meisten von ihnen Mitglieder der Alternativen Liste, eines Tages Thesen zur Berlin- und Deutschlandpolitik überlegt. Weil gerade Mittwoch war, nannten sie sich Mittwochrunde und weil ihnen keine Überschrift einfiel, nannten sie ihr Papier bedeutungsschwanger '20 Thesen'. Die schickten sie an die Presse und machten dazu eine Veranstaltung.« (taz, 10.12.86)

Diese Veranstaltung wurde sogar auf der Inlandseite der taz behandelt und erbarungslos verrissen. Das Papier »vornehmlich Kreuzberger Hinterzimmerstrategen« sei von den meisten Teilnehmern als »abstrus und unausgegoren« verworfen worden.

Die Kritik aus den Reihen der AL faßte der Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus von Berlin, Peter Lohauß, in einer Grundsatzrede zum Haushalt in einem Satz zusammen: »Wenig hilfreich, sage ich dazu, sind Thesen aus der AL, die sich mit West-Berliner Autarkie und Selbstgenügsamkeit begnügen.« (Sitzungsprotokoll vom 11.12.86)

Während sich die AL bemühte, in Presseerklärungen darzustellen, daß es sich um kein offizielles Positionspapier handele, nutzten CDU und FDP die Gelegenheit zu heftigen Angriffen. Der Fraktionsvorsitzende der FDP, Walter Rasch, befand, daß die 20 Thesen »nicht nur dümmlich sind, sondern auch unsinnig, und wenn man sie ernst nehmen würde, wären sie schädlich.« (Abgeordnetenhaus, 11.12.86) Und CDU-MdB Kittelmann sah »einen verheerenden Anschlag auf die Freiheit der Stadt.« In einer Presseerklärung schrieb er: »Ziel dieses Papiers scheint es zu sein, die Bürger West-Berlins staatenlos und in Übernahme kommunistischer Forderungen die Bürger der DDR im Verhältnis zum übrigen Bundesgebiet zu Ausländern zu machen.«

Die SPD reagierte gespalten. MdB Gerhard Heimann sprach von einem »ernsthaften Versuch, sich an der Diskussion über die zukünftige Rolle Berlins zu beteiligen« (*Berliner Stimme*, 6.12.86), während SPD-Landesgeschäftsführer Hans Kremendahl »einen erschreckenden berlinpolitischen Dilettantismus« feststellte. Die AL-Autoren wollten »die Entblößung unserer Stadt von einer ihrer Lebensgarantien.« (*Tagesspiegel*, 14.12.86).

Das »besondere Aufsehen« (*Süddeutsche Zeitung*), das die »20 Thesen« auslösten, erscheint rätselhaft angesichts der Fülle an Überlegungen zur Zukunft Westberlins, die in ähnliche Richtung gingen und kaum beachtet wurden. Vielleicht haben die Thesen lediglich einfache Wahrheiten zu einem Zeitpunkt zusammengefaßt, als auf dem Trümmerhaufen gescheiterter Illusionen zu den Zukunftsperspektiven Westberlins eine neue Lebenslüge aufgetischt wurde: angesichts der 750-Jahr-Feier versucht der Dieppen-

Senat, Westberlins Sinnbestimmung an eine aufkommende nationale Strömung zu binden. Danach soll Westberlin sich als Hauptstadt im Wartestand begreifen, die ihre Anstrengungen darauf richten soll, Ost- und Westberlin als Gesamtstadt zu betrachten und für seine künftige Rolle als europäische und deutsche Gesamtmetropole vorzubereiten. Die »20 Thesen« dagegen postulieren, daß sich Westberlin als »eigenständige städtische Kommune begreift, die — bei enger, gewachsener Bindung zur Bundesrepublik — die Autonomie zu nutzen trachtet, die das Vier-Mächte-Abkommen garantiert.« Die Autoren/innen des Papiers sind der Ansicht, »daß die Lebensfähigkeit und Entwicklungsmöglichkeiten Westberlins langfristig nur dann erhalten werden können, wenn sich die Stadt auf die eigenen Kräfte besinnt. Die Bürger/innen Westberlins brauchen eine überzeugende Idee, die es lohnend und sinnvoll macht, in einer Stadt zu leben, die in schwer durchschaubarem Maße zugleich bedroht und fremdbestimmt zu sein scheint«, heißt es im Vorwort.

Die »20 Thesen« kritisieren, daß die regierenden Politiker/innen der Bevölkerung nie reinen Wein eingeschenkt haben über den realen Status von Westberlin. Schließlich sei die Stadt kein konstitutiver Teil der Bundesrepublik und dürfe von ihr nicht regiert werden. Westberlin stelle ein »Sondergebiet« dar, dessen territoriale Unversehrtheit nach dem Viermächte-Abkommen durch die vier Hauptsiegermächte garantiert werde. Diese Bedingungen gäben der Stadt allerdings auch das Recht zu eigenständigen politischen Entscheidungen, sowohl gegenüber der BRD als auch der DDR. Die »20 Thesen« schlagen vor, daß künftige Stadtregierungen diesen Tatsachen Rechnung tragen und bei Bewahrung der gewachsenen Bindungen trotzdem bei Übernahme von Bundesgesetzen prüfen sollten, ob diese für die Stadt taugten. Notfalls sollten eigene Gesetze geschaffen werden. Westberlin habe durchaus das Recht und die Möglichkeit, z.B. die Bundesgesetze über die Aufhebung der Mietpreisbindung oder zur Änderung des § 116 AFG abzulehnen.

Diese Überlegungen wurden prompt als weltfremder Autarkismus mißverstanden. Die »20 Thesen« wollten eine »Insel der Seligen« schaffen oder sich gar in die Arme der DDR stürzen. Es war keinesfalls nur die CDU, die einen von Moskau oder Ostberlin gesteuerten Anschlag erkannten. Führende Mitglieder der AL sprachen ebenfalls von einer Übernahme der östlichen Dreistaatentheorie oder gar von einem »Kotau« und »vorausilendem Gehorsam« gegenüber der DDR.

Gestützt wurden solche tiefsitzenden Befürchtungen durch Aussagen in dem umstrittenen Text, die ein grundsätzliches Umdenken der westlichen Seite gegenüber dem östlichen Gesellschaftssystem forderten. Eine »anhaltende Normalisierung« würde nicht möglich sein, »solange versucht wird, die östlichen Gesellschaften zu verteufeln« oder »die Menschen dort gegen ihre Regierungen zu mobilisieren«. Ein »gleichberechtigter Umgang« zwischen Westberlin und der DDR sei nur zu erreichen, wenn »jede Form von Druckausübung im Sinne einer Überwindungsstrategie« aufgegeben würde.

Der Gedanke einer sich selbständig zwischen den beiden deutschen Staaten entwickelnden Westberliner Kommune erschreckte insbesondere führende Repräsentanten/innen der AL. Ob einige insgeheim erkannten, daß nur auf diesem Wege die Einlösung des hochgestochenen AL-Programms denkbar ist? Solange nämlich kritik-

lose Bundestreue, die Unterordnung unter ein vorsintflutliches Besatzungsrecht und der Traum von Berlin als künftiger Hauptstadt die Denk- und Handlungsweisen Westberliner Politik bestimmen, braucht eigentlich niemand das AL-Programm aus dem Bücher-schrank zu holen. Es bliebe unaktuelle Zukunftsmusik. Verschiedene AL-Menschen waren so erschrocken, daß sie nicht vor schwerwiegendsten Verdächtigungen gegenüber den Autoren/innen der »20 Thesen« zurückscheuten und sich dann Schritt für Schritt in die Gedankengänge althergebrachter bürgerlicher »Realpolitik« verstrickten. Es begann damit, daß man sich auf die vermeintlichen oder wirklichen Meinungen der Westberliner/innen zu stützen begann, ohne ein Wort des Zweifels oder der Kritik, wie solche Meinungen sich bilden oder erzeugt werden. Dann wurde behauptet, Westberlin brauche keine eigene Strategie, ideologische Überhöhungen der Lebenswirklichkeit lehne man ab, so als sei Westberlin eine ganz »normale« Stadt der Bundesrepublik. Schließlich war es nur noch ein Schritt, das Besatzungsrecht zu akzeptieren (lediglich eine geringfügige Modifizierung und Absichtserklärung der Alliierten wurden verlangt) und am Ende voll inhaltlich die Forderung aller Altparteien und bisherigen Bundesregierungen zu übernehmen, daß Westberlin langfristig Bundesland werden solle. Die Autoren/innen der »20 Thesen« haben ihre Hauptthese von der Notwendigkeit einer eigenständigen Westberliner Politik auch auf häufig vorgebrachte Einwände umzusetzen versucht. So schlagen sie in der Frage der Besatzungsrechte vor, diese analog zum Deutschlandvertrag von 1955 mittels eines Vertrages zwischen den westlichen Siegermächten und dem Senat von Westberlin vollständig abzulösen, da sie keinesfalls das Anwesenheitsrecht der Westmächte begründen, sondern lediglich ausdrücken. Inzwischen sei das Besatzungsrecht zu einem Menschenrechte beugenden Instrument geworden, das jederzeit nach innen auf die Entwicklung Westberliner Politik gerichtet werden könne. — Nach Ansicht der »20 Thesen« kann eine eigenständige Westberliner Politik auch die Staatsangehörigkeitsfrage dahingehend lösen, daß die BRD sich eine eigene Staatsbürgerschaft gibt, die von Westberlin übernommen werden könnte. Die jetzige Regelung taue dazu nicht, weil sie die Identität der BRD mit dem »Deutschen Reich« voraussetzt und auch die DDR-Bürger/innen einschließt.

Folgte eine angenommene rot-grüne Regierung von Westberlin den Überlegungen der »20 Thesen«, dann würde sie wie bisher alle gewachsenen und auch gewollten Abmachungen mit der Bundesrepublik fortführen, aber nicht automatisch und gemäß der Fiktion, Bundesland zu sein oder sein zu wollen. Auf der anderen Seite wäre die Stadt frei, mit der DDR Verhandlungen zu führen und die vielen Probleme eigenständig anzugehen, die mit der DDR gelöst werden müssen, beginnend beim Gebietsaustausch über Reiseregulungen bis zu Wirtschaftsverträgen. Die Zeit der Panikmache und der Handlungsfähigkeit wären vorbei. Für den Fall, daß die vertragliche Garantie des Vier-Mächte-Abkommens für befürchtete Übergriffe der DDR oder der UdSSR als nicht ausreichend angesehen werden sollte für die Sicherheit und Integrität Westberlins, schlagen die »20 Thesen« friedenspolitische Initiativen Westberlins auf verschiedenen Gebieten vor. Auf diese Weise könnte die Stadt ihre »unmögliche« Situation zwischen den Blöcken und Weltmächten positiv wenden und vom passiven Spielball zu einem aktiven Faktor der Versöhnung und Überwindung des Systemgegensatzes und der Konfrontation werden.

Michael Wendt

Konzepte für eine alternative Berlin-Politik

Berlin (West) hängt zumindest ökonomisch am Tropf. Diese Tatsache stellt für viele Menschen im westlichen Teil der ehemaligen Hauptstadt auch heute noch ein Problem dar. Gerade deshalb ist die Bevölkerung der (Halb-)Stadt auch heute noch so empfänglich für die unterschiedlichsten Funktionen, die ihr immer wieder untergeschoben werden, sei es, daß es gilt, die »Verteidigung der ganzen westlichen Welt zu unterstützen«, wie es Ende vergangenen Jahres ein US-Diplomat formulierte, oder sich als »Hauptstadt der deutschen Nation für das nächste Jahrhundert vorzubereiten«, wie es der Regierende Bürgermeister im Januar 1987 vorschlug. Solcherlei Vorschläge sind — wenn überhaupt ernst gemeint — friedensgefährdend und gehen als Versuch, in einer krisenhaften Zeit neue Identifikationsmuster zu schaffen, weiträumig an der Wirklichkeit vorbei.

Jedoch muß sich auch alternative Politik in Berlin (West), auch wenn sie zuvorderst die soziale, ökologische und demokratische Entwicklung der Stadt im Auge hat, mit der Situation Berlins im Spannungsfeld zwischen Ost und West auseinandersetzen. Berlin (West) ist keine Hauptstadt und soll auch nicht anstreben, Teil einer neuen zu werden.

Ohne Zweifel hat sich die Situation mit dem Vier-Mächte-Abkommen von 1971 für die Bevölkerung der Stadt verbessert und sind dynamische Perspektiven eröffnet worden: die Bindungen an den Bund können »entwickelt«, die Kommunikation mit der DDR soll verbessert werden und die Einreisebedingungen sollen »vergleichbar zu anderen« sein. Das ist einerseits sehr wenig, beschreibt aber andererseits den maximalen Spielraum bei unveränderter politischer Großwetterlage. In diesem Rahmen bewegen wir uns vorerst und es gibt in ihm eine Großzahl von Aufgaben anzupacken. Beispielfhaft sei dies für das politische Feld der Ökologie dargestellt.

Es kann dabei nicht darum gehen, unter Verweis auf die Situation in der DDR den Verzicht auf radikale Maßnahmen auf dem Gebiet der Ökologie innerhalb von Berlin (West) auch nur für eine aus unserer Sicht erwägenswerte Überlegung zu halten, dennoch zeigen sich gerade hier Probleme zwischen Berlin (West) und der DDR, für die Lösungen nicht auf die lange Bank geschoben werden dürfen. So ist z.B. der Pro-Kopf-Verbrauch an Energie in der DDR um 20 % höher als in der Bundesrepublik, diese Energie wird zum größten Teil aus Braunkohle erzeugt, so daß die DDR, mangels Devisen für notwendige Reinigungsanlagen, zu den Hauptverursachern des alljährlichen Smogs in Berlin gehört. Die DDR emittiert auch dann noch riesige Mengen an Kohlenwasserstoffen (Zweitakt-Pkws) nach Berlin (West), wenn dort schon Fahrverbot auf Grund einer Smogverordnung ausgerufen wird, die selbst völlig unzureichend ist. Probleme gibt es darüber hinaus im Bereich der Abwässer: So gefährden die Nährsalzbelastungen der Klärwerke in Berlin (DDR) den Bestand der unteren Havelseenkette in Berlin (West), oder entstehen durch den in der DDR noch unkritischeren Umgang mit

Pestiziden in der Landwirtschaft erhebliche Gefährdungen für das Grundwasser. — Nicht zuletzt stellen die Atomkraftwerke der DDR einen geradezu dramatischen Gefahrenherd, natürlich nicht nur für Berlin (West), dar, die es ökologisch orientierter Politik unmöglich macht, für einen an sich vernünftigen Energieverbund einzutreten, der dazu beitragen könnte, die derzeit völlig absurden Energiekapazitäten für Fälle der Spitzenbelastung in Berlin (West) abzubauen.

Unbezweifelbar überschreiten die Bedrohungen unserer natürlichen Lebensgrundlagen die Grenzen in beide Richtungen und die Bundesrepublik und Berlin (West) haben keinen Anlaß, von eigenen Sünden abzulenken, eher ergibt sich hier ein wichtiges Feld notwendiger Zusammenarbeit, auf dem Berlin (West) nicht aus ideologischen Konstruktionen heraus, sondern auf Grund realer besonderer Betroffenheit eine Vorreiterrolle im Dialog zwischen Ost und West einnehmen sollte.

Diese Vorreiterrolle kann nur durch praktische Kommunikation mit der DDR ausgefüllt werden. Diese Kommunikation leidet jedoch traditionell unter den unterschiedlichen Statusinterpretationen für Berlin. Das geradezu peinliche Hin und Her in der Besuchspolitik anlässlich der 750-Jahr-Feier Berlins — kommt Honecker her, fährt Diepgen hin? — ist wenig dazu angetan, auf diesem Gebiet weiterzukommen. Auch das Vier-Mächte-Abkommen von 1971 bietet hier keine Hilfe mehr, ist es doch hinsichtlich des Status der Stadt als »Agreement to Disagree« über die Runden gebracht worden.

So sehr wir (eine Gruppe von Mitgliedern der Alternativen Liste, die unter der Überschrift »Initiative für eine alternative Berlinpolitik« ihre Positionen formuliert haben) bei unseren Überlegungen von der Anerkennung der deutschen Zweistaatlichkeit ausgehen, so sehr ist von der DDR zu akzeptieren, daß die Bevölkerung von Berlin (West) ihre Stadt nicht als autonome Enklave versteht, sondern ihre politischen und wirtschaftlichen Bindungen und Verbindungen mit der Bundesrepublik gewahrt und garantiert sehen will. Klare Regelungen, z.B. in der Staatsbürgerschaftsfrage, sind dabei unverzichtbar.

Der Versuch, die juristische Situation von Berlin (West) für eine autonome Perspektive zu nutzen, wie es derzeit von einigen Mitgliedern der Alternativen Liste formuliert wird, halten wir für schädlich und illusionär. Keine große Stadt ist je aus sich selbst heraus gewachsen und keine so begrenzte Region wie Berlin (West) kann unter den heutigen Bedingungen aus eigener wirtschaftlicher Kraft leben. Der Versuch, kurzfristig ohne Bundeshilfe auszukommen, würde jeden politischen Spielraum zur Veränderung und Verbesserung der Lebenssituation in Berlin (West) nehmen. Ob es uns gefällt oder nicht, Berlin (West) hat keine autonome Perspektive und somit existiert auch keine realistische Aussicht auf eine Abkoppelung von der politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit der Bundesrepublik. Selbst das politische Ritual der Übernahme von Bundesgesetzen nach Berlin (West) durch das Abgeordnetenhaus kann nur bedingt von uns gebrochen werden. So ist es zwar ganz selbstverständlich, daß die Abgeordneten der Berliner Alternativen Liste gegen die Übernahme des Anti-Streik-Paragraphen 116 nach Berlin (West) gestimmt haben, dies kann jedoch nur in der Einsicht der politisch-symbolischen Bedeutung geschehen, real — dies bedeutet hier finanziell für

betroffene Ausgesperrte — können wir die Wirksamkeit dieses Gesetzes in Berlin (West) nicht verhindern.

Wer einer weitgehenden politischen Autonomie von Berlin (West) das Wort redet, kann und darf nicht ausblenden, daß im Umland von Berlin (West) in der DDR, keine demokratischen Strukturen existieren. In der Systemkritik nicht einäugig zu sein, sondern politische Werte und Grundhaltungen gleichermaßen gegenüber »Ost« wie »West« zu praktizieren, ist wesentliches und unverzichtbares Fundament linker und alternativer Politik. Hierzu zählen die Freiheit der öffentlichen Kritik, Debatte und Auseinandersetzung; die Autonomie und Selbstorganisation der Betroffenen; Versammlungsfreiheit und Demonstrationsrecht; Parteienpluralität und die Freiheit der politischen Opposition. Wer die Situation in der DDR hinsichtlich dieser demokratischen Grundwerte einigermaßen realistisch einschätzt, kommt, ohne ein »kalter Krieger« zu sein, zu dem Schluß, daß Berlin (West) einen anderen politischen Weg gehen muß als sein Umland, einen Weg, der friedlich aber nachdrücklich abgesichert werden muß.

Wir selbst sehen die langfristige politische Perspektive von Berlin (West) in einer Garantie, als entmilitarisiertes elftes Bundesland die Sicherheit einer selbstbestimmten Entwicklung zu bekommen. Dabei haben wir als eine Voraussetzung die Zurückdrängung des Einflusses der Supermächte auf Europa formuliert, also auf eine Entwicklung, in der die Völker Europas selbst den Frieden garantieren, gesetzt, und verstehen unter Entmilitarisierung nicht nur das Ende der militärischen Präsenz der Besatzungsmächte, sondern auch, daß diese Perspektive für uns nur akzeptabel ist, wenn Berlin (West) dabei weder in den Einzugsbereich der Bundeswehr gerät noch unmittelbar NATO-Gebiet wird.

Unabhängig von dieser langfristigen Perspektive treten wir dafür ein, die Entmilitarisierung von Berlin (West) hinsichtlich der militärischen Präsenz der Besatzungsmächte unmittelbar voranzutreiben. Zwischen dem »äußeren Status« — Sicherung von Berlin nach außen — und dem »inneren Status« kann und muß nämlich differenziert werden.

Hinsichtlich des »inneren Status« wäre ein erster Schritt zu einer tatsächlichen Veränderung der Situation eine Erklärung der Alliierten, sich in Zukunft einer Einwirkung in innenpolitische Angelegenheiten der Stadt zu enthalten. Damit würde Berlin ein größeres Maß an Selbständigkeit gegeben, der Status jedoch nicht tangiert. Die Erklärung über Berlin vom 5. Mai 1955, welche die im politischen Normalfall von den Alliierten ausgeübten Rechte normiert, läßt solche Änderungen ausdrücklich zu.

Ein nächster Schritt wäre — in Verbindung mit der Reduzierung der militärischen Präsenz der Alliierten — die Schaffung eines Besatzungsstatuts für Berlin, das nicht nur nach innen größtmögliche Souveränität gewährt, sondern weiterhin die militärische Präsenz als Mittel der politischen Sicherung abbaut. Dies könnte ähnlich dem Besatzungsstatut gestaltet werden, wie es von 1949-1955 für die Bundesrepublik in Kraft war. Dies würde die Auflösung der Militärregierungen und statt dessen die Einrichtung einer Alliierten Hohen Kommission (3 Hohe Kommissare) bedeuten, also die tatsächliche Entmilitarisierung von Berlin (West).

Diese von uns anvisierten Entwicklungsmöglichkeiten werden nur im harten Kon-

flikt mit der gegenwärtigen Politik der USA durchgesetzt werden können, weil der politische Status der Stadt von dort noch immer als eine Garantie gegen bundesdeutsche Sonderwege zwischen den Blöcken betrachtet wird. Dieser Weg wird nur gangbar sein, wenn er in einen Prozeß eingebettet ist, der sich in ganz Europa vollziehen muß, Berlin ist nicht der Nabel der Welt. Und so sehr wir dabei auch den Dialog mit den Regierungen wollen und suchen, werden die gesellschaftlichen und sozialen Bewegungen in Ost und West diesen Prozeß zu tragen haben, sie sind dabei unsere wichtigsten Bündnispartner.

Hans Willi Weitzen

Eigenständiges Westberlin oder elftes Bundesland?

Zur Berlin-Diskussion der Alternativen Liste

Nicht nur in der Berliner Sozialdemokratie, die dem Nürnberger Parteitag dazu einen leider unter Wert befaßten Antrag vorgelegt hat¹, sondern auch in der Alternativen Liste wird über Berlin und Deutschland seit einiger Zeit intensiv diskutiert. Das Wahlprogramm 1985² der Alternativen Liste wird in deren Diskussion vor allem von zwei konträren Gruppen weiter konkretisiert. Im Oktober 1986 hat die »Mittwochrunde« zwanzig Thesen publiziert³, die auf ein eigenständiges Westberlin orientieren. Im Februar 1987 setzte die »Initiative« ihre Thesen dagegen⁴, die auf Berlin (West) als elftes Bundesland hinauslaufen. Augenblicklich dauert die Diskussion an, ohne daß sich deren Resultat schon absehen läßt. Inwieweit unterscheiden sich nun sozialdemokratische und alternative Positionen zu Groß-Berlin, Berlin (Ost), Berlin (West), dessen Bindung an die Bundesrepublik und Beziehungen zum Umland sowie zum Viermächtestatus von Berlin?

1. Groß-Berlin — nicht länger Hauptstadt im Wartestand

»Berlin«, so ist im Wahlprogramm der Alternativen Liste zu lesen, »ist eine Insel.« (AL/8) Offensichtlich ist damit nur Berlin (West) gemeint. Eine prinzipielle Aussage zur Perspektive von Groß-Berlin fehlt.

»Berlin verlor seine Funktion als Hauptstadt aller Deutschen.« (M/1) Davon geht die Mittwochrunde aus und wendet sich zugleich scharf gegen konservative Illusionen. »Die politische Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte mit der Herausbildung zweier deutscher Staaten verbietet es, Westberlin als 'Hauptstadt im Wartestand' und nationale Aufgabe zu erklären. Die Stadt muß endlich Abschied nehmen von den Illusionen und Lebenslügen der Nachkriegszeit und sich eine eigene Identität und neue Aufgaben schaffen.« (M/6) Diese Auffassung wird auch von der Initiative geteilt.

»Berlin (West) ist keine Hauptstadt und soll auch nicht anstreben, Teil einer neuen zu werden.« (I/I,1.) Damit unterscheiden sich beide alternative Positionen von konservativen und stimmen mit der sozialdemokratischen Auffassung überein. »Berlin (West) gerät ... in Widerspruch zur Realität, wenn es sich unter den gegebenen Bedingungen als abgetrennter Teil einer gesamtdeutschen Hauptstadt versteht.« (SPD/6) Sozialdemokratischer und alternativer Position sind der Abschied von überkommener Rhetorik und die Suche nach neuer Perspektive gemeinsam.

2. Berlin (Ost) — funktional Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik

Hinsichtlich Berlin (Ost) macht das Wahlprogramm der Alternativen Liste zwar auch keine prinzipielle Aussage, fordert aber konkret, daß »überholte Rechtsansprüche, wie sie in der Verfassung von Berlin formuliert werden, aufgegeben werden. (...) Diese Verfassung beansprucht, für Groß-Berlin mit 20 Bezirken zu gelten ... Faktisch wird sie aber nur in den 12 West-Berliner Bezirken angewendet. Die Verfassung und die Landesgesetze ... sind so zu verändern, daß ... nicht länger eine fiktive Zahl von Mandaten für Abgeordnete aus Ost-Berlin freigehalten wird.« (AL/326)

Die Mittwochsrunde beschreibt in problematischer Weise Berlin (Ost) heute. »Der sowjetische Sektor Berlins war nach der Teilung der Stadt in die DDR integriert und zur Hauptstadt der DDR ausgebaut worden.« (M/3) Die Initiative fordert »die Anerkennung der Funktion Ost-Berlins als Hauptstadt der DDR« (I/II,1.) Letzteres deckt sich fast mit der sozialdemokratischen Position. »Unbeschadet des Status von Berlin ist Berlin (Ost) funktional und städtebaulich zur Hauptstadt der DDR geworden.« (SPD/6) Sozialdemokraten wie Alternative beschränken sich hier darauf, eine unbestreitbare Funktion zu beschreiben, ohne etwas zum Status von Berlin (Ost) perspektivisch auszusagen. Lediglich als Utopie wird gelegentlich von sozialdemokratischer Seite einmal daran gedacht, daß Berlin (Ost) zukünftig ohne Vorbehalte, also nicht nur de facto, sondern auch de jure, einmal Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik sein könnte⁵.

3. Berlin (West) — eigenständig oder elftes Bundesland?

3.1 Bindungen an die Bundesrepublik

Im Wahlprogramm stellt die Alternative Liste erfreulich klar fest, daß Berlin (West) »mit der BRD verbunden« und »jede Lösung auf der Grundlage einer Drei-Staaten-Theorie ... politisch und ökonomisch unsinnig ist« ist (AL/316). Die Deutsche Demokratische Republik soll diese Bindungen zukünftig nicht in Frage stellen. »Die DDR muß akzeptieren, daß die West-Berliner ihre Stadt nicht als autonome Enklave verstehen, sondern ihre politischen und wirtschaftlichen Bindungen und Verbindungen mit der Bundesrepublik Deutschland gewahrt und garantiert sehen wollen.« (AL/322) Merkwürdig mutet die folgende Forderung an, daß neben den Alliierten auch die DDR diese Bindungen garantieren soll (AL/325). Wie die bestehenden Bindungen weiter

entwickelt werden sollen, verrät uns die Alternative Liste nicht. Sie ist hierin konzeptionslos.

Die Mittwochrunde will »bei enger gewachsener Bindung zur Bundesrepublik« (M/Präambel) eine eigenständige Politik Westberlins und verläßt mit ihrem Konzept den Rahmen des Wahlprogramms der Alternativen Liste. »Die bestehende Anpassung an die herrschende Politik der Bundesrepublik verurteilt langfristig jede weitere Umgestaltung zur Unwirksamkeit. Deshalb muß eine eigenständige, alternative Politik damit beginnen, bei der Übernahme von Bundesgesetzen ihre jeweilige sachliche Kritik anzumelden, schlechte Gesetze abzulehnen und ebenso dafür zu arbeiten, daß eigene und bessere Gesetze in Westberlin zur Anwendung gelangen.« (M/8) Damit wird das Dritte Überleitungsgesetz vom 4. Januar 1952 aufgekündigt, mit dessen Übernahme sich Berlin verpflichtet hat, Bundesgesetze binnen Monatsfrist zu übernehmen, und in dem sich der Bund zu milliardenschwerer Berlinhilfe verpflichtet hat. Die Mittwochrunde stellt hier über die Hälfte des Haushaltes von Berlin (West) leichtfertig zur Disposition. Neben einer eigenständigen Innenpolitik verlangt sie zudem eine eigene Außenpolitik. »Eine auf der statusmäßigen Sonderrolle beruhende Politik Westberlins muß sich auch in einer eigenen Außenpolitik ausdrücken.« (M/14) Tatsächlich schließt der Status dies derzeit gerade aus. Eine eigene Außenpolitik würde Rechte in Frage stellen, die sich die Alliierten in der Erklärung vom 5. Mai 1955 ausdrücklich vorbehalten haben. Zudem würden Regelungen des Viermächteabkommens gefährdet, nach denen die Bundesrepublik West-Berliner konsularisch betreut, ihre Verträge auch auf Berlin (West) ausgedehnt und Westberliner gemeinsam mit Bundesbürgern in den internationalen Austausch einbezogen werden können. Aus sozialdemokratischer Sicht ist die Position der Mittwochrunde nicht akzeptabel.

Im Unterschied zur Mittwochrunde geht die Initiative vom Wahlprogramm der Alternativen Liste aus und stellt die Bindungen an die Bundesrepublik nicht in Frage. »Berlin (West) kann Stadtentwicklungspolitik nach innen und außen nur formulieren, wenn es auf der Grundlage der entwickelten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zugehörigkeit zur Bundesrepublik sein besonderes Verhältnis zur DDR ... definiert.« (I/I,2.) Indirekt spricht die Initiative auch das Dritte Überleitungsgesetz mit an. »Der Versuch, ohne Bundeshilfe auszukommen, würde jeden politischen Spielraum hier zur Veränderung und Verbesserung der Lebensbedingungen nehmen. Die möglichst große Mobilität der Menschen, auch der Austausch mit dem Bundesgebiet, ist aber nicht nur erzwungen, sondern im Interesse der Lebensfähigkeit der Stadt auch anzustreben. Von daher müssen aber auch gleiche oder vergleichbare Rahmenbedingungen vorhanden sein, die eine weitgehende Übereinstimmung der Gesetze einschließt.« (I,I,4.) Aber auch die Initiative findet dann nicht den Mut, sich entgegen manchen Stimmungen unter der alternativen Klientel konsequent für die Rechtseinheit mit der Bundesrepublik zu entscheiden. »Die für die Bindung an die BRD notwendige Rechtseinheit wird im Grundsatz anerkannt. Das Recht der freigewählten Abgeordneten der AL, bei der Gesetzesübernahme ... bei politischen Grundkonflikten mit der Bonner Parlamentsmehrheit gegen die Übernahme von Bundesgesetzen zu stimmen, bleibt davon unberührt.« (I,II,2.1.) Dies ist logisch nicht einsichtig und widerspricht

vollends der langfristigen Orientierung der Initiative auf Berlin (West) als elftes Bundesland. »Die langfristige politische Perspektive für Berlin (West) liegt ... in einer Garantie, als entmilitarisiertes elftes Bundesland die Sicherheit der selbstbestimmten Entwicklung zu bekommen.« (I,II,1.) Mit diesem Ziel markiert die Initiative den Gegenpol zur Mittwochsrunde, der anscheinend eine Variante der selbständigen politischen Einheit fast im Sinne der Drei-Staaten-Theorie vorschwebt.

Aus sozialdemokratischer Sicht ist sinnvoll nur über die Position der Initiative zu diskutieren. Ob Berlin (West) langfristig einmal ein elftes Bundesland sein wird, hängt nicht zuletzt davon ab, ob es gelingt, eine europäische Friedensordnung zu verwirklichen, welche über die gegenwärtige Konfrontation zweier Blöcke in Berlin, Deutschland und Europa hinausführt. Mittelfristig gilt es, ein Konzept für die Entwicklung der Bindungen an die Bundesrepublik zu entwickeln. Die Alternative Liste hat derzeit keines, die Berliner Sozialdemokratie erst in Ansätzen.

3.2 Beziehungen zum Umland

Im Wahlprogramm fordert die Alternative Liste bessere Kontakte und stärkere Kooperation mit der Deutschen Demokratischen Republik. Sie tritt beispielsweise für Konsultationen der Fachverwaltungen des Senats und des Magistrats über Probleme des Umweltschutzes, der Stadtentwicklung und der Kultur ein, ferner für gemeinsame Konsultationen der Stadtparlamente und für Partnerschaften zwischen Bezirken (vgl. AL/327f.). Die Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik stehen im Zentrum der Thesen der Mittwochsrunde. »Die Angst vieler Menschen in Westberlin vor einem Zugriff aus dem Osten, die mit antikommunistischen Doktrinen kräftig geschürt wurde, ist bisher mit einer totalen Anpassung an die Bundesrepublik und die 'Schutzmächte' beantwortet worden. Eine Politik der Selbstregierung Westberlins muß mit der Überzeugungsarbeit verbunden werden, daß nur politische Garantien die bestehenden gesellschaftlichen Grundlagen der Stadt aufrechterhalten können. Politische Garantien sind aber nicht ohne die zustimmende Haltung der östlichen Staaten und der Sowjetunion zu haben. Eine gesicherte Entwicklung der Stadt ist an ein gutnachbarschaftliches Verhältnis besonders zur DDR gebunden.« (M/11) Zahlreiche Probleme vom Umweltschutz über die Naherholung bis zum Handel will die Mittwochsrunde mittels einer eigenständigen Außenpolitik gegenüber einer völkerrechtlich anerkannten Deutschen Demokratischen Republik lösen (vgl. M/14). »Um einen gleichberechtigten Umgang mit der DDR zu erreichen, muß ein grundsätzliches Umdenken erfolgen, das darauf verzichtet, das westliche System als das überlegene anzusehen. Eine anhaltende Normalisierung wird nicht möglich sein, solange versucht wird, die östlichen Gesellschaften zu verteufeln oder zu versuchen, die Menschen dort gegen ihre Regierungen zu mobilisieren. Natürlich heißt das nicht, Kritik zu verschweigen oder solidarische Anstrengungen gegenüber Verfolgten zu unterlassen. Beide Seiten können voneinander lernen, statt danach zu trachten, sich zu überwinden. Dies ist ein Gebot der Vernunft.« (M/15) Vage redet die Mittwochsrunde von tragfähigen Abmachungen mit der DDR (M/12), verheißt goldene Zeiten im Falle eines auch nach Osten entwickelten Handels

(M/20). Konkrete Vorschläge für Verträge mit der anderen Seite entwirft sie nicht. — Im Unterschied zur Mittwochsrunde kritisiert die Initiative die DDR scharf. »Naiv und gefährlich wäre es jedoch, würden wir übersehen oder gar relativieren wollen, daß insbesondere in der DDR sogar jeder öffentliche und politische Raum fehlt, um politische Alternativen zu formulieren. Geradezu pervers wäre es, aus der staatlichen Repression von politisch-gesellschaftlichen Alternativen zu schließen, es gäbe in der DDR gar keine inneren Veränderungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten. Allein die Tatsache, daß die Politik der AL in der DDR als staatsgefährdend klassifiziert wird, sollte zweierlei klarmachen: Berlin (West) muß einen anderen politischen Weg gehen als sein 'Umland' und dieser andere Weg muß friedlich, aber nachdrücklich abgesichert sein.« (I,I,2.) In unterschiedlichen Einschätzungen der Deutschen Demokratischen Republik sieht die Initiative die Ursache der berlinpolitischen Kontroverse innerhalb der Alternativen Liste. Konkret schlägt sie Verbesserungen des Reiseverkehrs vor (I,II,2.2.), regt Vereinbarungen über Umweltprojekte an (I,II,2.3.) und relativiert zu Recht die unbestimmten Hoffnungen z.B. der Mittwochsrunde auf den Handel mit der DDR (I,I,4.).

Aus sozialdemokratischer Sicht sind weitere Verträge, mit denen die erste Phase der Entspannung fortgeführt wird, grundsätzlich wünschenswert. Die zumeist detaillierteren und zahlreicheren sozialdemokratischen Vorschläge belegen den sozialdemokratischen Willen, die Beziehungen zum Umland weiterzuentwickeln (vgl. SPD/5f.). »Die Mehrzahl aller mit der DDR getroffenen Vereinbarungen und Verträge bezieht sich auf Berlin (West). Berlin (West) ist damit schon heute einer der wichtigsten realen Verbindungsfaktoren zwischen den beiden deutschen Staaten und damit auch zwangsläufig zwischen den beiden politisch-ideologischen Ordnungssystemen Europas. Der allein aus der Existenz von Berlin (West) folgende Zwang zum modus vivendi verhindert, daß das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zu einem Nicht- oder gar Unverhältnis wie in Korea werden kann. Die hier beschriebene Rolle wird Berlin (West) erst dann wirklich spielen können, wenn der trennende Charakter der Berlin (West) umgebenden Grenzen überwunden sein wird. Erst die Herstellung all der vielfältigen Beziehungen, die jede große Stadt mit ihrem Umland verbinden, kann für Berlin (West) Normalität schaffen. Das wird nur Schritt für Schritt möglich sein.« (SPD/6)

4. Viermächte-Status — ein Buch mit sieben Siegeln?

Im Wahlprogramm stellt die Alternative Liste die Viermächterechte nicht prinzipiell in Frage, die nach westlicher Rechtsauffassung bis heute für Groß-Berlin bestehen. Sie fordert allerdings Änderungen. »Die Garantien der Alliierten für den Status von Berlin und damit auch ihre Präsenz in der Stadt sind solange notwendig, wie eine europäische Lösung und friedensvertragliche Regelung für beide deutsche Staaten und Berlin nicht existieren. Für uns bedeutet das, daß wir das Besatzungsstatut in der heutigen Form nicht mehr akzeptieren. Wir fordern Verhandlungen mit dem Ziel, daß die Alliierten den äußeren Status der Stadt garantieren, aber in die inneren politischen Verhältnisse nicht mehr eingreifen. Zur Garantie der äußeren Sicherheit ist die Anwesenheit von

alliierten Truppen aber nicht notwendig.« (AL/324f.) Wer da nun mit wem verhandeln soll, bleibt unklar. Die merkwürdige Wortwahl zeigt zudem, daß der Viermächtestatus im Kern nicht verstanden worden ist. Dieser Mangel wird mit einer allgemeinen Zustimmung zum Viermächte-Abkommen kaschiert. »Das Viermächteabkommen von 1971 ist für uns wesentlicher und akzeptierter Ausgangspunkt von Berlin-Politik.« (AL/324)

Die bislang noch ausstehende prinzipielle Auseinandersetzung mit der Rechtslage Berlins ermöglicht dann auch problematische Konzepte wie das der Mittwochsrunde. »Ein gravierendes Hindernis auf dem Weg zu einer selbstbewußten, selbständigen Politik Westberlins stellt das anachronistische Besatzungsrecht dar. 40 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges ist es absurd und niemandem vermittelbar, wenn die Entwicklung Westberlins jederzeit durch Einsprüche der westlichen Mächte aufgehalten werden kann. Auch für die Westberliner/innen muß das Recht auf selbstbestimmte Entscheidungen Gültigkeit haben. Es ist dringend an der Zeit, daß die Westalliierten mit dem Senat einen Vertrag schließen, der das Besatzungsregime rechtlich und faktisch beendet.« (M/9) Selbständiges Handeln nach innen und außen (vgl. M/9 und 14) soll dann folgen. Lediglich symbolische Kontingente alliierter Truppen sollen verbleiben (M/10).

Die Initiative hingegen will das Besatzungsregime nicht beenden, sondern verändern und kommt damit nahe an die sozialdemokratische Position heran. »Zwischen dem 'äußeren Status' — Sicherung Berlins nach außen — und dem 'inneren Status' muß differenziert werden. Hinsichtlich des 'inneren Status' wäre ein erster Schritt zu einer tatsächlichen Veränderung der Situation eine Erklärung der Alliierten, sich in Zukunft einer Einwirkung in innenpolitische Angelegenheiten der Stadt zu enthalten. Damit würde Berlin ein größeres Maß an Selbständigkeit gegeben, der Status jedoch nicht tangiert.« (I/II,2.5.) Die etwas intensivere Auseinandersetzung mit dem Viermächtestatus führt bei der Initiative dazu, daß sie wie die Sozialdemokraten eine Selbstbindung der Alliierten fordert. »Die Sicherung der Freiheit von Berlin (West)« — so die Berliner Sozialdemokraten in ihrem einstimmigen Beschluß vom 20./21. Juni 1986 — »ist die eigentliche Legitimation für den besatzungsrechtlichen Status der Stadt. In dieser Funktion liegt aber zugleich eine Begrenzung der Handhabung der aus dem Status abgeleiteten Rechte der ehemaligen Siegermächte. Die Handhabung bedarf deshalb einer den Grundsätzen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit verpflichteten Selbstbindung der drei Mächte, die die Rechte der Gebietskörperschaft Berlin und seiner Bürger im Verhältnis zu anderen Ländern der Bundesrepublik um keinen Handbreit weiter einschränkt, als durch die Gewährleistung der äußeren Sicherheit zwingend geboten ist.« (SPD/6) Im Unterschied zur Alternativen Liste schlägt die Berliner Sozialdemokratie ein gutes halbes Dutzend konkreter Mindestanforderungen für diese Selbstbindung vor. Die Initiative bleibt hier ohne Aussage. Über eine Erklärung der Alliierten hinaus will sie mittelfristig ein Besatzungsstatut. »Ein nächster Schritt wäre — in Verbindung mit der militärischen Präsenz der Alliierten — die Schaffung eines Besatzungsstatuts für Berlin, der nicht nur nach innen größtmögliche Souveränität gewährt, sondern weiterhin die militärische Präsenz als Mittel der politischen Sicherung

abbaut. Dies könnte ähnlich dem Besatzungsstatut gestaltet werden, wie es von 1949-1955 für die Bundesrepublik in Kraft war. Dies würde die Auflösung der Militärregierungen und statt dessen die Errichtung einer Alliierten Hohen Kommission (3 Kommissare) bedeuten, also die tatsächliche Entmilitarisierung von Berlin (West).« (I/II,2.5.) Darüber sollte auch von sozialdemokratischer Seite diskutiert werden können. Das Konzept der Mittwochsrunde hingegen ist derzeit illusorisch.

5. Fazit: Für eine Debatte zwischen Sozialdemokraten und Alternativen

Damit Sozialdemokraten und Alternative sinnvoll debattieren können, ist zunächst eine Klärung innerhalb der Alternativen Liste notwendig. Die hier behandelten Fragen sind nicht irgendwelche verschrobene Einzelheiten, sondern betreffen die Grundlagen jedweder politischen Aktivität in und für Berlin (West). Konsens besteht in beiden Parteien darüber, daß Groß-Berlin nicht länger als Hauptstadt im Wartestand gesehen werden darf. Ferner auch darüber, daß Berlin (Ost) mittlerweile funktional Hauptstadt der DDR geworden ist. Dissens besteht zwischen Sozialdemokraten und denjenigen Alternativen, die die Bindungen an den Bund schwächen oder in Frage stellen wollen. Konsens wiederum besteht zwischen Sozialdemokraten und den Alternativen, die in realistischer Weise weitere Verträge mit der anderen Seite anstreben und denen, die eine Selbstbindung der Alliierten bei der Wahrnehmung ihrer Rechte in der Stadt anstreben. Über den Weg dorthin sollte gemeinsam diskutiert werden. Vor einer solchen Diskussion aber muß in der Alternativen Liste Kenntnis und Klarheit über die Rechtslage der Stadt herrschen. Eine ernsthafte Auseinandersetzung der Alternativen Liste mit dem Viermächte-Status steht bislang noch aus. Ausgehend vom Viermächte-Status läßt sich nur mit uneingeschränkter Zustimmung zu den Bindungen ein Geflecht von Beziehungen zum Umland entwickeln. Neben der Klärung der eigenen Position muß von der Alternativen Liste zudem eine ernsthafter als bisher⁶ geführte Auseinandersetzung mit den sozialdemokratischen Positionen⁷ geleistet werden. Es reicht nicht aus, sich mit den nun wirklich selten zukunftsweisenden Positionen der Union zu beschäftigen⁸.

Anmerkungen

- 1 Vgl. SPD-Berlin (Hrsg.), Dokumentation: Für eine neue Stufe der Entspannungspolitik und eine europäische Friedensordnung. Beschluß des Landesparteiorgans der SPD-Berlin vom 20./21. Juni 1986, Berlin (West) (1987), fortan zitiert als SPD und mit Seitenzahl.
- 2 Alternative Liste (Hrsg.), Wahlprogramm der Alternativen Liste 1985, Berlin (West) o.J., fortan zitiert als AL und mit Seitenzahl.
- 3 Die Mittwochsrunde, 20 Thesen zu Westberlin. Nicht nationale Aufgabe, sondern Brücke des Friedens zwischen Ost und West. Berlin (West) 22.10.1986, Ms., fortan zitiert als M mit Nummer der jeweiligen These.
- 4 Initiative für eine alternative Berlinpolitik, Berlin (West) Februar 1987, Ms., fortan zitiert als I mit Nummer der jeweiligen These und Unterthese.
- 5 Vgl. Gerd Heimann, Berlin (Ost) ist ohne Vorbehalte die Hauptstadt der DDR und Berlin (West) ohne Einschränkungen ein Land der Bundesrepublik, in: Berlin in 50 Jahren, Sonderdruck Volksblatt Berlin, 26.4.1987, S.7.
- 6 Völlig unzureichend und überheblich ist z.B. Johann Müller-Gazurek/Brigitte Rückert/Thomas Fruth, Grundsatzpapier der AL zur Friedenspolitik, in: Stachel, September 1986.
- 7 Vgl. zum Berliner Antrag: Hans Willi Weizen, Sozialdemokratische Entspannungspolitik — weiterentwickeln oder aufgeben?, in: spw 32, 9. Jg., Berlin (West) Sept. 1986, S.275ff.
- 8 Vgl. z.B. Dirk Schneider, »Eine Stadt namens 'Westberlin' gibt es nicht«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 33.Jg. H 3, Köln. März 1987, S.335-346.

Andreas Wehr

Zwischen allen Fronten

Zur Deutschlandpolitik der Grünen

Programmatische Aussagen zur Deutschlandpolitik finden sich bei den Grünen kaum. Eine Ausnahme dabei bildet die Alternative Liste Berlin, deren Wahlprogramm von 1985 gleich zwei unterschiedliche deutschlandpolitische Aussagen enthält. Im Bundesprogramm der Grünen wird das Verhältnis der beiden deutschen Staaten nur im Zusammenhang mit der geforderten Auflösung von NATO und Warschauer Vertrag angesprochen: »Damit wird die Grundlage geschaffen, um die Teilung Europas und damit auch die deutsche Teilung zu überwinden.«¹

Ebenfalls im Zusammenhang mit der geforderten Auflösung der Militärblöcke, aber ohne die Absicht, die deutsche Spaltung zu überwinden, finden sich im Wahlprogramm von 1987 schon etwas genauere Aussagen zu den deutschlandpolitischen Zielen der Grünen: »Der Existenz zweier deutscher Staaten tragen wir durch die völkerrechtliche Anerkennung der DDR einerseits und die Selbstanerkennung der Bundesrepublik andererseits Rechnung. Selbstanerkennung der Bundesrepublik heißt, den Selbstbetrug gesamtdeutscher Identität zu beenden und die Herausbildung einer unabhängigen demokratischen Identität voranzutreiben. Die völkerrechtliche Anerkennung der DDR bedeutet die unzweideutige Aufgabe aller territorialen und staatlichen Alleinvertretungsansprüche der Bundesrepublik.«²

Die Ursachen für diese recht spärlichen programmatischen Aussagen zur Deutschlandpolitik liegen sicherlich nicht im Desinteresse an dieser Thematik. Das Verhältnis zwischen Ost und West und zwischen den beiden deutschen Staaten hat vielmehr im Zusammenhang mit der Diskussion über die Aufstellung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen seit Herausbildung der Grünen immer eine wichtige Rolle gespielt. Diese programmatische Abstinenz sollte vielmehr in Verbindung mit den allgemeinen Problemen der Grünen bei der Erarbeitung programmatischer Inhalte gesehen werden, entsprechend der Geschichte der Grünen stehen immer noch die Ausarbeitungen zu den Themen Ökologie, Frauen, demokratische Rechte und Frieden im Mittelpunkt, so hat auch die Diskussion über eine alternative Wirtschaftspolitik erst kürzlich begonnen.

Die Schwierigkeiten mit der Deutschlandpolitik haben ihre Ursachen aber auch in der bisher noch lange nicht ausgetragenen Kontroverse über die Inhalte grüner Deutschlandpolitik. Dabei kann von drei deutschlandpolitischen Ansätzen ausgegangen werden³, die sich allerdings nicht immer klar voneinander trennen lassen.

Da ist zunächst der bewegungspolitische Ansatz zu nennen, der vor allem in den ersten Jahren der Grünen eine zentrale Rolle spielte. Entsprechend einer Partei, die sich aus Protestbewegungen herausentwickelte, glaubte man, diesen Ansatz auch auf die DDR übertragen zu können. Vor allem kirchliche Friedensgruppen in der DDR sollten

durch spektakuläre Protestaktionen (z.B. von Petra Kelly auf dem Alexanderplatz) unterstützt werden. Diese »Deutschlandpolitik von unten« verzichtet ausdrücklich auf programmatische Festlegungen, sie stützt sich ganz auf »die Bewegung«. Ihre offensichtliche Erfolglosigkeit (Einengung des Spielraums der kirchlichen Friedensgruppen in der DDR, langjährige Einreiseverbote für Politiker der Grünen) und die Notwendigkeit, als drittstärkste Bundestagspartei, normale Kontakte auch mit der Führung der DDR zu unterhalten, ließen den bewegungspolitischen Ansatz inzwischen ein wenig in den Hintergrund treten. Gleichwohl wurde sein Anliegen noch in das Bundestagswahl-Programm 1987 übernommen: »Die Grünen unterstützen solidarisch die Anstrengungen demokratischer Bewegungen und Menschen in Osteuropa (wie z.B. Charta 77, Dunkör, Schwerter zu Pflugscharen), gegen die Aufrüstung und die Allmacht der staatlichen Apparate elementare Menschenrechte durchzusetzen.«⁴

Von größerer programmatischer Bedeutung ist hingegen der nationalpolitische Ansatz, der von einer großen Minderheit bei den Grünen vertreten wird. In der Berliner AL beherrscht diese Richtung die Arbeitsgruppe Berlin- und Deutschlandpolitik, die ihre Ansichten als Minderheitsvotum auch im Wahlprogramm der AL von 1985 platzieren konnte. Der nationalpolitische Ansatz ist Ausdruck der bereits in den siebziger Jahren erfolgten Wiederentdeckung der nationalen Frage durch einen Teil der Neuen Linken. Seine wichtigsten programmatischen Dokumente⁵ wurden daher nicht nur von Mitgliedern der Grünen, sondern auch von einigen unabhängigen Persönlichkeiten und auch von einzelnen Sozialdemokraten (u.a. von Theodor Schweisfurth und Tilman Fichter) unterzeichnet. In seinem Protest gegen die »Herrschenden in Ost und West« besitzen der bewegungspolitische und der nationalpolitische Ansatz wichtige Berührungspunkte, die in der parteiinternen Debatte oftmals zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die sogenannten Realpolitiker führt.

Dem gegenwärtig wohl von der Mehrheit der Grünen und der Berliner AL getragenen realpolitischen Ansatz wird vorgeworfen, eine zynische Politik an den Menschen vorbei und eine verkappte sozialdemokratische Entspannungspolitik zu betreiben. In der Tat sind in die Vorstellungen des realpolitischen Ansatzes viele sozialdemokratische Ideen zur Entspannungspolitik eingegangen, obgleich die Forderungen oft weit über das gegenwärtig von der SPD Geforderte hinausgehen.⁶

Im Folgenden sollen der realpolitische und der nationalpolitische Ansatz im Vergleich dargestellt werden. Der bewegungspolitische Ansatz soll hier mangels eigener programmatischer Festlegungen vernachlässigt werden.

Gesamtdeutschland

Im realpolitischen Selbstverständnis ist die Teilung Deutschlands im wesentlichen das Resultat einer fehlgeleiteten Nationalstaatsentwicklung, die auf Grund der Lage und der Größe des Deutschen Reichs fast zwangsläufig in die Katastrophe führen mußte⁷. Die Eigenverantwortung der Deutschen an der Spaltung ist daher sehr groß. Die Existenz zweier deutscher Staaten entspreche auch den Lebensinteressen der Nachbarländer, deren Erfahrungen nach zwei Weltkriegen nicht länger mißachtet werden dürften.

Im Gegensatz dazu sieht der nationalpolitische Ansatz die deutsche Teilung fast ausschließlich durch die Politik der Supermächte verursacht und damit fremdbestimmt: »Mit einer Konzeption eines umfassenden militärischen Rückzugs der Supermächte aus ihren Hegemonialbereichen stoßen wir wiederum auf den Kern der europäischen Sicherheitsfrage: die ungelöste deutsche Frage.«⁸

Aus dieser unterschiedlichen Sichtweise der deutschen Spaltung ergeben sich demnach auch sehr unterschiedliche Aussagen über die Perspektive der beiden deutschen Staaten bzw. über ihr Verhältnis zueinander.

Bundesrepublik Deutschland

Beide Ansätze wenden sich fast einhellig gegen den juristisch konservierten Anspruch der Bundesrepublik, als Nachfolgestaat des Deutschen Reiches auftreten zu können. Die polnische Westgrenze wird in diesem Zusammenhang als endgültige Grenze ohne jeglichen Vorbehalt auch hinsichtlich einer friedensvertraglichen Regelung anerkannt. Vom realpolitischen Ansatz wird darüber hinaus auch ausdrücklich die »Selbstanerkennung«⁹ der Bundesrepublik, d.h. vor allem ein eigenes Staatsbürgerrecht und die Streichung des Wiedervereinigungsgebots im Grundgesetz, verlangt.

Da der nationalpolitische Ansatz die Perspektive in einer Konföderation oder ähnlichen Lösung sieht, geht er naturgemäß nicht so weit. Das Wiedervereinigungsgebot wird dort von einigen Vertretern sogar zur Legitimation der eigenen Position herangezogen.

Deutsche Demokratische Republik

Ähnlich unterschiedliche Positionen vertreten die beiden Ansätze auch bei ihren Einschätzungen gegenüber der DDR. Übereinstimmend kritisieren sie den dort vorhandenen eklatanten Mangel an persönlichen Freiheitsrechten. Jeder Ansatz verspricht mit der Befolgung seiner Vorschläge eine Wandlung der Verhältnisse: Der realpolitische erhofft sich von einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR auch den Abbau eines Drucks, der jede innere Entwicklung blockiert. Der nationalpolitische kann sich hingegen einen Wandel nur bei Abbau der Präsenz der Supermächte und bei ersten Schritten in Richtung einer Wiedervereinigung vorstellen: »Die nationale Spaltung wirkt daher konterrevolutionär und konterreformatorisch in beiden deutschen Gesellschaften, und die Herrschenden auf beiden Seiten wissen dies durchaus zu schätzen.«¹⁰

Verhältnis beider deutscher Staaten

Auf der Grundlage dieser unterschiedlichen Sichtweisen werden denn auch verschiedene Konsequenzen für das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander gefordert. Die einen sprechen von der Notwendigkeit, das Verhältnis von DDR und Bundesrepublik dem zwischen zwei gleichberechtigten und unabhängigen Staaten anzugleichen. Gefordert wird die Anerkennung der Geraer Forderungen, Streichung des Wie-

dereineigungsgebots, Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften und die Auflösung des innerdeutschen Ministeriums. Die anderen fordern zwar ebenfalls die Gleichberechtigung, wollen aber — mit Blick auf die angestrebte Konföderation bzw. Wiedervereinigung — an den Resten deutsch-deutscher Gemeinsamkeiten festhalten.¹¹

Europa und »große Brüder«

Für den nationalpolitischen Ansatz ist die »Fremdbestimmung« deutscher und europäischer Politik Dreh- und Angelpunkt der deutschen Teilung: »Ebenso unsicher ist die Annahme, man könne innerhalb der bestehenden Blockstrukturen deutsch-deutsche Sonderbeziehungen pflegen, die eines Tages eine neue Qualität erreichen, d. h., das von Zeit zu Zeit beschworene 'Miteinander' herbeiführen sollen.«¹²

Der Abschluß eines Friedensvertrages und der Abzug aller fremden Truppen von deutschem Boden ist daher Bedingung für jede Annäherung der beiden deutschen Staaten.

Der Austritt der Bundesrepublik aus der NATO und der Abzug aller ausländischen Truppen vom Territorium der beiden deutschen Staaten sind auch für die deutschlandpolitischen Realpolitiker von großer Bedeutung und Bedingung für jede weitere Friedenspolitik. Anders jedoch als bei den »Nationalpolitikern« zielen diese Forderungen nicht auf eine größere Bewegungsfreiheit zur Herstellung einer irgendwie gearteten neuen Einheit. Sie stehen vielmehr im Kontext mit den Forderungen nach einseitiger Abrüstung, Anerkennung der Grenzen und »Selbstanerkennung« der Bundesrepublik, gefordert wird eine radikale militärische Entspannungspolitik als Ergänzung zur Entspannung im politischen Bereich.

Europäische Friedensordnung

Der Unterschied zwischen den beiden Ansätzen wird am deutlichsten in der Frage, wie eine europäische Friedensordnung erreicht werden kann.

Für die Realpolitiker ist klar, daß die Anerkennung der deutschen Teilung Voraussetzung für jede europäische Friedensordnung ist: »Die Überwindung der deutschen Teilung als archimedischen Punkt oder auch nur als ein wichtiges Anliegen einer europäischen Friedensordnung zu apostrophieren, bedeutet, letztere zu verhindern.«¹³

Dem steht diametral die Position des nationalpolitischen Ansatzes gegenüber. Danach soll die Überwindung der deutschen Teilung gerade Voraussetzung für eine europäische Friedensordnung sein: »Frieden in Europa ist mit den deutschen Zuständen nicht vereinbar.«¹⁴

Fazit

Auf Grund nur sehr fragmentarischer Programmaussagen zur Deutschlandpolitik ist schwer auszumachen, welcher Ansatz gegenwärtig bei Grünen und AL dominierend ist. Noch schwerer ist eine Aussage über die zukünftige Entwicklung. In der alltäg-

lichen Politik — vor allem in den Äußerungen der Bundestagsfraktion — bestimmen gegenwärtig die Vertreter des realpolitischen Ansatzes den Kurs. Die dort vertretenen Ansichten stehen in ihren Grundstrukturen ohne Zweifel sozialdemokratischen Vorstellungen von Entspannungspolitik sehr viel näher als jeder andere bei den Grünen vertretene Ansatz. Diese Nähe schließt harte Auseinandersetzungen über einzelne Forderungen (Austritt aus der NATO, Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften u.ä.) nicht aus.

Der bewegungspolitische Ansatz ist hingegen nicht vereinbar mit sozialdemokratischen Vorstellungen von Entspannungspolitik, eine solche Tendenz »läuft Gefahr, Entspannungspolitik ernsthaft zu verhindern, indem sie die kommunistischen Parteien auf Gegenkurs bringt. Und sie trägt zur Illegalisierung von Friedens- und Protestgruppen im Ostblock bei.«¹⁵

Der nationalpolitische Ansatz ist in seinen Vorstellungen in den fünfziger Jahren verfangen. Spätestens mit der deutschlandpolitischen Wende der Sozialdemokratie 1960 gibt es keine relevante Kraft in der Bundesrepublik, die solche Lösungen vorschlägt. Auch die DDR hat 1970 endgültig Abschied von einer gesamtdeutschen Lösung genommen. Der nationalpolitische Ansatz reduziert zudem den Systemgegensatz unzulässig auf einen militärisch dominierten Streit der Supermächte auf deutschem Boden. Für die SPD wird es wenig attraktiv sein, mit einer derart rückwärtsgewandten politischen Richtung zusammenarbeiten zu müssen.

Anmerkungen

- 1 Bundesprogramm der Grünen, Bonn, o.J., S.19
- 2 Bundestagswahlprogramm der Grünen, Bonn 1987, S.31
- 3 Ich folge hier der Differenzierung, die Wilfried v. Bredow und Rudolf H. Brocke in ihrem Aufsatz »Dreimal Deutschlandpolitik, Deutschlandpolitische Ansätze der Partei der Grünen« in Deutschland-Archiv Heft 1, Januar 1986 vorgenommen haben.
- 4 Bundestagswahlprogramm ..., S.32
- 5 Zu nennen sind hier vor allem: »Denkschrift: Friedensvertrag — Deutsche Konföderation — Europäisches Sicherheitssystem«, Berlin o.J. (1985), und Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz, Arbeitsgruppe Berlin- und Deutschlandpolitik: »Paktfreiheit für beide deutsche Staaten oder bis daß der Tod uns eint?« Berlin, o.J.
- 6 Vgl. J. Schnappertz, Festgefahren. Die Unhaltbarkeit der Bonner Deutschlandpolitik, in: Kommune, Heft 10/1984, S.10
- 7 Vgl. etwa J. Schmierer, 8. Mai 1945: Das deutsche Weltmachtprojekt gründlich zerschlagen, in: Kommune Nr. 85, 1985, S.5f.
- 8 Denkschrift, a.a.O. «, S.12
- 9 Bundestagswahlprogramm ..., S.31
- 10 Paktfreiheit, a.a.O., S.104
- 11 Vgl. dazu die Ausführungen in der »Denkschrift ...« zur Staatsbürgerschaft in einer deutschen Konföderation, Denkschrift, a.a.O., S.55f.
- 12 Denkschrift, a.a.O., S.6f.
- 13 J. Schnappertz, Zur Deutschlandpolitik der Grünen im Bundestag, in: GRÜNE Rheinland-Pfälzer, Nr. 4, Mai 1985, S.3, zitiert nach v. Bredow und Brocke, a.a.O.
- 14 Paktfreiheit, a.a.O., S.10f.
- 15 Horst Ehmke, Frieden und Freiheit als Ziele der Entspannungspolitik, in: Horst Ehmke, Karlheinz-Koppe, Herbert Wehner (Hrsg.), Zwanzig Jahre Ostpolitik, Bilanz und Perspektiven, Bonn 1986, S.280

Dokumentation

Deutschlandplan der SPD*

Vorbemerkung

Im April 1959 legte die SPD ihren Deutschlandplan vor, der neben der Einrichtung einer Entspannungszone in Mitteleuropa einen Drei-Stufen-Plan zur »politischen und wirtschaftlichen Zusammenführung Deutschlands« enthielt. Die Initiative sollte die für Mai 1960 einberufene Vier-Mächte-Konferenz über Deutschland in Paris beeinflussen. Sie war der letzte Vorschlag der SPD in einer Reihe von Plänen, die nach Wegen zur Wiedervereinigung suchten. Die Resonanz der konservativen und bürgerlichen Kräfte in der Bundesrepublik gegenüber dem Deutschlandplan von 1959 war ebenso schroff ablehnend wie bei allen anderen vorausgegangenen Initiativen der Sozialdemokratie. Adenauer höhnte, »mit Wehner in den Abgrund«, und für den damaligen FDP-Fraktionsvorsitzenden Mende stellte der Plan schlicht die Übernahme des sowjetischen Standpunktes dar.

Im Mai 1960 scheitert die geplante Ost-West-Gipfelkonferenz über Deutschland bereits vor ihrem Beginn. Die Führung der Sozialdemokratie entschließt sich daraufhin zu einem radikalen Kurswechsel: Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Herbert Wehner bekennt sich in seiner Bundestagsrede am 30. Juni 1960 im Namen der Sozialdemokratie zur Westintegration als Rahmen der deutschen Außen- und Wiedervereinigungspolitik. Gut ein Jahr nach Vorlage des Deutschlandplans wird die gesamte Außenpolitik der SPD auf ein neues Gleis geschoben.

Angesichts der seitdem vollzogenen Vertiefung der Spaltung und der festen Etablierung zweier deutscher Staaten sind die im Deutschlandplan enthaltenen Vorschläge zur politischen und wirtschaftlichen Zusammenführung Deutschlands nur noch historische Dokumente. Aktuell blieb hingegen der Grundsatz: »Eine militärische Entspannung in Europa ..., um auch die politischen und wirtschaftlichen Probleme Europas lösen zu können.« So ähneln die konkreten Vorschläge zur Einrichtung einer Entspannungszone in Europa den heute aktuellen Vorschlägen, z.B. dem Palme-Plan. Der Deutschlandplan von 1959 ist es schon auf Grund dieser noch heute bestehenden Aktualität wert, nicht vergessen zu werden.

Andreas Wehr

Das deutsche Volk steht vor einer furchtbaren Gefahr. Wenn sich die vier Großmächte nicht über Berlin verständigen, droht Krieg. Wenn sie sich nur über Berlin verständigen, droht die Teilung Deutschlands endgültig zu werden.

Der sowjetische Vorstoß in der Berlin-Frage und der durch jahrelange Versäumnisse und Fehlspekulationen ermöglichte Friedensvertragsentwurf der Sowjetunion zwingen jetzt jeden zu der Erkenntnis, daß die Teilung Deutschlands den Weltfrieden bedroht.

Die Zeit drängt. Der weitere Verzicht auf das entschlossene Bemühen, die deutsche Frage und das mit ihr untrennbar verbundene Sicherheitsproblem in Europa friedlich zu lösen, wäre gleichbedeutend mit dem Verzicht auf die Anwendung der Vernunft.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands legt aus diesem Grunde der Weltöffentlichkeit ihren Plan vor, dessen Ziel es ist, den Weg endlich für eine Politik des Frie-

* Abgedruckt in: O. Flechtheim, Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland. Dritter Band, Programmatik der deutschen Parteien. Zweiter Teil. Berlin/West 1963, S.154ff.

dens, der Freiheit, der Sicherheit und der sozialen Gerechtigkeit in Europa frei zu machen.

Dieser Plan ist mit auf jenen Vorschlägen aufgebaut, die von der deutschen Sozialdemokratie bereits vor der Berliner Konferenz der Großmächte im Jahre 1954, der Genfer Gipfelkonferenz im Sommer 1955 und der Außenministerkonferenz im Herbst des gleichen Jahres veröffentlicht worden sind.

Damals blieben diese Vorschläge leider unbeachtet. Heute stehen sie unbestreitbar im Mittelpunkt weltweiter Diskussionen.

Die jetzt vorgelegten Vorschläge der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands berücksichtigen auch wesentliche Bestandteile der Vorstellungen zur Entspannung in Europa, wie sie u. a. auch vom Abrüstungsunterausschuß des amerikanischen Senats, von dem amerikanischen Diplomaten Kennan, dem britischen Oppositionsführer Gaitskell, dem früheren belgischen Ministerpräsidenten van Zeeland und dem polnischen Außenminister Rapacki entwickelt worden sind.

Alle diese Vorschläge und Pläne haben eines gemeinsam: Sie streben in Erkenntnis der die Weltpolitik bestimmenden Realitäten zunächst eine militärische Entspannung in Europa an, um auch die politischen und wirtschaftlichen Probleme Europas lösen zu können.

Militärische Entspannung und Sicherheit in Europa

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert die sofortige Einberufung einer Konferenz der vier Großmächte, die nach grundsätzlicher Einigung einer ständigen Kommission unter beratender Teilnahme der Bundesrepublik und der DDR den Auftrag erteilt, Vorschläge für ein europäisches Sicherheitssystem und den Entwurf eines Friedensvertrages mit Gesamtdeutschland auszuarbeiten.

Die zugespitzte West-Ost-Situation läßt die Entspannung in Europa nur noch zu, wenn man sich zu einer schritt- und stufenweisen Regelung der militärischen und politischen Fragen entschließt.

Die SPD hält Vereinbarungen über regionale und kontrollierte Rüstungsbeschränkungen in Mitteleuropa für dringend erforderlich, weil ohne diese die politischen Probleme dieses Raumes nicht zu lösen sind.

Die SPD schlägt vor:

1. Festlegung einer Entspannungszone, die vorerst beide Teile Deutschlands, Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn umfaßt.

2. Innerhalb dieser Entspannungszone und ihrer möglichen Erweiterungen treten Vereinbarungen über die Rüstungsbeschränkungen der nationalen Truppen und über den gleichwertigen Abzug der Fremdruppen der NATO und des Warschauer Paktes in Kraft.

Die nationalen Streitkräfte besitzen keine Atom- und Wasserstoffwaffen. Solche Waffen der im Zonenbereich noch stationierten Fremdruppen werden »eingefroren«, d. h. weder vermehrt noch verstärkt. Nach Abschluß der in räumlichen und zeitlichen

Phasen genau festzulegenden »militärischen Verdünnung« ist die Entspannungszone frei von Fremdstuppen und von Atom- und Wasserstoffwaffen.

3. Alle Vereinbarungen über die Rüstungsbeschränkungen und über das gleichwertige Auseinanderrücken der in Mitteleuropa einander gegenüberstehenden Streitkräfte der NATO und des Warschauer Paktes sind vom ersten Schritt an durch eine ungehinderte Boden- und Luftkontrolle zu sichern.

4. Die Unverletzbarkeit der Teilnehmerstaaten in der Entspannungszone ist durch ein kollektives Sicherheitsabkommen aller interessierten Staaten, einschließlich der USA und der UdSSR, zu garantieren.

5. Mit dem Wirksamwerden des europäischen Sicherheitssystems scheiden die in der Entspannungszone gelegenen Staaten aus der NATO und aus dem Warschauer Pakt aus. Die Staaten in der Entspannungszone werden dann im Rahmen dieses europäischen Sicherheitssystems zur eigenen und europäischen Sicherheit mit angemessenen Leistungen beitragen.

6. Beibehaltung des gegenwärtigen Rechtsstatus und der militärischen Sicherung Berlins bis zur Regelung der deutschen Frage. Verpflichtung der vier Mächte auf die Respektierung der West-Berlin betreffenden Bestimmungen, die nach Aufhebung der Blockade 1949 als gültig erklärt und auch zur Zeit des Abkommens vom 20. September 1955 zwischen der UdSSR und der DDR als gültig anerkannt worden sind.

Die politische und wirtschaftliche Zusammenführung Deutschlands

Jeder Schritt, der zu einem gleichwertigen Auseinanderrücken der in Mitteldeutschland einander gegenüberstehenden Streitkräfte führt, schafft auch eine günstigere Voraussetzung für die Lösung der politischen Probleme.

Die langjährige Teilung Deutschlands hat zu einer strukturell grundverschiedenen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands geführt. Hieraus ergibt sich zwangsläufig, daß die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands durch eine frei gewählte Nationalversammlung eine allmähliche Annäherung in Stufen voraussetzt. Es sind gemeinsame Organe zur schrittweisen Zusammenführung zu bilden, ohne daß in der Übergangszeit die derzeitigen Zuständigkeiten in den beiden Teilen Deutschlands berührt werden.

Die notwendigen Vereinbarungen hierüber können zwischen den vier Großmächten, oder den vier Großmächten gemeinsam mit den beiden Teilen Deutschlands bei Ausarbeitung eines Friedensvertrages, oder direkt zwischen den beiden deutschen Regierungen im Rahmen einer von den Großmächten festgelegten Regelung der europäischen Sicherheit und der deutschen Frage getroffen werden. Unerläßlich ist jedoch, daß diese Vereinbarungen für den Zeitraum bis zum Inkrafttreten einer gesamtdeutschen Verfassung die Menschenrechte und Grundfreiheiten in beiden Teilen Deutschlands sichern. — Die bestehenden Wirtschaftsverfassungen, Außenhandelsbeziehungen und langfristigen Verträge bleiben zunächst unberührt, soweit nicht ausdrücklich nachstehend Änderungen vorgesehen werden. Beide Regierungen verpflichten sich zur Politik der Vollbeschäftigung und zur Garantie des sozialen Besitzstandes.

Die erste Stufe

Die politische Zusammenführung beginnt in der ersten Stufe mit der Bildung einer gesamtdeutschen Konferenz. Beide deutschen Regierungen entsenden Beauftragte auf der Grundlage der Parität.

Die Gesamtdeutsche Konferenz hat die Aufgabe, Regelungen über innerdeutsche Angelegenheiten zu vereinbaren. Soweit diese Regelungen der Zustimmung verfassungsmäßiger Organe der Teile Deutschlands bedürfen, bleiben die Zuständigkeiten unberührt.

Die Gesamtdeutsche Konferenz ist von allen Gesetzesvorlagen des Bundestages und der Volkskammer zu unterrichten und muß sich hierzu äußern. Die Gesamtdeutsche Konferenz setzt zur Wahrung der Einheitlichkeit in der Auslegung der Menschenrechte und Grundfreiheiten ein gesamtdeutsches Gericht ein, das in letzter Instanz entscheidet. Seine Mitglieder werden auf die Charta der Menschenrechte der Vereinten Nationen vereidigt.

Die wirtschaftliche Zusammenführung beginnt ebenfalls mit der Bildung paritätisch besetzter Institutionen.

Die Embargobestimmungen gegenüber der DDR und die güterwirtschaftlichen Kontingentierungen durch die Bundesrepublik müssen fortfallen. Der Interzonenhandel muß ausgeweitet werden, weitere Zonengrenzübergänge sind zu öffnen.

Ein Gesamtdeutscher Investitionsfonds und eine Bank für innerdeutschen Zahlungsausgleich werden gebildet. Der Fonds hat Investitionen in das Verkehrs- und Energieversorgungsnetz sowie zur Anpassung der beiden Volkswirtschaften zu planen und zu finanzieren. Die Bank wickelt die Zahlungen im Rahmen des innerdeutschen Handels und des Investitionsfonds ab. Über sie werden auch die auf rechtlichen Verpflichtungen beruhenden Renten-, Pensions- und sonstigen Unterhaltszahlungen geleistet.

Die zweite Stufe

In der zweiten Phase der politischen Zusammenführung wird ein Gesamtdeutscher Parlamentarischer Rat errichtet. Seine Mitglieder, die in ganz Deutschland Immunität genießen, werden je zur Hälfte in beiden Teilen Deutschlands gewählt. Die Gesamtdeutsche Konferenz schreibt diese Wahl aus.

Dem Gesamtdeutschen Parlamentarischen Rat wird die gesetzgeberische Zuständigkeit insbesondere für Eisenbahn, Straßenverkehr, Binnenschifffahrt, Post und Fernmeldewesen und zur Förderung der volkswirtschaftlichen Erzeugung übertragen. Er hat ferner die Befugnis, den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht zu verhindern und den gewerblichen Rechtsschutz zu regeln. Gegen die von ihm erlassenen Gesetze kann jede der beiden Regierungen in einer bestimmten Frist Einspruch erheben. Der Gesamtdeutsche Parlamentarische Rat kann diesen Einspruch mit Zweidrittelmehrheit zurückweisen. — Die wirtschaftliche Zusammenführung wird durch die Entwicklung des gesamtdeutschen Marktes beschleunigt. Es werden offizielle Verrechnungs- und Wechselkurse zwischen beiden Währungen eingeführt, die güterwirtschaftliche Kontingentierung des innerdeutschen Handels fällt nunmehr auch von seiten der DDR fort.

Die dritte Stufe

In der dritten Stufe der Zusammenführung befaßt sich der Gesamtdeutsche Parlamentarische Rat mit der Vorbereitung von gesamtdeutschen Gesetzen zum Steuersystem, Finanzausgleich, zur Zollunion, zur Währungsunion und zur sozialpolitischen Anpassung.

Eine gesamtdeutsche Willensbildung kann auch durch Volksabstimmungen herbeigeführt werden. Auf Antrag von einer Million Wahlberechtigter wird ein Gesetzentwurf einheitlich in beiden Teilen Deutschlands zur Volksabstimmung gestellt. Widerspricht eine der beiden Regierungen, so kann die Volksabstimmung nach einem Jahr wiederholt werden und wird dann verbindlich.

Volksabstimmungen sind ausgeschlossen, wenn sie eine Einschränkung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, eine Änderung der Eigentumsverhältnisse, oder die Beseitigung der Legislativ- und Exekutivorgane in beiden Teilen Deutschlands zum Ziel haben.

Der Gesamtdeutsche Parlamentarische Rat ist befugt, jederzeit mit Zweidrittelmehrheit ein Gesetz für die Wahl einer Verfassungsgebenden Nationalversammlung zu erlassen. Ist er hierzu nicht in der Lage, so erhält für diesen Fall eine Volksabstimmung uneingeschränkte Gesetzeskraft, wenn zwei Drittel aller abgegebenen Stimmen sich für die Wahl einer Verfassungsgebenden Nationalversammlung aussprechen.

Die Nationalversammlung löst den Gesamtdeutschen Parlamentarischen Rat ab und beschließt die gesamtdeutsche Verfassung.

Während der stufenweisen Zusammenführung Deutschlands ist Berlin Sitz aller gesamtdeutschen Institutionen.

Die Wiedervereinigung

Nach dem Inkrafttreten der gesamtdeutschen Verfassung werden allgemeine, freie und geheime Wahlen zum Gesamtdeutschen Parlament abgehalten. Aus ihm geht die Gesamtdeutsche Regierung hervor.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands appelliert an alle beteiligten Regierungen und an die Weltöffentlichkeit, es im mitteleuropäischen Abschnitt des West-Ost-Konfliktes nicht zum Äußersten kommen zu lassen.

Die ungelöste deutsche Frage darf nicht zu einem Brandherd werden, auch nicht aus Prestige Gründen oder um vermeintlicher militärischer Vorteile willen. Das gilt auch für das Berlin-Problem, das nur mit friedlichen Mitteln und im Rahmen der Wiedervereinigung Deutschlands gelöst werden kann.

Zur Einleitung dieses Planes fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands

1. Verhandlungen der vier für die deutsche Frage unmittelbar verantwortlichen Staaten zur Vorbereitung eines Friedensvertrages für Gesamtdeutschland.
2. Verhandlungen zur Vorbereitung eines Europäischen Sicherheitssystems.

3. Ernennung von Beauftragten der Bundesrepublik Deutschland und der DDR als beratende Teilnehmer der Konferenzen über den Friedensvertrag und über das Sicherheitssystem.

4. Zustimmung der Bundesregierung zur Bildung von Organen aus Beauftragten der Regierungen der Bundesrepublik und der DDR, die im Rahmen der von den Großmächten vereinbarten Regelungen den Auftrag erhalten, Maßnahmen für die schrittweise Zusammenführung der beiden Teile Deutschlands vorzuschlagen.

5. Beibehaltung des gegenwärtigen Rechtsstatus und der militärischen Sicherung Berlins bis zur Regelung der deutschen Frage.

Ziel aller von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands geforderten Verhandlungen ist der Abschluß von Vereinbarungen, die der stufenweise und zeitlich festgelegten Verwirklichung der europäischen Sicherheit, sowie der politischen und wirtschaftlichen Zusammenführung Deutschlands bis zu seiner endgültigen Wiedervereinigung in gesicherter Freiheit und zur Aufnahme in die Vereinten Nationen dienen.

Frauen

Sabine Brünig und Hillevi Burmester

»Was finden die Kerle daran?«

»Lust und Liebe — Last und Gewalt«

Zweiter Juso-Frauenkongreß vom 8. bis 10. Mai in Köln

Was erwarte ich von der Liebe? Was erlebe ich in einer Beziehung? Was erwarte ich von einer Beziehung? Diese Fragen diskutierend saßen an einem sonnigen Nachmittag die Teilnehmerinnen des Juso-Frauenkongresses in kleinen Gruppen auf den Wiesen rund um das Kölner Jugendgästehaus. Die Atmosphäre des Treffens ermöglichte es den meisten Frauen, Dinge auszusprechen, die sie sonst höchstens der besten Freundin anvertrauen. Eingeleitet wurde die Diskussion von einem Podium aus Juso-Frauen, die ihre Art, Lust und Liebe zu gestalten, darlegten. Anregungen gab es dabei genug, denn die Lebensweisen und die daraus entspringenden Erwartungen, Ansprüche und Erkenntnisse sind vielfältig: Ob mit oder ohne Familie, beziehungslos, auf Distanz oder die Nähe suchend, lesbisch oder heterosexuell, mit Mehrfach- oder Zweierkiste ...

Vorbereitet durch die Bundesfrauenkommission, sollte dieser Kongreß nicht allein Formen und Ausmaß von Gewalt gegen Frauen sowie Möglichkeiten der Gegenwehr zum Inhalt haben. Ausgehend von der Erkenntnis, daß, um sich aus den unterdrückenden Geschlechterverhältnissen zu lösen, eigene Vorstellungen und Alternativen vorhanden sein müssen, sollte gerade deren Entwicklung einen gewichtigen Teil einnehmen. Das Objektverhalten, auf das Frauen in Hetero-Beziehungen immer wieder zurückgeworfen werden, kann nur abgebaut werden, wenn eigene Wünsche formuliert und durchgesetzt werden.

In der Frauenbewegung und von Juso-Frauen, die schon lange dabei sind, gibt es einiges an Vorstellungen in diesem Bereich. Doch bisher kann nicht die Rede davon sein, daß sich dieses in der Organisation wiederfindet. Über Quotierung ist zwar die Anzahl der Frauen in Funktionen gestiegen, doch bringt dieses nicht automatisch gesteigerte Aktivitäten im Frauenbereich mit sich. Nachwachsende Frauen können viele Ergebnisse der Frauenbewegung und der Juso-Frauenarbeit nicht nachvollziehen. Daher ist es notwendig, auch mit einem solchen Kongreß die Geschichte und wesentliche Ansätze der Frauenbewegung weiterzuvermitteln, um sie so in der Juso-Organisation präsent zu halten.

Angesprochen waren Juso-Frauen, aber auch die interessierte weibliche Öffentlichkeit. Männer waren nur während der Theatervorführung zugelassen. Gerade von Frauen, die nicht in der SPD sind, wurde der Kongreß lebhaft angenommen. Bei Jusos rief bereits der Titel nicht nur Zustimmung für das, was er versprach, hervor, sondern

es wurde unter anderem die mangelnde Praxisrelevanz beklagt. Dennoch mußte die Anmeldeliste auf Grund des großen Interesses bereits eine Woche vor Beginn geschlossen werden; mindestens 50 Frauen konnten nicht mehr teilnehmen.

Das Theater »Rote Grütze« eröffnete mit seinem Stück »Gewalt im Spiel« den Kongreß. In einer raschen Szenenfolge wurden alltägliche Erfahrungen von Gewalt gegen Frauen dargestellt. Jede Frau konnte sich in bestimmten Szenen wiedererkennen, Hilflosigkeit gegenüber direkter und subtiler Gewalt nacherleben und als befreiendes Moment zur Bewußtwerdung und Veränderung Aggressionen entwickeln. Damit war ein guter Einstieg in die für das Wochenende geplanten Diskussionen gelungen.

So motiviert, ging es am Samstagmorgen in die Arbeitsgruppen. Besonders groß war das Interesse an den Gruppen, die versuchten, Perspektiven für Frauen zu entwickeln. Hier wurde der formulierte Anspruch am wenigsten eingelöst: Die Konzipierung weiblicher Ansprüche und Strategien, die oft noch sehr ungenau sind, baut auf eigenen Erfahrungen auf und setzt deren Reflexion voraus; deshalb kann nur schwer verallgemeinert werden. Die Heterogenität der Gruppen — von der Frauenbewegten bis zur Jungsozialistin, die sich bisher kaum mit Frauenpolitik beschäftigt hatte, erschwerte so eine pointierte Diskussion. Arbeitsgruppen wie die zum § 218 befriedigten vor allem den Wunsch, über die eigene Geschichte und das Verhältnis der Frauenbewegung zum § 218 mehr zu wissen. Fachfrauen aus Forschung und Gewerkschaften brachten den Arbeitsgruppen zum sexuellen Mißbrauch von Mädchen und zur sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz zusätzlichen Diskussionsstoff. Aber auch die Vorschläge zur Gegenwehr und der Austausch von Aktionsbeispielen fehlten nicht. Breiten Raum nahm die Diskussion über Prostitution bei uns und in der sogenannten Dritten Welt sowie die Pornografie ein. Besonders starke Resonanz fand die Besichtigungstour der Kölner Porno- und Sex-Shops, die die Frauen die »Ehrfurcht« vor ihnen verlieren ließ; der Vergleich mit Drogerien und Spielzeugläden drängte sich auf, die Frage jedoch, »Was finden die Kerle daran?«, mußte im Raum stehenbleiben. Die fünfzehn Arbeitsgruppen, ganz- und halbtägig, haben die 200 Teilnehmerinnen mit Anregungen versorgt, ihnen Mut gemacht, ihre Vorstellungen zu entwickeln, ehe sie sich in die oben genannte Beziehungsdiskussion stürzten. In einer Schlacht ums kalte Buffet und um kühle Cocktails wurden die Gruppen ausgewertet. In regen Diskussionen wurden Ergebnisse und Eindrücke über Fraktionsgrenzen hinweg ausgetauscht.

Den Abschluß bildete eine Podiumsdiskussion mit Marlies Meckel, Leiterin des AWO-Familienberatungszentrums in Essen, Evä Böller, Landesvorsitzende der Pro Familia in NRW, Karin Linde aus dem Dortmunder Forschungsprojekt zu Jugendverbänden und Sexualität und Ruth Winkler und Hillevi Burmester für die Juso-Frauen. Aus aktuellem Anlaß wurde ausführlich über das von der Bundesregierung geplante Beratungsgesetz informiert. Frau war sich in der Ablehnung dieses Gesetzesvorhabens einig und sah die Notwendigkeit, den Widerstand unter anderem in einer bundesweiten Demonstration in der zweiten Jahreshälfte zu dokumentieren. Endgültige Lösungen dieses Problems sahen alle erst in der Abschaffung des § 218. Von der Diskussion über Schwangerschaftsabbrüche war es nicht mehr weit zu Verhütungsfragen und Aufklärung. Angegriffen wurde die herrschende Doppelmoral der Konservativen, welche ei-

nerseits emanzipatorische Sexualaufklärung in Schulen, Freizeiteinrichtungen und Beratungsstellen verhindert und andererseits Frauen zwingt, die Folgen hiervon — ungewollte Schwangerschaften — allein auszubaden. *Aber* Defizite im offenen Umgang mit Fragen der Sexualität wurden auch in der Juso-Organisation festgestellt: Nur selten werden sexuelle Bedürfnisse von Genossinnen und Genossen thematisiert. Deshalb wird die Bedeutung herkömmlicher Vorstellungen von Sexualität für die Zementierung von Geschlechterrollen verkannt.

Auch auf Grund dieses Mankos ist die Mehrheit der Frauen bisher nicht bereit, das Thema »Lust und Liebe« gemeinsam mit Männern anzugehen. Zu sehr wird befürchtet, daß in einer solchen Diskussion Frauen den Genossen Nachhilfeunterricht zum Erkennen der eigenen Situation geben müssen. Und dazu sind sie viel zu oft gezwungen.

Gemessen an den Prinzipien der Frauenbewegung, durch das Begreifen der eigenen Situation allgemeine gesellschaftliche Unterdrückungsmechanismen zu erkennen und willens zu sein, daraus Konsequenzen zu ziehen, ist dieser Kongreß als voller Erfolg anzusehen. Bemerkenswert ist dabei die gewachsene Skepsis gegenüber Männern. Ob in der Beziehung oder in der Politik — Kontrolle ist besser als Vertrauen. Dies als Schwächung der innerverbandlichen Solidarität anzusehen, wäre falsch. Eine Solidarität, die darauf baut, Frauen zu unterdrücken und auf ihre Einsicht in sogenannte politische Notwendigkeiten zu setzen, ist keine. Jedoch die Herren werden nicht lange warten müssen, bis ihre alte Männerherrlichkeit wieder als Silberschweif am Horizont auftaucht: Denn mit dieser Mutterpartei im Rücken und dem Juso-Alltag vorm Bauch werden kaum noch Feministinnen in dieser Organisation ihre Heimat finden. Es sei denn, der Erneuerungsprozeß in der SPD und bei den Jusos wirke auch in dieser Frage ruckzuck ...

Kritik des SPD-Programmwerfs

Frieder Otto Wolf

Bruchvermeidung als Programm

Zur Irseer Ortsbestimmung der bundesdeutschen Sozialdemokratie*

Grundsatzprogramme von Parteien haben eine doppelte, historisch unterschiedlich entwickelte Funktion: Zum einen nimmt in ihnen die Partei zu den von ihr gesehenen Grundproblemen ihrer Geschichte — dem »Widerspruch unserer Zeit« des Godesberger Programms (vgl. Irsee 7) — Stellung und stellt ihnen ihre Lösungsstrategien entgegen, zum anderen grenzt sie sich, eben dadurch, von anderen Parteien mit davon verschiedenen Problemsichten und Lösungskonzeptionen ab. Während in der historischen Entwicklung der Parteien die erste Funktion im Vordergrund stand, indem es vorrangig darum ging, in einem spezifischen Adressatenkreis eine parteiliche Sicht der Wirklichkeit zu verankern, hat sich, seit sich die Parteien als »Volksparteien« zu einem »Parteiensystem« forciert haben, das dann sogar noch — unter ideologischen Formeln wie der vom »Konsens der Demokraten« — als eine Einheitspartei im Plural funktioniert, die differentielle Funktion in den Vordergrund geschoben: Es geht jetzt in erster Linie darum, anzugeben, wodurch sich die Partei von den konkurrierenden Parteien des Parteiensystems unterscheidet, denen sie zugleich aber doch so weit verbunden bleibt, daß sie »mit allen demokratischen Parteien« — das heißt eben mit allen anerkannten Parteien des Parteiensystems — koalitionsfähig bleibt.

Das *Godesberger Programm* der SPD versteckte diese — für seine effektive politische Aussage dennoch zentrale — differentielle Funktion hinter einem Bruch mit der marxistischen Tradition der Arbeiterbewegung: Als demokratische im Gegensatz zu einer marxistischen Partei konnte sich die SPD als allseitig koalitionsfähig in den Grundkonsens des Bonner Parteiensystems eingliedern und zugleich eine spezifische Funktion als Sachwalterin des Sozialen, des politischen Erbes der deutschen Arbeiterbewegung, wahrnehmen. Vor dieser Grundoperation verblasen die verstreuten Reste einer sozialistischen Perspektive auf die Wirklichkeit, die sich auch im Godesberger Programm noch erhalten hatten — und die ihre Funktion, jedenfalls wichtige Teile der linken Traditionen in der BRD weiterhin einzubinden, hervorragend erfüllt haben.

Auch das *Irseer Programm* präsentiert sich von der Machart wiederum wie ein traditionelles Programm aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, indem es in erster Linie um ein bestimmtes, parteiliches Verständnis der Wirklichkeit geht: »Alte und neue Widersprüche und Gefährdungen überlagern und verschärfen sich gegenseitig.« (Irsee 7)

*Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bonn 1986

Sowie darum, aus diesem Verständnis die Lösungsvorschläge der Partei zu entwickeln: »... bietet die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ein Programm an, das auf den historischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung und den Grundwerten des demokratischen Sozialismus aufbaut und zu solidarischem Handeln in gemeinsamer Verantwortung einlädt.« (ebd.) Auffällig ist hier, mit der semantischen Lupe betrachtet, allenfalls die auf den unterstellten Parteienpluralismus verweisende Rede von »Angebot« und »Einladung«, die an die Stelle des traditionellen »Aufrufs« tritt.

Aber das scheint nur so. Wie im Godesberger Programm liegt auch hier wiederum die Kernaussage in der differentiellen Dimension: Schroff formuliert erneuert die SPD hiermit ihre Einbindung in das Parteiensystem auf der Grundlage des Konsenses der Demokraten und stellt die neu aufgetretene Partei der GRÜNEN vor die Alternative von *Ausgrenzung* (Nicht-Anerkennung als demokratische Partei, daher auch keine politische Zusammenarbeit) oder *Unterwerfung* unter eben diesen Konsens (der dann auch sie tendenziell allseitig koalitionsfähig und damit zugleich auch parteiensystemstabilisierend machen würde). Und gerade weil diese Kernaussage wiederum nur indirekt, in Form von Aussagen über die historische Wirklichkeit und über die sich daraus ergebenden Perspektiven sozialdemokratischer Politik getroffen wird, ist sie auch hervorragend gegen jeden Versuch einer Detail-Nachbesserung immunisiert: Selbst wenn es den Partei-Linken gelänge, marxistische Reizworte in der Präambel zu verankern oder den Rückblick auf die Geschichte der Arbeiterbewegung von einigen der plumperen Fälschungen zu befreien, wäre damit in diesem zentralen Punkt gar nichts gewonnen. Für eine bewußte Linke innerhalb der Sozialdemokratie — die sich jedenfalls darüber klar ist, daß eine sozialistische Transformation der bundesrepublikanischen Gesellschaft keinesfalls im Rahmen jenes im Kalten Krieg geschmiedeten Konsenses möglich ist — bleibt daher m.E. gegenüber diesem Entwurf nur die Haltung der Fundamentallopposition. Immerhin wäre es ein Signal der Hoffnung für die Linken bei den GRÜNEN; wenn es innerhalb der SPD von Seiten einer noch öffentlich wahrnehmbaren Gruppierung zu einer solchen Haltung käme. Im Rückblick war ja auch die Verweigerung einiger weniger gegenüber dem Godesberger Programm historisch alles andere als perspektivlos. Wenn auch nicht *innerhalb* der bundesdeutschen Sozialdemokratie ...

Warum »Irsee« nach »Bad Godesberg«?

Das Irseer Programm beginnt mit einem Kontinuitätsbekenntnis: »Was das Godesberger Programm als Widerspruch unserer Zeit' beschreibt, hat sich in den drei Jahrzehnten seither weder aufgelöst noch gemildert.« (Irsee 7) Immerhin wird anschließend auf »neue Widersprüche und Gefährdungen« verwiesen, die sich mit den alten »überlagern und verschärfen« und insbesondere, gegenüber dem Atom-Optimismus von Bad Godesberg wo »die gewaltigen Kräfte der Atomspaltung« noch »als unererschöpfliche Energiequelle begrüßt worden waren; was im Irseer Entwurf im Vorbeigehen zurückgenommen wird (Irsee 7), eine »neue Dimension von Verantwortung« begründet. Angesichts von Gentechnologie, Atomenergie, Atombombe, Welthunger,

Verschuldung der Dritten Welt, Massenarbeitslosigkeit und kapitalistischen Krisen in den westlichen Industrienationen, Behinderung der Produktivkraftentwicklung in den »kommunistisch regierten Ländern«, Verselbständigung des »technisch-ökonomischen Prozesses«, der ökologischen Gefahr einer »Selbstvernichtung der Menschheit ... auch ohne Krieg«, Staatsverschuldung und Weltmarktabhängigkeit, Grenzen des Sozialstaats, einer »einseitig männlich bestimmten Gesellschaft«, der Gefahr eines »neuen Rassismus«, einer drohenden »erdrückenden Überwachung und schleichenden Repression« (Irsee 7 bis 9) bietet die These der »neuen Dimension der Verantwortung« den Kern der sozialdemokratischen Antwort, die sich ihrerseits nach zwei Seiten abgrenzt: gegen »neokonservative Ideologie« und gegen diejenigen Menschen, die »von Politik keine Hilfe mehr erwarten« (Irsee 9). In dieser doppelten Abgrenzung liegt des Pudels Kern. Sie ist also genauer zu untersuchen. Oberflächlich betrachtet, wird die schärfere Abgrenzung nach rechts vorgenommen: Die »neokonservative Ideologie« wird als eine anonyme Macht thematisiert, mit der die Sozialdemokratie nichts zu schaffen hat — »Der neuen Dimension unserer Verantwortung können Neokonservative nicht gerecht werden, denn sie verlangt die Änderung jener ökonomischen und politischen Machtstrukturen, die ihre Politik festigen und absichern will« (Irsee 9) und deren innere Widersprüchlichkeit sie entlarvt — »So predigen sie Werte, die Tag für Tag ausgehöhlt und verhöhnt werden durch die gewollte Vorherrschaft ungehemmter Kapitalverwertung«. (Ebd.) Demgegenüber sind nach links nur »Menschen« auszumachen, denen die Sozialdemokratie »verlässliche Wegweiser und Chancen für sinnvolles Wirken« bieten will (ebd.). Transponiert in die Logik der Differenzierung innerhalb eines Parteiensystems ergibt sich jedoch daraus die eigentliche, umgekehrt akzentuierte Botschaft: Während die SPD darauf setzt, der CDU/CSU/FDP in der politischen Parteneinkonkurrenz immerhin aufzuzwingen, daß sie sich auf die »Änderung« (nicht etwa Veränderung, wie noch zwei Seiten vorher!, Irsee 7) der bestehenden Machtstrukturen einlassen — und diese Parteienkonkurrenz schließt bekanntlich auch »antagonistische Kooperation«, das heißt Koalitionen und Kompromisse, mit ein —, geht es in der Gegenrichtung eben nicht um ein Verhältnis zwischen Parteien, sondern darum, statt mit den GRÜNEN als neuer politischer Partei umzugehen, die sie tragenden »Menschen« für sozialdemokratische Politik zurückzugewinnen. Hier liegt also auf der Ebene der differentiellen Selbstdefinition der SPD die eigentliche Schärfe der Abgrenzung.

Und wenn wir die Aufzählung der neuen Gefahren einmal unter dem Gesichtspunkt betrachten, wessen Themen hier »besetzt« werden sollten, die Themen einer neoliberalen politischen Offensive, oder aber die Kristallisationspunkte der grün-alternativen Bewegung als Nährboden einer sich zur SPD eigenständig verhaltenden Partei, dann liegt die Antwort auf die Frage, warum *Irsee* nach *Bad Godesberg*, sonnenklar auf der Hand: Weil sich mit den bundesdeutschen GRÜNEN eine politische Partei entwickelt hat, die in Ansätzen dazu in der Lage ist, der SPD ihren Anspruch als radikale Reformpartei zu bestreiten und darüber hinaus sogar ein Potential dafür zu entwickeln, die von der SPD in *Bad Godesberg ad acta* gelegte Frage der Systemtransformation von neuem aufzurollen. Hierauf mußte die SPD antworten. Mit der hier vorgelegten Ausgrenzungskonzeption, in der zum Schein nach rechts geschlagen wird, um nach links um

so zerstörerischer zu treffen, mußte sie aber nicht unbedingt antworten. Eine große Aufgabe für die Linken in der SPD, an dieser Differenz von Notwendigkeit und Wirklichkeit zu arbeiten!

»Politik als sozialdemokratischer Grundbegriff«

Immerhin räumt der Irseer Entwurf gleich eingangs ein: »Verändern müssen sich mit unseren Verhaltensweisen Formen und Inhalte von Politik.« Daß es aber um *Politik* geht, steht für ihn außer Zweifel: eine »Politik, die technische Innovation so zu beherrschen und zu steuern vermag, daß sie menschliches Leben und Zusammenleben reicher, freier und menschlicher macht« (Irsee 8), eine Politik, die »die entscheidende Chance bleibt, Gefahren abzuwehren und gesellschaftliche Verhältnisse zielstrebig im Interesse der Mehrheit zu verändern« (Irsee 9), eine Politik, der gegenüber »auch berechtigtes Mißtrauen und begründete Vorwürfe nicht das letzte Wort sein« können (Irsee 76), mit anderen Worten also eine »demokratische Reformpolitik« (Irsee 13), die sich scharf von »totalitärer Reglementierung« abgrenzt (Irsee 15), sich eine »nie vollendete Aufgabe« der »umfassenden Demokratisierung aller gesellschaftlichen Lebensbereiche« stellt (Irsee 17) und sich zugleich in eine »politische Kultur« eingliedert, die auf »gemeinsame Grundüberzeugungen« verweist, die als »Grundkonsens« den Raum dafür umreißen, »was strittig und damit politisch gestaltbar« ist (Irsee 74).

Damit wird im Kern der Argumentation zugleich ein Schwebezustand hergestellt, der hinreichend unbestimmt bleibt, um einer linken Einbildungskraft die notwendige Projektionsfläche für den Gedanken der gesellschaftlichen Emanzipation zu bieten — der in seiner Durchsetzung sicherlich einer umfassenden Politisierung bedarf, auch wenn er keineswegs darauf abzielt, alle Lebensverhältnisse einer Ausweitung der staatlichen Regulierung zu unterwerfen — der zugleich aber hinreichend eindeutig rückgebunden bleibt an einen staatstragenden Verfassungspatriotismus, um (trotz des notwendig gewordenen Angebotes an »möglichst viele Menschen« zum »aktiv mitdenken, mithandeln und mitentscheiden«, ja sogar zur »Unabhängigkeit« und »kritischen« Begleitung der SPD-Politik, (Irsee 75) keinen Zweifel an der Loyalität der SPD in letzter Instanz aufkommen zu lassen: »Die Bundesrepublik Deutschland ist unser Staat.« (Irsee 25) Und zwar einschließlich des in der »Verfassungswirklichkeit« herausgebildeten Parteienmonopols: »Die Parteien haben in ihm eine Schlüsselfunktion. Sie nehmen Impulse aus der Gesellschaft auf, verarbeiten sie im Lichte ihrer Wertvorstellungen und setzen das Ergebnis in Politik um; so wirken sie auf die Gesellschaft zurück.« (Irsee 26) Immerhin gibt es daneben noch ein eigenständiges Leben der Gesellschaft, in dem durch den »Wandel von Bewußtsein und Verhalten ... in Gesellschaft und Wirtschaft notwendige Veränderungen in Gang gesetzt werden, die staatliches Handeln nicht bewirken kann, denen es dann aber Rechnung tragen muß.« (Ebd.) Wobei dessen Leitlinien offenbar in Konzepten wie »sozialer Frieden«, »Legitimität des Mehrheitsprinzips« und »rechtsstaatlich kontrolliertem Gewaltmonopol« (Irsee 27) angedeutet sind, mit angedeuteter doppelter Frontstellung — gegen »gewaltsame Störungen« und gegen »die Gefahren wirtschaftlicher Konzentration« (Irsee 26) — die allerdings, wie-

derum nur nach *einer* Seite konkretisiert werden kann: »Wer sich aus Gewissensgründen zur Verletzung von Gesetzen entschließt, muß bereit sein, die gesetzlichen Folgen seines Tuns zu tragen.« (Irsee 27)

Kein Gedanke also an eine auf Transformation angelegte Politik, die sich etwa gegenüber dem BRD-Grundkonsens subversiv oder dem vom Staat beanspruchten Definitionsmonopol von Gewalt kritisch erhält. Auch kein Gedanke an eine Neuartikulation von politischen Diskursen, Parteiensystem und gesellschaftlichen Kämpfen — oder auch umgekehrt an eine Nutzung von staatlichen Handlungsmöglichkeiten zur Freisetzung außerparlamentarischer gesellschaftlicher Bewegungen. Alles bleibt vielmehr in einer ihm zugewiesenen Unterabteilung der gesellschaftlich-politischen Gesamtstruktur und ordnet sich damit nachhaltig ein und letztlich auch unter.

Lampedusa läßt grüßen

Vor diesem Hintergrund entschlüsselt sich schließlich auch das Vexierbild, mit dem das Programm beginnt: »Die einfache Fortschreibung des bestehenden ergibt keine Zukunft mehr. Nur durch Veränderung werden wir in die Zukunft hinein retten können, was wir für bewahrenswert halten.« (Irsee 7) Das könnte ja sogar transformatorisch radikal, wenn auch nicht revolutionär gelesen werden: Nur durch eine radikale an den Strukturen von Ausbeutung, Macht und Herrschaft ansetzende Transformation kann eine Alternative zum gegenwärtigen, sich immer zerstörerischer aufgipfelnden Selbstveränderungsprozeß des weltweiten Kapitalismus Raum geschaffen werden — also in einem befreienden Bruch mit der Kontinuität der BRD-Entwicklung. Aber es ist eindeutig: So soll nicht gelesen werden. Und damit so gelesen werden könnte, wäre angesichts des toten Gewichts des demokratischen *common sense* auch Ausdrücklichkeit nötig.

Vielmehr wird hier an das Bedürfnis vieler Menschen und an den kategorischen Imperativ des BRD-Parteiensystems angeknüpft, einen derartigen Bruch auf jeden Fall zu vermeiden. Die Veränderung von der hier in allerletzter Instanz die Rede ist, ist die der in einen Prozeß transponierten *passiven Revolution* — nach der Devise des Aristokraten in Lamedusas »Leoparden«: So viel zu verändern, wie notwendig ist, damit sich nichts zu verändern braucht.

Daß Sozialdemokraten in der BRD zu dieser Aufgabe ihren ganz *spezifischen* Beitrag leisten wollen, ist unbestreitbar und auch unbestritten. Daß sie *damit* aber in der Tradition der demokratischen Bewegung und der Arbeiterbewegung stehen, sollte — möglichst auch von Sozialdemokraten — energisch bestritten werden.

Edgar Göll

Vom »Kommunistischen Manifest« zum Irseer Programmentwurf

»7. Neuland Gespräch« der SPD Ostwestfalen-Lippe
am 24. und 25. April 1987 in Bielefeld-Sennestadt

In der Einladung war der Anspruch formuliert, darauf einzuwirken, »daß im neuen Programm die sozialistische Perspektive wieder angeeignet und erneuert wird«. Dies war wohl auch das einigende Band der Anwesenden, die jedoch ansonsten in bezug auf Erwartungshaltung und inhaltlicher Vorbereitung weit auseinander zu sein schienen.

Der einführende Problemaufriß von Karl Otto stand in Anlehnung an U. Beck (»Risikogesellschaft« 1986) unter der Fragestellung, welche politischen Antworten heute auf die gesellschaftlichen Risiken gegeben werden können. Den Hintergrund dafür bildeten soziostrukturelle Trends (Auflösung von Klassen-/Arbeitermilieus, quantitativer Rückgang der Arbeiterklasse und deren Anteil in der SPD) einerseits, und die Zuspitzung/Entstehung neuer Formen sozialer Ungleichheit und »Risikolagen« (Frauen, Umwelt, Frieden, Ausländer) neben der bzw. quer zur »Klassenproblematik«. Die mangelnde Kompetenz und die beschränkte Macht zur Durchsetzung sozialer Strukturveränderungen führt/e die SPD in eine politische Identitätskrise (»Glaubwürdigkeitslücke«) hinein. Sozialdemokratische Handlungsstrategien haben ihre Begrenztheit erwiesen: Keines der Konzepte (z.B. Globalsteuerung, keynesianische Ansätze) hat zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit geführt; Versprechen wie volle Mitbestimmung, soziale Gleichheit und Rüstungsabbau sind nicht eingelöst worden.

Heißt das nun, so Otto, daß radikale Strukturveränderungen generell unmöglich oder nur mit den bisherigen Mitteln nicht durchsetzbar waren? Ist ein Ende *der* Arbeiterbewegung oder nur das Ende *einer Phase* der Arbeiterbewegung zu konstatieren? Zerstören die kapitalistischen Umwälzungen der Lebensverhältnisse auch den Kapitalismus?

In der Zielperspektive »Sozialismus« jedenfalls sind einerseits eine konkrete, gesellschaftliche, alternative Organisationsform, die Erreichung eines »Nicht-Kapitalismus« auf demokratischem Wege, und andererseits normative Orientierungen (soziale Gerechtigkeit, Gleichheit usw.) verbunden. In der SPD seien beide Aspekte bis spätestens 1959 (*Godesberger Programm*) unteilbar verflochten gewesen. Dann sei nur noch der zweite Aspekt betont worden, und es sei nur noch um ein »besser«, »gerechter« und »mehr« gegangen. Die Konsequenz war, daß das *Godesberger Programm* erstens auf abstrakten Grundwerten basiert, die keinen spezifischen sozialdemokratischen Charakter mehr haben (auch CDU u.a. haben derartige Grundwerte), und zweitens nicht mehr auf einer Ursachenanalyse der gesellschaftlichen Verhältnisse aufbaut (»An die Stelle der Analyse trat das Gedicht«, Detlev Albers). Und allein aus abstrakten Grundwerten, so Karl Otto, seien keine Handlungsziele ableitbar.

Gunnar Stollberg untersuchte dann das *Kommunistische Manifest* und Texte von Eduard Bernstein und Rosa Luxemburg auf ihren Gehalt an Gesellschaftsanalyse bzw. sozialistischen Werten und ihrer Position zu Revolution und/oder Reform. Allen drei Quellen bestätigte er einen gesellschaftsanalytischen Ansatz, mit teilweise entgegengesetztem Stellenwert von Reform und Revolution, was allerdings kontrovers diskutiert wurde. Für Marx/Engels und explizit für Luxemburg war »Revolution«, d.h. der qualitative Sprung in eine sozialistische Gesellschaftsformation, das spezifische und identitätsstiftende Element der Sozialdemokratie.

Mit seinem sozialgeschichtlichen Ansatz relativierte Heinrich Potthoff die praktische Bedeutung dieser Schriften; sie seien im »damaligen politischen Feld nicht wirkungsmächtig« gewesen. In seinem Exkurs über die Weimarer Periode sprach er von einer »grauen Sozialdemokratie in einer grauen Republik«, weil deren strukturelle Probleme (Wirtschaftskrise, Massenarbeitslosigkeit, Reparationen) und politische Spezifika (starke Rechtskräfte, Dolchstoßlegende, Kapp-Putsch, koalitionsunfähige bürgerliche Parteien etc.) in der (M)SPD eine »Position der Halbheiten« (Julius Leber) und eine »Scheu vor der Regierungsverantwortung« erzeugt/verstärkt hätten. »Der Glaube, mit der Geschichte im Bunde zu sein, ging 1923 in der Arbeiterbewegung verloren«. Unter dem Eindruck der Bedrohung von rechts sei dann im *Heidelberger Programm* (1925) das eigene Demokratieverständnis relativiert und aufgewertet worden. An dessen Diskussion habe sich jedoch neben der Programmkommission und einigen Parteiintellektuellen kaum jemand beteiligt. Genossenschaftsgründungen und kommunale SPD-Politik stießen auf finanzielle Barrieren und die Austrocknung durch die Regierung. Das Konzept der »Wirtschaftsdemokratie« (1928) sei durch die sozio-ökonomischen Verschlechterungen, inhaltliche Mängel (Staatsillusion, Nichtberücksichtigung der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus) und autoritäre staatliche Regulierungen (Zwangsschlichtung) schon bald obsolet geworden.

In einem stark beachteten Referat beleuchtete Arno Klönne »die SPD im Nachkriegsdeutschland auf dem Weg zur Regierungspartei«. Er hob hervor, daß in der SPD nach 1945 eine Aufarbeitung der immensen Veränderungen durch den Faschismus (politische Kultur, Sozialmilieu-Wechsel usw.) nicht stattgefunden hatte. Die Wiedergründung der SPD setzte somit unreflektiert an den politischen Strukturen von vor 1933 an, schloß also KPD und Arbeiterkatholizismus aus, während gerade die CDU integrierte und vereinheitlichte. Die SPD sah sich als die historisch berufene Partei der demokratischen und antikapitalistischen Neugründung an. Diese (Automatismus-)Hoffnung wurde dann in den ersten Bundestagswahlen nicht bestätigt. Mitte der fünfziger Jahre war deutlich, daß die SPD die Macht und Flexibilität des Kapitalismus unterschätzt hatte (Einfluß der Alliierten, »Wirtschaftswunder«, Antikommunismus usw.), und so setzte eine »programmatische Verwirrung« ein. Es vollzog sich schließlich eine faktische Anpassung an das neue kapitalistische System, allerdings verbunden mit dem Ziel seiner »sozialpolitischen Zähmung« durch die SPD. Demnach ist das *Godesberger Programm* lediglich Ausdruck dieser Entwicklung. Krisen werden darin als der Vergangenheit zugehörig und die kapitalistische Entwicklung als allmächtig angesehen. Spätestens mit Herbert Wehners Rede vor dem Bundestag im Juni 1960 trennte sich die

SPD explizit von außerparlamentarischen Bewegungen, verstärkte ihre etatistische Fixierung, überschätzte sozialstaatliche Eingriffsmöglichkeiten und ignorierte vorpolitische/ außerparteiliche Kräfteverhältnisse. Mit der Annahme einer »immerwährenden Prosperität« (B. Lutz, 1984) setzte die SPD damit nur noch auf eine Regulierung dieses Wachstumsprozesses. Klönne destillierte vier zentrale Defizite der SPD: 1. Mangel an analytischer Einschätzung gesellschaftlicher Tendenzen und Kräfteverhältnisse; 2. mangelnde Einsicht in die Flexibilität des Kapitalismus; 3. mangelnde Einsicht in die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus und 4. Mangel an politischer Konfliktfähigkeit. Derzeit entfalte sich in der BRD auf der Basis hochkapitalistischer und hochproduktiver Niveaus eine Rückwende zu frühkapitalistischen Verhältnissen (d.h. hin zu Kapitalverwertung ohne Druck von seiten einer starken organisierten Arbeiterbewegung). Genau diese Gesamtrendenz müßte von der SPD offengelegt werden.

In einem anschließenden Abriss stellte Uli Schöler die Leitgedanken der bisherigen SPD-Grundsatzprogramme dar und bestätigte beispielsweise die abnehmende Bedeutung von Analysen und der Formulierung adäquater politischer Strategien und Mittel. Der Irseer Programmentwurf beinhalte neben einem guten Problemaufriß und einer sozialistischen Zielperspektive beispielsweise keine strategischen Überlegungen, und der angeführte Klassencharakter der BRD bliebe damit sozusagen »ohne Folgen«. Insbesondere der Grundsatzteil sei zu abstrakt, für ein demokratisches und ökologisches Wirtschaften würden keine Mittel angegeben und eine Vergesellschaftung werde nur mit »sechsfachem Vorbehalt« angegeben. Die Aufnahme der Themen »Frauen« und »Ökologie« sei ein Fortschritt, doch würden sie nicht im Zusammenhang mit den anderen Bereichen behandelt. In der Diskussion danach wurde der Irseer Entwurf als zu lang, zu allgemein und zu verwaschen bezeichnet. Die Themenbereiche »Banken« und das Problem »Macht« wären stark unterbelichtet geblieben.

In der Podiumsdiskussion gingen Detlev Albers und Heidemarie Wieczorek-Zeul auf die kontrovers diskutierten Themen »Europa«/»Weltmarkt« und »Frauen/Patriarchat« ein. Die zentrale Schwäche des Entwurfs ist für Albers, daß eine Synthese von »neuen und alten Fragen« nicht geleistet wird, wobei selbst die antikapitalistische Analyse der »alten Fragen« zu kurz komme und daher auch die neuen Fragen nicht hinreichend behandelt und offengelegt werden würden. Die Berücksichtigung marxistischer Elemente, die Zielperspektive Sozialismus und die Öffnung gegenüber neuen sozialen Bewegungen begrüßte er und betonte den Stellenwert der Programmdebatte als Unternehmung/Aufgabe auch für weitergehende Perspektiven. Wieczorek-Zeul, Mitautorin des Entwurfs, wies auf den »Formelkompromißcharakter« hin, der (noch) nicht breit konsens- und engagementsfähig sei, jedoch noch stark gekürzt werden würde. Unglücklicherweise sei die Diskussionskampagne (anders als z.B. in Österreich) von oben nach unten gelaufen, und dementsprechend sei bisher wenig debattiert worden. Inhaltlich machte sie u.a. kritische Anmerkungen zum (idealistischen/begrenzten) »Staatsbegriff«, zu »Geschlechterbeziehungen« und wertete den Programmteil über »Familie« als »besonders schlimm«. Im Bereich »Sicherheitspolitik« müsse ernsthaft über die Art der Einbindung der BRD in die NATO diskutiert sowie der erforderliche Abbau von Arbeitsplätzen im AKW- und Rüstungssektor thematisiert und in ein Konzept eingebunden werden.

Jungsozialisten

Uwe Kremer

Moderner Sozialismus — Eckpunkte der Strategiebildung

Die Jusos stehen heute vor der Aufgabe, sich im Übergang zu den 90er Jahren zu erneuern. Ein wichtiger Faktor dieses Erneuerungsprozesses ist die anlaufende Strategie-debatte, die Ende der 80er Jahre in eine Neubestimmung sozialistischer Politik münden soll. Insoweit tangiert diese Debatte sowohl den programmatischen Erneuerungsprozeß der SPD als auch die Neuorientierungsversuche innerhalb der Linken überhaupt. Der Sinn und Zweck einer solchen Debatte läßt sich zunächst in dreierlei Hinsicht darstellen und begründen.

(1.) Unter dem kombinierten Druck von globalen Problemen, ökonomischer Krise, sozialen Strukturveränderungen und sogenanntem Wertewandel ist das vergangene Reformmodell »Wachstum — Sozialstaat — individuelle Entwicklung« in einem langwierigen Prozeß unterminiert worden. Heute ist die Linke gezwungen, den *Abwehrkampf* gegen die konservative Systemreform und zugleich gegen die ökologische Zerstörung und die militärische Aufrüstung zu organisieren. Immer deutlicher zeigt sich, daß die Auseinandersetzung mit den Konservativen auch als *Hegemonialkampf* um die Zukunftsperspektiven in den 90er Jahren geführt werden muß. Die Verbindung beider Seiten ist die erste strategische Herausforderung.

(2.) Die nationale Auseinandersetzung um die Zukunftsperspektiven findet in einer historischen Periode statt, in der sich der Widerspruch von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen in den großen globalen Krisen entlädt, die zunehmend die Existenzbedingungen immer größerer Teile der Menschheit bedrohen und mit den nationalen Krisenprozessen auf das engste verwoben sind. Diese komplexe Umbruchsituation führt schließlich zu kollektiven und persönlichen Orientierungsproblemen, an denen die ideologische Auseinandersetzung zwischen den Klassenkräften ansetzt. Der Zusammenhang zwischen diesen Ebenen des Umbruchs stellt die zweite strategische Herausforderung dar.

(3.) Die Linke wie auch die Jusos verfügen über eine Vielfalt von politischen Arbeits- und Diskussionsansätzen. Diese Vielfalt hat in den letzten Jahren eher noch zugenommen, während der Zusammenhang zwischen diesen Elementen immer schwerer erkennbar wird. So verstärken sich persönliche Orientierungsprobleme, weil es immer schwieriger wird, das eigene Denken und Handeln in eine politisch-persönliche Perspektive einzuordnen. In einer Situation, in der die rechte Vorherrschaft und die globalen Probleme die Handlungsbereitschaft vieler Genossinnen und Genossen in Frage stellen, müssen wir verstärkt nach den Zusammenhängen fragen. Auf der Suche

nach der Antwort geht es auch darum, daß wir uns *persönlich* auf die 90er Jahre einstellen, Sicherheit und damit auch Ausstrahlung gewinnen. Dies ist die dritte Herausforderung für eine neue Strategie.

Als Antwort auf diese Herausforderung sollen nun Eckpunkte einer *modernen sozialistischen Konzeption* skizziert werden. Die Grundüberlegung lautet: Die wesentliche Aufgabe sozialistischer Politik besteht darin, die Entfaltung der fortschrittlichen, zivilisatorischen Potentiale der Produktivkraftentwicklung voranzutreiben und um die Aneignung dieser Potentiale durch die Werktätigen, die Frauen und die Jugend zu ringen. Ein *offensives herangehen an die wissenschaftlich-technische Revolution* setzt voraus, daß die Linke an den *entwickelten subjektiven Ansprüchen* der Menschen ansetzt und sie in den sozialen Kämpfen radikalisiert. In den folgenden Ausführungen kann es nur darum gehen, *schlagwortartig* einen Gedankengang darzulegen, der in seinen einzelnen Bestandteilen die meisten Fragen offenläßt, weil ausführliche Begründungen fehlen. Da die Ausführungen knapp und kompakt sein mußten, wird es sicherlich auch zu Problemen in der Verständlichkeit des Textes kommen, die hoffentlich nicht die Logik der folgenden Skizze berührt. Hiermit sei aber versprochen, daß weitere Darlegungen folgen.

Wissenschaftlich-technische Revolution — Neues Denken

Das grundlegende Kennzeichen der gegenwärtigen Epoche besteht in der umfassenden Durchsetzung der *wissenschaftlich-technischen Revolution* (WTR). Hierunter verstehen wir die qualitative Umwälzung der gesamten materiell-technischen Basis der Produktions-, Arbeits- und Lebensweise im globalen wie im nationalen Maßstab. Der Reifeprozess von Wissenschaft und Technologie schlägt sich einerseits in hochkomplexen und zum Teil auch hochriskanten Techniken für stofflich-energetische Umwandlungsprozesse nieder (insbesondere Nukleartechnologie), andererseits in mikroelektronisch gestützten Automatisierungs-, Informations- und Kommunikationstechniken. Hiermit wachsen zugleich die Anforderungen an das gesellschaftliche und persönlich Denken und Handeln der Menschen, um die wachsenden Risiken in den Griff zu bekommen und die ebenfalls zunehmenden Entwicklungsmöglichkeiten für menschenwürdige, umweltverträgliche und anspruchsvolle Arbeits- und Lebensperspektiven zu nutzen. Wir müssen aber feststellen, daß sowohl die gesellschaftlichen Regulierungssysteme der kapitalistischen *und* der sozialistischen Staaten wie auch das System der internationalen Beziehungen dem Entwicklungsstand der WTR und ihrer Folgeprobleme kaum noch bzw. gar nicht mehr gerecht werden: Historisch-materialistisch betrachtet handelt es sich um eine *allgemeine Zuspitzung des Widerspruchs zwischen Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnissen*. Wir sprechen von einer globalen und gesellschaftlichen Umbruchperiode, die sich in folgenden Punkten konzentriert:

1. Militärische Aufrüstung, ökologische Katastrophen und riskante Technologien machen die WTR zu einem system- und klassenübergreifenden *Gattungsproblem im globalen Maßstab*. Dieses Problem ist gleichwohl unauflöslich verknüpft mit der Vor-

herrschaft des Imperialismus, der Krise des kapitalistischen Weltmarktes und den Problemen der Unterentwicklung des »Südens«, weswegen auch der Imperialismus zum Klassen- und Gattungsproblem geworden ist.

2. In den kapitalistischen Zentren sind wir heute nicht nur mit einer »normalen« zyklischen Krise konfrontiert, sondern mit einer *tiefgreifenden Regulierungs- und Innovationskrise des staatsmonopolistischen Kapitalismus*, die sich wiederum aus der Verbindung von struktureller Überakkumulation von Kapital und WTR ergibt. Sie umfaßt auch die Produktivkräfte und die Art und Weise, wie produziert und konsumiert wird (Ökologie, Qualifikation, Lebensweise usw.).

3. Gleichzeitig verändert sich der »subjektive Faktor«: Intellektualisierung der Lohnarbeit, Ausweitung des Dienstleistungssektors, Ausdifferenzierung von Lebensstilen und sog. Wertewandel sind progressive Tendenzen, die sich unter den Bedingungen von Krise und Kapitalherrschaft nur vielfach gebrochen und deformiert durchsetzen. Diese neuen *Probleme der Klassenformierung* bündeln sich vor allem in der nachwachsenden Generation.

4. Dies trifft auch auf das wichtigste Element der sozialen und kulturellen Veränderungen zu: Das Aufbrechen der überkommenen patriarchalischen Geschlechterbeziehungen, Veränderungen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und die wachsende gesellschaftliche Rolle der Frauen und ihrer Ansprüche. Die *Geschlechterfrage* wird zum zentralen Faktor der subjektiven Aneignung und weiteren Entfaltung der WTR.

Wir wollen festhalten, daß auch unter gänzlich anderen Systembedingungen — nämlich in den sozialistischen Ländern — vergleichbare Herausforderungen anzutreffen sind und sich mehr oder weniger ausgeprägt im sowjetischen Umgestaltungsprozeß niederschlagen. Auf Grund der neuartigen und zunehmenden Verflechtungen und Zusammenhänge zwischen globalen und gesellschaftlichen Problemen, Gattungs-, Klassen- und Geschlechterfragen, Umbrüchen in den verschiedenen Teilen der Welt macht die WTR in der Tat ein *Neues Denken* erforderlich, um eine *moderne sozialistische Orientierung* entwickeln zu können.

Unter den Bedingungen der WTR reifen sowohl in den kapitalistischen wie auch in den »früh«-sozialistischen Ländern die Grundlagen für eine *entwickelte* sozialistische Produktions-, Arbeits- und Lebensweise heran. Mit der WTR wachsen nicht nur Risiken, sondern auch die Potentiale

- für den Aufbau und die Steuerung komplexer stofflich-energetischer Kreisläufe,
- für eine effiziente und demokratische Planung ökonomisch-sozialer Prozesse,
- für die Entwicklung des »subjektiven Faktors«, unserer Kompetenzen und Ansprüche.

Die umfassende Beherrschung und Nutzung dieser Potentiale erfordert umgekehrt die ihnen einzig angemessene Produktionsweise, nämlich den entwickelten Sozialismus. Dies ist der Bezugspunkt des Neuen Denkens und unserer Strategie.

Reform und Revolution heute

Es versteht sich fast von selbst, daß sich unter den Bedingungen der WTR und eines Neuen Denkens auch die berühmte Strategiefrage nach dem Verhältnis von Reform und

Revolution neu stellt. Dies ist — anders formuliert — eine Frage nach den *Etappen gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und Veränderungen*. Da die Beziehungen zwischen bürgerlichem Staat und den großen Konzernen auch in Zukunft das Kraftzentrum des gesamten kapitalistischen Systems darstellen werden und auf der anderen Seite die sozialstaatliche bürgerliche Demokratie der Ausgangspunkt unserer Politik bleibt, ändert sich grundsätzlich nichts an der Konzeption eines demokratischen Übergangs zum Sozialismus und an der Notwendigkeit einer antimonopolistisch-demokratischen Übergangphase zum Sozialismus. Beides ist beispielhaft in den »Herforder Thesen« dargelegt worden. Es stellt sich aber die Frage nach den Verbindungsgliedern zwischen den gegenwärtigen Abwehrkämpfen der fortschrittlichen Kräfte und den genannten Perspektiven und damit auch die Frage nach dem Charakter linker Politik in den 90er Jahren. Die Antwort ergibt sich grundsätzlich aus den skizzierten Problemen der Umbruchsituation und der WTR. In der Konsequenz geht es darum, in den 90er Jahren Zwischenlösungen und Klassenkompromisse national wie international zu finden, die eine Eindämmung der WTR-Risiken und eine Entfaltung ihrer fortschrittlichen Potenzen erlauben. Dies ist strategisch nichts anderes als das Ringen um die *Grundlagen einer entwickelten sozialistischen Produktions-, Arbeits- und Lebensweise* — ein Ringen, das wir für uns in folgende Stoßrichtungen bündeln könnten:

1. Auf Grund der drängenden globalen Problemstellungen wird es in den 90er Jahren darum gehen müssen, die aggressiv-imperialistische Variante zurückzudrängen und intensivere und rationalere Formen der Kooperation zwischen imperialistischen, sozialistischen und blockfreien Ländern im Sinne einer »*Koalition der Vernunft*« anzustreben.

2. Ausgehend von den notwendigen Sofortmaßnahmen einer linken Antikrisenpolitik muß die Linke die komplexen ökonomischen, ökologischen und sozialen Probleme mit einem *demokratischen Regulierungs- und Innovationskonzept* angehen, das sich um ein großangelegtes Zukunftsinvestitionsprogramm gruppiert und die Sinnhaftigkeit öffentlicher Lenkung anhand der Zukunftsaufgaben plausibel macht.

3. Mit einem Gesamtkonzept gesellschaftlicher Eingriffe in die Entwicklung von Arbeit und Technik, des Dienstleistungssektors, der Medien und der Kultur kann es gelingen »soziale Gerechtigkeit« mit einem *entwickelten Anspruchskonzept* zu verbinden, das den Veränderungen der Arbeits- und Lebensweise und vor allem den emanzipatorischen Bedürfnissen von Frauen Rechnung trägt.

4. Im Verhältnis von sozialen Bewegungen und Staat kommt es darauf an, die Entwicklung der öffentlichen Infrastrukturen für die Beteiligung und Einflußnahme von Gewerkschaften, Frauenbewegung, Bürgerinitiativen usw. systematisch zu öffnen und damit *demokratische Gegenmachtpositionen* zu stärken. Hierbei geht es um eine dauerhafte Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach links.

5. In dieser Etappe der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen spitzen sich ideologische Orientierungsprobleme in der Gesellschaft zu: Die Linke wird sich kein Nachgeben gegenüber dem anti- und postmodernen »Zeitgeist« erlauben können. Eine *positive Utopie* läßt sich nur entwickeln, wenn die Linke die WTR und eine moderne Lebensweise auch in den geistigen Auseinandersetzungen für sich in Beschlag nimmt.

Abschließend wollen wir betonen, daß diese Etappenbestimmung nichts mit der Vor-

stellung eines schleichenden Übergangs zum Sozialismus zu tun hat. Es geht vielmehr um die bewußte Förderung der objektiven und subjektiven Momente eines *Bruchs mit der kapitalistischen Entwicklungslogik*, die sich vermutlich noch immer in einer Periode zugespitzter Klassenkämpfe vollziehen wird.

Die Klasse — die Frauen — die Jugend

Der Schlüssel für eine moderne sozialistische Strategiebildung liegt im Bereich der sozialen Beziehungen, das heißt der Klassenstruktur, der Geschlechterbeziehungen und der Lebensweise. Denn hier wird die Frage vorentschieden, wer sich wie und mit wem die Ergebnisse der WTR aneignet. Es geht also um die soziale Trägerschaft von Veränderungen, die sich im Prozeß der *Klassenformierung* herausbilden. Unter den Bedingungen der WTR und der vergangenen Erfolge der Arbeiterbewegung und der Reformkräfte ist heute sowohl eine *Intellektualisierung und Feminisierung der Lohnarbeit* wie auch eine *Ausdifferenzierung von Lebensstilen* zu verzeichnen, wobei die Umwälzung in den Geschlechterbeziehungen den wichtigsten Umbruch in der Klassenformierung darstellt. Auf der anderen Seite führen alte und neue Formen sozialer Aufspaltung und geschlechtsspezifischer Diskriminierung zu gegenläufigen Tendenzen. So ist die soziale Basis der Arbeiterbewegung und der Linken grundlegenden Veränderungen ausgesetzt, was ja unsere eigene Partei in der letzten Zeit schmerzhaft zu spüren bekam. Natürlich ist der Kampf gegen soziale Abdrängung die vordringliche Aufgabe der Linken. Er läßt sich aber nur erfolgreich führen, wenn auch die modernen Kernbereiche der industriellen Arbeiterklasse, der Dienstleistungsbeschäftigten und der wissenschaftlich-technischen Intelligenz gewonnen und wir uns für die Eroberung dieser Bereiche durch die Frauen einsetzen. *Die Schnittstellen zwischen Klassenentwicklung und Frauenemanzipation sind die entscheidenden Ansatzpunkte* für die Stärkung unserer sozialen Basis. Hierbei wird der Kampf um die Klassenlandschaft des Jahres 2000 insbesondere über den Generationenwechsel, also in der Jugend entschieden. Es sind die Ansprüche von Frauen und Jugendlichen, die in eine demokratische Innovationsperspektive eingebunden werden müssen und über die sich eine moderne, anspruchsvolle und durch eine wachsende Rolle der Frauen bestimmte Klassenidentität herausbilden kann. Ohne dies wird es keine sozialistische Perspektive geben.

Soziale Bewegungen — Organisiertes Handeln

Strategisches Handeln heißt: Zielorientiertes Eingreifen in die *gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse* unter Maßgabe der globalen und nationalen Herausforderungen, der Etappenbestimmung und der sozialen Trägerschaft gesellschaftlicher Veränderungen. Entscheidende Größe bleibt der *Reifegrad der sozialen Bewegungen*, der sich an ihrer Basis- und Massenverankerung und an ihrer gesamtgesellschaftlichen Stoßkraft ablesen läßt. Der Reifegrad ist deshalb nicht von der *Struktur der gesamten demokratischen Bewegung* zu trennen, wobei unter den heutigen Bedingungen drei Faktoren zentrale Bedeutung erlangen: (1.) Die Ausweitung autonomer demokratischer Bewe-

gungen und des inhaltlichen Spektrums fortschrittlicher Politik um ökologische, feministische, antibürokratische u.a. Aspekte. (2.) Die Aktualität der zentralen Rolle der Arbeiterbewegung auf Grund ihrer sozialen Stellung, ihrer Organisiertheit und ihrer Erneuerungsfähigkeit. (3.) Die Ausstrahlungskraft der Frauenbewegung und die fortschreitende Feminisierung der Bewegungen (insbesondere der Arbeiterbewegung). Auf dieser Basis ergeben sich natürlich qualitativ *völlig neue Perspektiven für ein anti-monopolistisch-demokratisches Bündnis* bzw. einen zukünftigen *Fortschrittsblock*. Welche Konsequenzen ergeben sich aus alledem für unser organisiertes Handeln?

1. Es ist notwendig, das Konzept der gewerkschaftlichen und (an den Schulen und Hochschulen) *gewerkschaftlich orientierten Interessenvertretung* zu vertiefen, indem der Gedanke des Anspruchskonzepts einbezogen wird (Aspekte der beruflichen Kompetenz, der Lebensweise, der kulturellen Ausdruckformen, der neuen demokratischen Bewegungen, der Symbolik usw.). Eine eigenständige Rolle spielt die *feministische Orientierung* im Bereich der Interessenvertretung und der Ansprüche. Die Verschränkung von gewerkschaftlicher und feministischer Orientierung ist eine strategische Schlüsselfrage, die sich in unserem *Jugendprojekt* theoretisch-praktisch niederschlägt.

2. Interessenvertretung, Anspruchskonzept und aktionsorientierte Politik setzen natürlich »unten« an. »Spontaneität«, »Erfahrbarkeit« und »Überschaubarkeit« fallen als politische Ansätze aber nur dann in die gesellschaftliche Waagschale, wenn möglichst stabile Aktionszusammenhänge und Bündnisse entwickelt werden. Die Aufgaben der 90er Jahre stellen *erhöhte Anforderungen an die Aktions- und Bündnispolitik und an die Kampagnefähigkeit* der organisierten Linken. Deren Verantwortung für die Perspektive und die Kontinuität der demokratischen Bewegung wächst und stellt alle anspruchlosen — bürokratisch-verwaltungsmäßigen und zersplittert-amateurhaften — Organisationskonzepte in Frage.

3. Mit der skizzierten komplexen Gesamtsituation wachsen auch die Ansprüche an die *Persönlichkeitsentwicklung* im Rahmen sozialistischer Politik. Der Bezug auf die »erfahrbare Praxis vor Ort« ist richtig, aber keineswegs ausreichend, um sozialistische Werte und Ziele schon jetzt für uns geltend zu machen. Es kommt auch darauf an, theoretisch geleitetes und planmäßiges Handeln in immer größeren Maßstäben zu entwickeln — als lebendiger Prozeß, der selbst zum anspruchsvollen Bedürfnis der Genossinnen und Genossen wird: Gerade in dieser Hinsicht stehen wir vor enormen Problemen in unserer eigenen Organisation.

4. Der Reifegrad der sozialen Bewegungen und unserer organisierten Handlungsfähigkeit schlägt sich auch im Parteiensystem nieder. Ein Faktor ist das Ringen um *rot-grüne Bündnisse*, ein anderer die *Erneuerung der Sozialdemokratie*: In beiden Fällen geht es darum, daß sich die Sozialdemokratie in enger Verbindung zu den Gewerkschaften zu einem organisierenden Zentrum der gesamten Linken entwickelt — insbesondere auf dem ureigensten Feld der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik und der Zusammenführung der »traditionellen« und »modernen« Teile der Lohnabhängigen. Die Parteilinke hat sich diese umfassende Denkweise erst in Ansätzen zu eigen gemacht (ihren sozialistischen Flügel eingeschlossen).

5. In der Strategiebildung kommt es einmal darauf an, sich ein Gesamtbild der Auf-

gaben zu verschaffen. Zum anderen geht es darum, sich auf die entscheidenden »Kettenglieder« zu konzentrieren. Am Beispiel der Jusos: Wir meinen, daß sich in unserem aktuellen Jugendprojekt und der langfristig angelegten *jugendpolitischen Orientierung* eine maximale Bündelung von zuvor genannten Aspekten realisieren läßt — dies gilt insbesondere für die Verbindung von gewerkschaftlicher Orientierung, feministischem Ansatz und »Anspruchskonzept«, aber auch für die Weiterentwicklung von persönlichen und organisationsbezogenen Kompetenzen. Dies ist die konkrete Art und Weise, mit der wir uns auf die strategischen Aufgaben der 90er Jahre und eine erneuerte sozialistische Perspektive einstellen können.

spw-Verlag · Tegeler Str. 6 · D-1000 Berlin 65



Die SPD und ihr Programm: Tanker im Nebel

Kurt Neumann mit Gedanken zum historischen Rücktritt
Willy Brandts

Annegret Moderegger über den Ausgang der Hessen-
Wahl

Detlev Albers formuliert Sozialdemokratische Programmt-
hesen als Alternative zu »Irsee«

* * *

Katrin Fuchs zu den Chancen der Null-Lösung

Ursula Pausch Gruber über die Koalitionsvereinbarungen zum § 218

Werner Holtfort kritisiert die Volkszählung '87

Mit weiteren Beiträgen von Jürgen Blume, Arno Brandt, Britta Ernst, Frank Heidenreich, Uwe Kremer, Wolfgang Michal, Gerwin Möller, Rolf Rosenbrock und Olaf Scholz

Heft 25 / April 1987 / 10.Jg. — ISSN 0170-4613 / 96 Seiten / Einzelpreis 9,50 DM/70 ÖS

Die Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft — *spw* erscheint 1987 in fünf Heften. Linke Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind ihre Herausgeber. Das Jahres-Abo kostet 39,- DM (Ausland 42,- DM)

Intervention: Kontroverse um Glotz

Wolfgang Michal

Hegemoniegeplapper

Antwort auf Diether Dehm in *spw* 34

Möglicherweise hat der gute Diether Dehm einfach nur zu oft und zu laut Klaus Lage gehört, daß er nun wie ein außer Rand und Band geratener Bulle Schimanski auf mich zurast und wie ein »verwirrter Linker« (George über George) auf mich einschreit, daß die Druckseiten flattern. Aber Hand aufs Herz, lieber Diether, ich habe Deinen Freund Thanner nicht beleidigt, geschweige denn »entlarvt«. Ich wollte nur *einen Fall aufklären*, mehr nicht.

Ich muß allerdings zugeben, daß das schon andere vor mir getan haben, zuletzt Jürgen Blume/Andreas Westphal in *spw* 25 (»Die Beweglichkeit des Tankwarts«). Vermutlich gehört es aber inzwischen zur Sozialisation eines jeden linken Sozialdemokraten, sich einmal pro Jahr an Peter Glotz abzarbeiten. (Das spart schon wieder die Parteihochschule.)

Nun unterstellt mir Diether Dehm aber (und ähnlich verfährt ein Leserbrief im selben Heft, Seite 84), ich würde mit meiner Kritik »objektiv« Bodo Hombachs rechten Anti-Glotz-Kurs vertreten. Das ist eine wenig »authentische« Art, vom Kern der Sache abzulenken. Bei Glotz nämlich — und das wollte ich darstellen — folgen nicht die Entscheidungen auf die Argumente, sondern die Argumente auf seine Apparatinteressen. Es geht ihm um die Funktionserfordernisse des Apparats, nicht unbedingt um die Bedürfnisse von Individuen. Das mag für einen Parteisekretär (auf den ersten Blick) legitim sein, aber genau *diese ideologische Entfremdung der Baracke von der Realität* ist ein Grund für den Niedergang der Partei (in der Ära Glotz).

Der Manager Glotz hat den Sinn für die sozialen Interessen verloren, wenn er Rentner, Auszubildende, Arbeitslose, Hausfrauen, Sozialhilfeempfänger, Ausländer, Hilfsarbeiter, Mieter, Kranke und Behinderte *nicht* zu den »konfliktfähigen« Teilnehmern »des sozialen Diskurses« rechnet. Diese »Randgruppen«, die sich übrigens überdurchschnittlich in Bürgerinitiativen engagiert haben, bilden zusammengenommen die Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung. Und diese Mehrheits-Randgruppe wählt zumeist SPD, Grüne (oder gar nicht). Auch der Großteil der Dienstleistungsberufe — die immer so schnell mit den »neuen Mittelschichten« identifiziert werden — hat mit der relativ kleinen Gruppe der Yuppies wenig zu tun. Wir sollten doch unterscheiden können zwischen Aufsteigern und solchen, die lediglich aufsteigen *wollen*. Dieser »Meinungsforschermentalität«, die Blume/Westphal am Beispiel Glotz so schön klarlegten (Diether Dehm würde wohl sagen »entlarvten«), erliegt ja inzwischen der halbe »linke« SPD-Vorstand.

Mit der vielzitierten Hegemonie über (Wert-)Haltungen ist also noch nicht viel verändert, entscheidend ist, ob politische Vorhaben (einer SPD-Regierung) tatsächlich umgesetzt werden. Und in dieser Frage ist die Baracke unter Peter Glotz erstaunlich schweigsam gewesen. Hegemoniegeplapper ersetzt noch keine Politik.

Besprechungen

Jonas, Hans: Das Prinzip der Verantwortung. Insel Verlag, Frankfurt/M. 1979, 4. Aufl. 1985 (432 S., Ln., 34,-DM) (auch als Taschenbuch, Suhrkamp Verlag, 16,- DM)

Das Prinzip Verantwortung — schon der Titel legt nahe, daß es Jonas um eine philosophische Auseinandersetzung mit dem utopischen Entwurf Ernst Blochs, dem Prinzip Hoffnung, geht. »Was können wir erwarten?«, diese Frage, bei Bloch die »Frage der Hoffnung«, ist bei Jonas eher die »Frage der Furcht« — der Furcht vor der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen und unserer Identität durch den »entfesselten Prometheus«. Bevor er jedoch eine ausführliche Kritik der marxistischen Utopie vornimmt, untersucht Jonas unser neuzeitliches Technikverständnis. Seit den wissenschaftlichen Revolutionen ist Technik nicht mehr notwendiges Mittel zur »guten Lebensführung«, sondern zum Selbstzweck geworden. Unser Bewußtsein ist durchdrungen von der *Machbarkeit* alles Erwünschten und der technischen Lösung aller Probleme. Hinzu kommt ein anthropozentrisches Weltbild, in dessen Mittelpunkt die Unterwerfung der Natur unter das Diktat des Menschen steht. Durch das Ausmaß der menschlichen Manipulation natürlicher Prozesse sind die »Zumutungen an die Natur« so unerträglich geworden, daß diese sich zu wehren beginnt. Darüber hinaus hat sich die Menschheit selbst das Problem einer drohenden (militärischen oder »friedlichen«) Nuklearkatastrophe geschaffen, so daß zu befürchten steht, daß wir Opfer unserer eigenen kollektiven Lebensgestaltung werden.

Ethik, als »Lehre vom richtigen Handeln«, liefert uns die Kriterien für die Beurteilung menschlicher Handlungen. Bietet die überlieferte Ethik eine ausreichende Grundlage, um den neuartigen Herausforderungen an die Menschheit durch Beantwortung der alten moralphilosophischen Frage »Was soll ich tun?« gerecht zu werden? Jonas verneint diese Frage, das die *alte Ethik* durch Gegenwartsbezogenheit und Beschränkung auf die nähere Umgebung des Individuums gekennzeichnet sei. Ihr Ausgangspunkt ist ein konstantes, durch keine technischen Möglichkeiten in Frage gestelltes »Wesen des Menschen«. Wir sind aber an einen Punkt gelangt, wo wir selbst Objekt menschlicher »Kunstfertigkeit« werden. Das Stichwort heißt Genmanipulation, für Gentechniker bereits ein Routinevorgang in der außermenschlichen Natur.

Der Traum, »daß der Mensch seine eigene Evolution in die Hand nehmen« (2) kann, wird sowohl in den kapitalistischen als auch in den sozialistischen Ländern geträumt. Es stellt sich also gerade für Marxisten, die sich ja für eine dem sozialen Wesen des Menschen gemäße Zukunftsgesellschaft engagieren, »die Frage nach dem moralischen Recht, mit künftigen Menschen zu experimentieren« (53). Wir befinden uns damit im schwierigsten Teil des ganzen Buches, denn nun heißt es, Farbe zu bekennen. Jonas muß, wie jede/r Ethiker/in, »bis zu der, nicht mehr beantwortbaren, letzten (ersten) Frage der Metaphysik zurückgehen« (95), um zu begründen, warum überhaupt auch zukünftig Menschen leben sollen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die »hierauf etwa begründbare Ethik nicht bei dem rücksichtslosen Anthropozentrismus stehen bleiben kann, der die herkömmliche und besonders die hellenistisch-jüdisch-christliche Ethik des Abendlandes auszeichnet« (95).

Jonas entwickelt eine *Zwecklehre*, die auf dem (zweckgerichteten) Zusammenwirken der Organe eines natürlichen (Pflanzen-, Tier-, Menschen-)Organismus basiert, sowie eine daran anknüpfende *Wertlehre* (»Indem die Natur Zwecke unterhält ... setzt sie auch Werte;

denn bei wie immer gegebenem, de facto erstrebten Zweck wird die jeweilige Erreichung ein Gut und die Vereitelung ein Übel, und mit diesem Unterschied beginnt die Zusprechbarkeit von Wert« (153). Bevor wir über soviel *Metaphysik* die Nase rümpfen, sollten wir uns bewußt machen, daß auch der historisch-dialektische Materialismus letztlich auf metaphysischer, d.h. empirisch nicht nachprüfbarer Grundlage beruht.

Die richtige Fragestellung lautet also, ob der Ansatz, den Jonas wählt, zu einer Modifikation traditioneller marxistischer Vorstellungen führen muß oder ob er verfehlt ist.

Als Ergebnis seiner Zweck- und Wertlehre, für Jonas gleichzeitig Ausgangspunkt seiner *Ethik der Verantwortung*, kann die Ablehnung der positivistischen Wissenschaftsauffassung (die leugnet, daß von einem »Sein« auf ein »Sollen« geschlossen werden kann) und — daraus abgeleitet — die Pflicht zur Bewahrung der Identität des Menschen, wie er »war und ist«, festgehalten werden.

Dieser Ansatz widerspricht der marxistischen Auffassung, daß die »eigentliche Geschichte der Menschheit« noch nicht begonnen habe. Da der Marxismus, ebenso wie die Ethik der Verantwortung, das Handeln der Menschen in seinen Auswirkungen auf die Zukunft zum Thema hat, Jonas jedoch den Menschen in seiner Identität bewahren, die Marxisten den Menschen erst zu seiner Identität führen wollen, ist eine Auseinandersetzung unausweichlich. Jonas kritisiert, daß »der technologische Impuls in das Grundwesen des Marxismus eingebaut ist«, der sich »dort mit dem Standpunkt des extremsten Anthropozentrismus verbindet, dem die ganze Natur (sogar die menschliche) nichts anderes als ein Mittel für die Selbstverfertigung des selber noch nicht fertigen Menschen ist« (277). Damit trifft er den Kern marxistischer Theorie, nämlich die These, daß die Entfaltung der Produktivkräfte die materiellen Bedingungen für die klassenlose Gesellschaft herstellt, in deren *Reich der Freiheit* erst der Mensch sein »wahres Wesen« offenbart.

Dagegen formuliert Jonas: »Die schlichte und weder erhebende noch niederdrückende, aber allerdings in ehrfürchtiger Pflicht nehmende Wahrheit ist, daß der »eigentliche Mensch« seit je da war — in seinen Höhen und Tiefen, in seiner Größe und seiner Erbarmlichkeit, seinem Glück und seiner Qual, seiner Rechtfertigung und seiner Schuld — kurz, in aller von ihm unzertrennlichen Zweideutigkeit.« (382)

Für den Bereich des Politischen bedeutet dies die Ablehnung der Degradierung der jetzt lebenden Menschen zum Mittel für die Erreichung höherer Zwecke in einer ungewissen Zukunft. Dennoch bleibt das Engagement für qualitative Verbesserung der Lebensbedingungen, insbesondere in der sogenannten »3. Welt«, notwendig, allerdings ohne den »Köder der Utopie« (385f.), denn selbst die grundlegende (revolutionäre) Umgestaltung unserer Sozialordnung würde lediglich die »Chance zum bonum humanum« (385) eröffnen, mehr nicht. Jedoch, »wie die Dinge heute liegen, muß dies Positive für eine Zeitlang ein vorwiegend bewahrendes und schützendes Amt versehen, innerhalb dessen das heilende und womöglich verbessernde, jedoch im Zeichen der Bescheidenheit, uns weiter obliegt«. (389) Angesichts dessen, was uns in der Zukunft bevorstehen kann, ist der pessimistischen Prognose der Vorrang vor der optimistischen einzuräumen, um durch die vorgestellten möglichen Katastrophen unser Bewußtsein für die Zerbrechlichkeit der Welt und des Menschen zu schärfen und den »Gegenstand« unserer Verantwortung in das Blickfeld zu bekommen. Verantwortung kann übrigens nur wahrgenommen werden, wenn wir die Hoffnung haben, unsere Zukunft gestalten zu können und nicht davon ausgehen, irgendwelchen Prozessen (z.B. dem »Geschichtsprozeß«) schicksalhaft ausgeliefert zu sein.

Jonas wollte mit seinem Buch die Notwendigkeit einer Ethik der Verantwortung erst einmal im Grundsätzlichen begründen. »Die konkreten neuen Pflichten selber sind schon

deshalb noch in kein System zu bringen, weil sie im Widerspiel mit den neuen Tatsachen technologischer Praxis gerade erst sichtbar zu werden beginnen.« (390) Durch seine Kritik traditioneller marxistischer Utopie lenkt Jonas den Blick auf die neue ethische Qualität der Anforderungen an politisches Handeln in unserer Zeit. Wenn sie ernst genommen wird, kann sie einen Beitrag zur zeitgemäßen Weiterentwicklung des Marxismus in Theorie und Praxis leisten.

Karl Heinz Wanninger (Berlin-West)

Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945. Band 1: Hurwitz, Harold: Die politische Kultur der Bevölkerung und der Neubeginn konservativer Politik. Wissenschaft und Politik, Köln 1983 (395 S., kt., 38,- DM). — Band 2: Hurwitz, Harold/Klaus Sühl: Autoritäre Tradierung und Demokratiepotehtial in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Wissenschaft und Politik, Köln 1984 (324 S., kt., 32,- DM). — Band 3: Hurwitz, Harold: Die Eintracht der Siegermächte und die Orientierungsnot der Deutschen 1945-1946. Wissenschaft und Politik, Köln 1984 (295 S., kt., 32,- DM).

Ebbighausen, Rolf/Friedrich Tiemann (Hrsg.): Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland? Ein Diskussionsband zum sechzigsten Geburtstag von Theo Pirker. Daraus: Hurwitz, Harold: Kontinuität und Bruch. Sozialdemokratie, Massenöffentlichkeit und die Besatzungsmächte im Berliner Abwehrkampf nach 1945, 240ff. sowie Sühl, Klaus: Arbeiterbewegung, SPD und deutsche Einheit 1945/46. 274ff. Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 1984 (665 S., Kart., 68,- DM).

Die aus insgesamt vier Bänden bestehende Studie des »Berlin-Projekts« am Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin hat die »Entstehung, die Verankerung und den Wandel antikommunistischer Abwehrhaltungen in Berlin von 1945 bis 1972« (Band I, 8) zum Thema. Sie besteht aus drei Teilstudien über die politische Kultur im Berlin der Nachkriegszeit und den Neubeginn konservativer Politik (Band I), die Entwicklung der sozialdemokratischen Subkultur zwischen Kaiserreich und Rekonstruktion der Berliner SPD nach 1945 (Band II) sowie über die Politik der Siegermächte gegenüber den Deutschen (Band III), die im IV. Band über die Entstehung des antikommunistischen Abwehrkampfes zusammengeführt werden sollen. Die Veröffentlichung des letzten Bandes — der ursprünglich in diese Rezension mit einbezogen werden sollte — steht noch aus, da eine Fülle von Material entdeckt wurde, dessen Auswertung sich hinzieht. Aus diesem Grund werden zwei zusammenfassende Aufsätze aus einem Sammelband hinzugenommen.

Während bei der Studie auf qualitativer Ebene auf sozialpsychologische Erklärungsansätze zurückgegriffen wird, stützt sich die quantifizierende Argumentation überwiegend auf US-amerikanische Repräsentativumfragen und interne Berichte von US-Dienststellen.

Im ersten Band werden eingangs die materiellen und strukturellen Folgen der Niederlage des Dritten Reiches als Voraussetzungen für die Wahrnehmung der alliierten Politik durch die Berliner Bevölkerung und deren politisch aktive Minderheit dargestellt. »Es geht hier vorwiegend um die Klärung von Verhaltensdispositionen, die sowohl traditionell als auch durch die Situation der Besatzung beeinflusst wurden.« (I, 91) Hurwitz kommt zu dem Ergebnis, daß es eine »überraschende Bereitschaft der Bevölkerung (gab), sich den Alliierten zu fügen, was in Berlin entsprechend den neuen Machtverhältnissen bedeutete, sich auch mit Kommunisten zu arrangieren«. (I, 125) Dies fiel der Mehrheit der Bevölkerung auf Grund der tradierten antikommunistischen Vorurteile aus der Zeit des Faschismus und davor sehr schwer und ist »inzwischen längst aus der Erinnerung verdrängt« worden. (I, 129) Die nach 1945 in der Berliner Bevölkerung verbreiteten Vorstellungen von einer »sozialistischen Neufassung der Wirtschaft« standen nicht so sehr in der Tradition der Arbeiterbewegung,

sondern waren situationsbedingt. Angesichts der katastrophalen Situation nach dem Krieg wurde ein gesellschaftlicher Lastenausgleich durchaus als notwendig angesehen. (I, 200)

Im Mittelpunkt des zweiten Bandes, an dem *Klaus Sühl* mitgearbeitet hat, steht die »politische Avantgarde« (II, 11) der Berliner Sozialdemokratie im Abwehrkampf gegen die Vereinigung mit der KPD. Da der SPD nach der Gründung der SED keine politische Betätigung in der sowjetisch besetzten Zone mehr erlaubt war, konnte sie konsequenter und offener auftreten, während die CDUD und LDPD, die weiterhin in der SBZ arbeiten konnten, mehr Rücksichten nehmen mußten.

Die Solidargemeinschaft der Berliner Sozialdemokratie, deren Bestand sich bis nach 1945 erhalten hatte, betrachteten Hurwitz und Sühl als Subkultur im Verhältnis zur dominanten Kultur. Einerseits wird festgestellt, »daß die Sozialdemokratie der Isolierung durch die Wilhelminische Gesellschaft mit einer Selbstisolierung begegnete«. (II, 51) Andererseits hatte sie als Kind dieser Gesellschaft auch deren autoritäre Strukturmerkmale weitgehend übernommen.

Nach Krieg und Novemberrevolution gelang es der zentralistischen SPD nicht, ihre Anziehungskraft zu erhöhen, obwohl »die Republik ihre eigene Schöpfung war«, (II, 75) und sie sich als ein Teil des Staates (Hilferding) begriff. Innovative Kraft wurde durch überbetonte Realpolitik und fehlende Dynamik verloren. Die sozialdemokratische Massenbasis lehnte sich — anders als zwanzig Jahre später in Berlin bei der Vereinigung mit der KPD — nicht gegen die Politik ihrer Führung auf.

Die Spaltung der Arbeiterbewegung in kommunistische und sozialdemokratische Parteien und Organisationen sowie die gegenseitigen Anfeindungen bildeten wichtige Determinanten für die Zeit des Parteaufbaus nach 1945. Hier war bei vielen Genoss(inn)en Bitterkeit und teilweise auch Haß vorzufinden. Das Fortdauern der sozialdemokratischen Solidargemeinschaft in formellen (Gastwirtschaften und andere Betriebe sowie Freizeitvereine) und informellen Strukturen (Skatrunden oder Kaffeenachmittage) förderte die »Tendenz zur Aufgabe einer aktiv auf Mobilisierung, Agitation oder Unterwanderung ausgerichteten illegalen Tätigkeit«. (II, 175)

Die Rekonstruktion der Berliner SPD nach der Zulassung 1945 war im Spätherbst »weitgehend abgeschlossen«. (II, 193) Bis dahin waren überwiegend einfache Alt-Mitglieder wieder in die Partei eingetreten. Damit wurde das »Gewicht von subkulturellen Bindungen« (II, 194) deutlich. Erst im weiteren Verlauf traten Menschen in die SPD ein, die ihr vor 1933 nicht angehört hatten, wohl aber früher oft in den Gewerkschaften organisiert waren. Es ist aber auch zu berücksichtigen, »daß die SPD direkt oder indirekt ein Instrument des sozialen Aufstiegs geworden war, und die Möglichkeiten, über eine Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst eine soziale Sicherung bzw. Verbesserung zu erreichen«. (II, 199) Um die Rekrutierung von Opportunisten zu bremsen, wurde 1946 sogar beschlossen, daß Leitungsfunktionen nur eingenommen werden sollten, wenn eine mindestens dreijährige Mitgliedschaft vorlag. Ein anderes Motiv nannte Ernst Reuter 1947, als er davon sprach, daß die Berliner SPD »noch zu sehr auf Unterbringung bewährter Genossen eingestellt« (II, 235) sei, ohne deren Qualifikationen ausreichend zu berücksichtigen. Dies sollte nicht nur ein Problem der unmittelbaren Nachkriegszeit bleiben.

Im dritten Band werden in der Hauptsache die »Tragweite und Auswirkungen des Verhaltens der Westmächte in Berlin« (III, 10) 1945-47 in der Medien- und Personalpolitik herausgearbeitet. Damit soll der Stellenwert der Zivilcourage der Berliner Sozialdemokraten betont werden: »Der Widerstand demokratisch gesinnter Sozialisten gegen die Zwangsvereinigung ihrer Partei mit der KPD und ihre erfolgreiche Mobilisierung der politisch sehr zu-

rückhaltenden Bevölkerung war im Jahre 1946 deshalb einmalig, weil er ohne gesicherte Unterstützung der Westmächte *gewagt* wurde.« (III, 12; Hervorhebung von Hurwitz)

Die Politik der Westalliierten — dominiert von den Interessen der USA — gegenüber der Sowjetunion und der Berliner Bevölkerung wurde zunächst durch das Eintrachtgebot der Siegermächte sowie »Unempfindlichkeit und Unverständnis für das politische Streben deutscher Parteien in Berlin« (III, 51) bestimmt. Hinzu kam das Mißtrauen gegenüber den Deutschen, daß diese die Differenzen zwischen den Alliierten ausnutzen würden. Die »Distanz der Sieger gegenüber den Besiegten« (III, 82) stand bei den Westalliierten und besonders bei der US-Besatzungsmacht neben dem Festhalten am Eintrachtsgesamtgebot einem Engagement für die Berliner Sozialdemokratie im Wege. Die Auseinandersetzungen um die Vereinigung von SPD und KPD ließen allerdings das Verhältnis der Alliierten untereinander nicht unberührt: »Der Fusionskampf zwang die Westmächte dazu, Abstriche am Gebot nach alliierter Eintracht gegenüber den Deutschen zu machen.« (III, 123)

Die Haltung der Berliner Sozialdemokraten zu den Kommunisten war nicht zum geringen geprägt von der Personalpolitik der sowjetischen Besatzungsmacht. Als die Westalliierten Anfang Juli 1945 ihre Sektoren übernahmen, fanden sie von der Sowjetischen Militäradministration eingesetzte Bürgermeister und Stadträte vor, die in der Mehrzahl »der Intelligenz angehörten« (III, 187) und der KPD nahestanden. Gleichwohl »fiel es Sozialdemokraten und anderen nichtkommunistischen Nazigeegnern nicht schwer, beim Aufbau und bei der Besetzung der neuen Verwaltungen Stellen zu erhalten«. (III, 191) Allerdings hatten sie meist nur niedere Positionen inne. »Die Personalämter wurden fast immer mit KPD-Funktionären besetzt.« (ebd.)

Die Erfahrungen der Berliner Sozialdemokraten mit den Besatzungsmächten und der KPD führten zur Rebellion. Diese war »ein Glied in der Kette eines relativen Deprivierungsprozesses ...« (III, 249), welcher dazu führte, daß sich die Masse der Mitglieder sowie die kleineren und mittleren Funktionäre meist für die SPD, die führenden Kader teilweise für bzw. gegen die Parteienfusion entschieden, während die Spitzenfunktionäre sich in der Regel für die SED entschieden.

Die beiden Aufsätze von Hurwitz und Sühl in dem Pirker-Diskussionsband entstanden ebenfalls im Rahmen des Projektes. Hurwitz faßt die vorläufigen Ergebnisse zusammen: »Was mit Zielvorstellungen des demokratischen Sozialismus begann, endete hier in dem zufriedenen Selbstbewußtsein, bürgerliche Freiheiten mit Erfolg verteidigt zu haben.« (273) Die Niederlage der SPD bei den Bundestagswahlen von 1953 zeigte, daß sie nicht in der Lage gewesen war, »ihre traditionellen gesellschaftlichen und subkulturellen Verankerungen im Volk wiederzubeleben oder etwa neue Verankerungsmuster als Orientierungsangebot zu entwickeln«. (ebd.) Sühl geht darauf ein und stellt fest, daß nicht die SPD, sondern die CDU die »Früchte dieses Sieges über den Kommunismus« (274) ernten konnte. Die Untersuchung über die Rolle Kurt Schumachers führt zu dem Vorwurf an die Westzonen-SPD, die Berliner SPD im Stich gelassen zu haben.

Unbehagen muß es bereiten, daß in den Beiträgen Geschichte zu sehr personalisiert wird, z.B. in der Formulierung »Krieg gegen Hitler« (III, 48), oder in der Darstellung des Einflusses bestimmter US-Politiker und der Rolle von Schumacher. Die Stärken der Studie liegen auf der historisch-empirischen Ebene, während sie in den ersten drei Bänden theoretisch zu wenig entwickelt ist. So ist z.B. zu fragen, ob einer Subkultur — der Sozialdemokratie — adäquat nachgespürt werden kann, wenn nur der organisierte Teil der Bewegung untersucht wird und die informellen Strukturen unberücksichtigt bleiben. Die Kritik ließe sich auf die Frage der fehlenden methodischen Reflexion bei der Bewertung von Meinungs-

umfragen — insbesondere der US-Besatzungsmacht — und auf die Frage der systematischen Herangehensweise ausweiten. Angesichts der Datenlage — die wohl die Untersuchung determinierte — muß in vielen Fällen etwas »angenommen« oder »vermutet« werden bzw. können nur »hypothetische Hinweise« gegeben werden. Die Fülle der ausgewerteten Materialien kann den Ausgangspunkt für weitere Studien bieten, was im Berlin-Projekt geplant ist. Es ist zu hoffen, daß einige Kritikpunkte mit dem Erscheinen des vierten Bandes gegenstandslos werden. Auf jeden Fall können er und die Folgeveröffentlichungen mit Spannung erwartet werden.

Kurt Schilde (Berlin/West)

REVOLUTIONÄRE ERNEUERUNG



DER SOZIALISTISCHEN LÄNDER?

Reformansätze, Widerstände, Perspektiven

Am 25./26. Juli 1987 in Frankfurt/Main
Haus der Jugend, Deutschherrenufer

Die Themen

- Auf dem Weg zur sozialistischen Demokratie?
- Perestrojka: Die gesellschaftspolitischen Voraussetzungen des Umbaus der Wirtschaft
- Erfahrungen: Ungarn '56, Tschechoslowakei '68, Polen '81, China und Sowjetunion heute
- »Revolution von unten« — »Revolution von oben«
Zur Kritik des »realen Sozialismus« und die Positionen der Linken

Es diskutieren u.a.:

T. Bergmann, J. Bischoff, H. Brakemeier, H. Conert,
R. Damus, K. Grobe, J. Kosta, U. Menzel, P. v. Oertzen, J.
Pereis, Z. Mlynar, U. Schmiederer, W. Süß

Anmeldung und nähere Informationen

Redaktion SOZIALISMUS,
c/o VSA-Verlag,
Postfach 50 15 71,
2000 Hamburg 50

Über die Autoren und Autorinnen

Brünig, Sabine, geb. 1956; Doktorandin, stellv. Landesvorsitzende der Berliner Jusos. Mitglied in SPD und ÖTV. Veröffentlichungen u.a.: *Frauenbilder* (Mitautorin, 1986)

Burmester, Hillevi, geb. 1958; Architektur-Studentin, stellv. Bundesvorsitzende der Jusos, beratendes Mitglied in der SPD-Gleichstellungskommission. Mitglied in SPD, ÖTV und GGG

Christ, Rainer, geb. 1953. Mitglied in ÖTV, SJD-Die Falken und SPD

Fieguth, Kai, geb. 1962; Jura-Student, 1981 bis 1985 Mitglied im Landesvorstand der Hamburger Jusos. Mitglied in der *Blss*-Redaktion (Magazin Hamburger Jusos).

Gaus, Günter, geb. 1929; Studium der Geschichte und Germanistik, Journalist, 1963 bis 1973 Chefredakteur des *Spiegel*; 1973 Staatssekretär im Bundeskanzleramt; 1974 bis 1981 erster Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Regierung der DDR. Veröffentlichungen u.a.: *Wo Deutschland liegt* (1983)

Göll, Edgar, geb. 1957; Werkzeugmacher, Studium der Soziologie an der Univ. Bielefeld. Mitglied in SPD, IG Metall und DFG-VK. Arbeitsgebiete: Politik und Linke in den USA

Günther, Joachim, geb. 1951; bis März 1986 Kreisgeschäftsführer der SPD Berlin-Kreuzberg, derzeit Presseferret der Berliner Bundestagsabgeordneten, Mitglied in SPD, HBV, AWO und *spw*-Redaktion

Heimann, Gerhard, geb. 1934; Hochschullehrer. Mitglied des Deutschen Bundestages, stellv. Obmann der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion im Bundestagsausschuß für innerdeutsche Beziehungen

Kremer, Uwe, geb. 1956; Doktorand. Arbeitsgebiete: Politische Theorie des Marxismus, Reformismusanalyse, Gewerkschaftspolitik. Stellv. Bundesvorsitzender der Jusos in der SPD. Mitglied in AWO, GEW und VVN

Michal, Wolfgang, geb. 1954; Journalist. Mitglied der SPD und IG Druck und Papier

Neurath, Bruno, geb. 1948; Kaufmann und Soziologe; tätig in der Erwachsenenbildung, langjähriger Funktionär der SJD-Die Falken

Nohara, Erik, geb. 1928; Dipl. Pol., Journalist. Arbeitsgebiete: Ost-West-Fragen, Kulturosoziologie. Mitglied in SPD, GEW und COMENIUS-Club

Schilde, Kurt, geb. 1947; Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, Arbeitsschwerpunkte und Veröffentlichungen: Jugendarbeit und Sport, Regional- und Sozialgeschichte und ihre Didaktik, Jugendopposition im Faschismus, Kulturindustrie und Ideologie. Mitarbeit in der Berliner »Geschichtswerkstatt«

Schneider, Dirk, geb. 1948; Journalist. Gründungsmitglied der Alternativen Liste (AL) Berlin, für diese 1983 bis 1985 Berliner Mitglied des Bundestages und deutschlandpolitischer Sprecher der GRÜNEN in Bonn. Mitautor der *20 Berlin-Thesen* der »Mittwochrunde« der AL

Wendt, Miachel, geb. 1955; Maschinenbauingenieur. Gründungsmitglied der Alternativen Liste (AL), 1985-87 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin und des Geschäftsführenden Ausschusses der AL. Mitautor der *Initiativen für eine alternative Berlinpolitik* der »Mittelgruppe« der AL

Wehr, Andreas, geb. 1954; Jurist, Mitglied im Fachausschuß I (Berlin, Deutschland, Internationales) des Landesvorstandes der Berliner SPD. Veröffentlichungen u.a.: *Herforder Thesen* (Mitautor, 1980). Mitglied in SPD, HBV, AWO und *spw*-Redaktion

Weinzen, Hans Willi, geb. 1953, Dr.rer.pol., Dipl. Pol., tätig in der politischen Bildung. Arbeitsgebiete: Deutsche Arbeiterbewegung, Parteien und Verbände; Deutschland- und Ostpolitik. Mitglied im Fachausschuß I (Berlin, Deutschland, Internationales) des Landesvorstandes der Berliner SPD. Veröffentlichungen u.a.: *Gewerkschaften und Sozialismus* (1982); *Viktor Agartz — Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft* (1985). Mitglied der SPD, GEW und *spw*-Redaktion

Wanninger, Karl-Heinz, geb. 1960; Jurastudium an der FU Berlin. Mitglied im Kreisvorstand der Jusos Berlin-Spandau und HDS

Wolf, Frieder Otto, geb. 1943; Priv.Do. an der FU Berlin. Mitglied der »Grünen im Europäischen Parlament«. Redakteur des *Argument*. Veröffentlichungen u.a.: *Umwege* (1983); *Für eine subversive Praxis der Philosophie*, in *Argument* 137 (1983). Arbeitsgebiete: Philosophie und Politik

Wolf, Klaus-Peter, geb. 1951; Redakteur der IG-Metallfunktionszeitschrift *Der Gewerkschafter*. Mitglied der SPD und der IG Metall. Mitherausgeber der *spw*

Das Argument 162: Untergang der Gemeinwirtschaft?



T. Bergmann: Genossenschaften und Gewerkschaften als Faktoren gesellschaftlicher Veränderung? S. Krätke: Gemeinwirtschaft – Einsteigen statt aussteigen. H. Oetjen: Fragen, die gestellt werden müssen. K. Novy: Ende oder Anfang der Gemeinwirtschaft? K. Bayer/ P. Kreisky: Österreichs Gemeinwirtschaft. M. Krätke: Vom hilflosen Antikapitalismus der Gewerkschaften. F.O. Wolf: Illusionärer Fordismus. Außerdem: Revolutionäre Reform? Zu Gorbatschows Projekt / Gewerkschafter lesen Peter Weiss / Gramsci befreien / Was sich von Rosa Luxemburg zur Frage der Volkszählung lernen läßt / Kongreßberichte / Rezensionen.

Argument 161:

Auschwitz ins Museum?

W.F. Haug: Vergangenheit, die Zukunft werden soll. G. Fülberth: „Mitte“ und „Westen“. Über die Grenzen einer Kritik, die auf Imperialismustheorie verzichtet. A. Klönne: „Die deutsche Geschichte geht weiter“. Warum die Rechte aus dem „Schatten Hitlers heraustreten“ will. F.O. Wolf: „Weiter so Deutschland“. Die Zukunft einer Amnesie. W. Wende-Hohenberger: Die verschmähte „Gnade der späten Geburt“: Jurek Becker, Gerd Heidenreich und Peter Schneider.

Argument 160:

Reform der sozialistischen Länder

T. Bergmann: Über die Reformfähigkeit des Sozialismus. M. A. Lebowitz: Sozialistische Wirtschaftskrisen. A. Natoli: In China ist Egalitarismus heute eine Linksabweichung. B. Gransow: „Wenn man den Tiger reitet, kann man nur schwer abspringen.“

Die nächsten Themenschwerpunkte:

Rassismus und Geschlecht (Frauenredaktion) Entwicklung der Arbeit / Analysen zur SPD / Biologie als Falle (Frauenredaktion) / Diskussion über Marxismus und Leninismus.

Wer jetzt abonniert, kann das Argument gründlich kennenlernen: Jeder neue Abonnent bekommt kostenlos einen früheren Jahrgang eigener Wahl! Bestellungen in jeder Buchhandlung oder über den Verlag.

Das Argument erscheint 1987 in 6 Hefen, Jahresumfang 924 Seiten. Einzelheft 14 DM / Stud. 11 DM. Jahresabo: 72 DM, Stud. 57 DM zzgl. Versand.

Argument-Verlag

Rentzelstraße 1
2000 Hamburg 13

Detlev Albers/Kurt Neumann (Hrsg.)

Über Irsee hinaus!
Zur Kritik
am Programmmentwurf
der SPD



spw